Nr. 99. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 28. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der letzte Tag

zur Prüfung der Landtagswählerliste ist heute! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Der rechte Flügel des Freisinns.

Die Wahlverbündeten des Freisinns, die Nationalliberalen, hielten am Sonntag zur Einleitung der Wahlkampagne in Magdeburg ihren Parteitag ab. Der Parteitag diente dem doppelten Zwecke, einmal durch tönende Phrasen der Oeffentlichkeit vorzuspiegeln, daß innerhalb der nationalliberalen Partei noch etwas wie liberaler Geist lebe, und in zweiter Linie der Beratung über den Wahlaufruf der Nationalliberalen, den man als Banner im Wahlkampf voranzutragen gedenkt.

Die Verhandlungen wurden hauptsächlich durch zwei Reden des Geheimrats Dr. Friedberg und des Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Geheimrat Dr. Krause ausgefüllt. In der am Sonnabend abend abgehaltenen Vorversammlung hatte der „Adonis des Liberalismus", Bassermann, eine Festrede vom Stapel gelassen, in der er es als das „historische Verdienst des Fürsten Bülow feierte, den Kampf gegen das Zentrum aufgenommen und den Block geschaffen zu haben. Den Faden des Herrn Bassermann spann dann in der Hauptversammlung am Sonntag Herr Dr. Friedberg weiter. Die Schwierigkeiten der Blockpolitik seien allmählich überwunden worden. Den Blockparteien sei es vergönnt, auf politischem und wirtschaftlichen Gebiete Erfolge zu erzielen:

„Die beste Anerkennung ist das Wort mißvergnügter Gegner, man sei bei der Beratung vom Vereinsgesetz und Börsengesetz auf eine granitene Mauer des Blocks gestoßen. Ein Erfolg der Blockpolitik ist auch die Abstoßung jener quasi liberalen Quertreiber gewesen, die durch ihre mißgünstige Kritik nur der Sozialdemokratie nützten. Mit Stolz darf die nationalliberale Partei bekennen, daß es ihr gelungen ist, jene Vermittlerrolle zu spielen, die in ihrem Wesen liegt."

Die „Vermittlerrolle" der Nationalliberalen offenbart sich ja hinlänglich in den Taten der Blockpolitik! Die Nationalliberalen haben sich mit ihrer Blockpolitik durchaus in den Richtlinien gehalten, die im März des vorigen Jahres der nationalliberale Landtagsabgeordnete Kammergerichtsrat Schiffer im Kölner Verein der nationalliberalen Jugend gezogen hat. Herr Schiffer sagte damals nach dem Bericht der „Köln. Ztg.":

„Solange wir eine Politik treiben, die es dem Kanzler und den Freikonservativen möglich macht, mit uns zu gehen, solange ist ein Zusammengehen von Konservativen und Zentrum so gut wie ausgeschlossen. . . . Es tut einerseits not, daß Konservative und Kanzler den Liberalen so weit als möglich entgegenkommen; auf der anderen Seite tut es not, daß wir unsere Forderungen in dem Rahmen halten, der es dem Kanzler und den Konservativen möglich macht, ohne Preisgabe ihrer Grundanschauungen mit uns zu gehen. . . . Wir müssen uns die Mäßigung auferlegen, die notwendig ist, um das praktische Ziel Schritt für Schritt zu erreichen."

Diese Politik der Mäßigung haben die Nationalliberalen, hat die ganze Linke durch Preisgabe aller liberalen Grundsätze ja redlich getrieben. Die Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse in den §§ 7 und 10a des Vereinsgesetzes, durch die namentlich die gewerkschaftlichen Organisationen noch ärgerer Knebelung unterworfen werden sollen, sind nicht zuletzt den Nationalliberalen zu danken!

Was Herr Dr. Friedberg über die Wirtschaftspolitik des Nationalliberalismus ausführte, daß die nationalliberale Partei des Reichstages für den Zollschutz für die Landwirtschaft eingetreten sei, daß eine besondere Mittelstandspartei überflüssig sei, weil ja die Nationalliberalen den zünftlerischen Forderungen des Mittelstandes durchaus entgegengekommen sei, soll von uns zuletzt bestritten werden. Die Nationalliberalen haben ja den Freihandel und die Verkehrsfreiheit längst skrupellos preisgegeben, sie haben den Brotwuchertarif mit schaffen helfen, unter dem jetzt das Proletariat sowohl wie die Kleingewerbtreibenden so schwer zu leiden haben! Der Nationalliberalismus hat den kleinen Befähigungsnachweis mitschaffen helfen, kurzum es an agrarischen und zünftlerischen Handlangerdiensten wahrlich nicht fehlen lassen!

Umso gröblicher verstieß gegen die Tatsachen, was Herr Dr. Friedberg von der Freiheit der Wissenschaft und der Befreiung der Schule fabelte. Wenn Herr Dr. Friedberg Kirche und Schule als „zwei vollständig getrennte Gebiete" bezeichnete, wenn er die Beaufsichtigung der Schule durch Geistliche verwarf, so braucht demgegenüber nur festgestellt zu werden, daß die Nationalliberalen seinerzeit für jenes Kompromiß stimmten, durch das die Konfessionsschule festgelegt und der Kirche das Aufsichtsrecht über die Schule eingeräumt wurde! Es ist blutiger Hohn, wenn sich jetzt die Nationalliberalen, die die Schule unter das Joch der Kirche bringen halfen, als die Verfechter einer freien Schule aufspielen!

Der reaktionäre Charakter der Nationalliberalen offenbarte sich aber in seiner vollen Schamlosigkeit in den Ausführungen des Abgeordneten Krause über die Reform des preußischen Landtagswahlrechts. Herr Dr. Krause erklärte ausdrücklich, daß vom Reichstagswahlrecht für Preußen „abzusehen" sei. Nur die indirekte Stimmabgabe und die öffentliche Abstimmung seien zu beseitigen. Vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht wollte Herr Krause nichts wissen! Das steht ja durchaus im Einklang mit der Haltung, die der Nationalliberalismus bereits seit geraumer Zeit eingenommen hat. Immerhin verdient es besondere Brandmarkung, daß Herr Krause sich auch gegen eine wirklich gerechte Neueinteilung der Landtagswahlkreise aussprach! Es sei nicht recht, lediglich nach der Zahl der Bevölkerung die Wahlkreise einzuteilen. Das sei mechanisch. „Land und Leute" müßten berücksichtigt werden:

„Das Land leidet heute vielfach unter dem Abströmen der Bevölkerung nach den Städten; nun noch seinen politischen Einfluß herabmindern, indem man lediglich die Zahl zur Grundlage macht, wäre hart und ungerecht. Die Landwirtschaft ist unser ältestes Gewerbe, gibt uns noch immer die tüchtigsten Rekruten und hat ihre besonderen Verdienste, wie Handel und Gewerbe ihre Verdienste haben. Es muß da eine Mitte gezogen werden."

Die skandalöse Wahlkreisgeometrie soll also ein wenig gemildert, aber beileibe nicht so geändert werden, daß die städtische, die industrielle Bevölkerung das gleiche Recht erhält, wie die Domänen des Junkertums, das platte Land. So sehen die Nationalliberalen aus, mit denen die Freisinnigen auf der ganzen Linie zusammenmarschieren wollen. So kämpft der Liberalismus für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!

Ja, es verdient gebucht zu werden, daß ein Diskussionsredner, und zwar nicht etwa nur ein simpler Delegierter, sondern sogar ein Abgeordneter, Herr Glatzel, erklärte, daß er sich nicht einmal über die Frage der Beseitigung der öffentlichen Abstimmung ein endgültiges Urteil gebildet habe: „Es wäre doch möglich, daß wir, wenn die Regierung nicht mehr bewilligt, es bei der öffentlichen Stimmabgabe belassen. Es ist doch davon gesprochen worden, daß wir schrittweise vorgehen sollen."

Um die politische Verkommenheit der Nationalliberalen richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die nationalliberale Partei in ihrem Wahlprogramm vom 13. Juni 1867 Uebertragung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf das preußische Abgeordnetenhaus forderte. Ja, sie forderte damals noch mehr. In einem im Herbst 1867 erlassenen Aufruf hieß es:

„Allein das allgemeine Stimmrecht kann keine vereinzelte Einrichtung sein. Es bedarf einer Reihe auf Selbstverwaltung und Volksbildung gerichteter Gesetze."

Und heute sind die Nationalliberalen — die intimsten Bundes- und demnächst vielleicht sogar Fraktionsgenossen des Freisinns — die erbittertsten Gegner des gleichen Wahlrechts!

Wie kann man freilich erwarten, daß eine Partei die Rechte des Volkes, die Interessen des Proletariats, überhaupt der minderbesitzenden Klassen wahrnehmen könnte, deren Wahlfonds hauptsächlich vom großindustriellen Unternehmertum gespeist werden! Am 13. Juni v. J. veröffentlichte der „Vorwärts" das Schreiben eines nationalliberalen Wahlmachers des niederrheinischen Städchens Oberhausen, aus dem hervorging, daß ein einziges großes Unternehmen, die „Gute Hoffnungshütte", 3000 M. für den örtlichen Wahlfonds gespendet hatte. Sieben andere Aktiengesellschaften und größere Firmen gaben weitere 1700 M., während „in der Bürgerschaft" ganze 500 M. gesammelt worden waren! Eine Partei, deren Wahlfonds nichts sind, als politische Korruptionsfonds, die sich auf das großindustrielle Scharfmachertum stützt, kann natürlich für die Rechte und Interessen des Volkes nichts, als im besten Falle einige verlogene Phrasen übrig haben! Und mit dieser Partei hat der Freisinn die intimste Wahlbrüderschaft geschlossen!

Der Liberalismus einschließlich des Freisinns hat durch die Blockpolitik an sich die Selbstentleibung vollzogen. Der Liberalismus als Liberalismus, der Freisinn als Freisinn sind tot. Möge die Wählerschaft bei der Landtagswahl auch dafür sorgen, daß das Ende des Liberalismus äußerlich in die Erscheinung tritt!

Zur Reichsfinanzlage.

Wie der Abschluß des Etatsjahres 1906, bietet auch der des Rechnungsjahres 1907 ein recht trübes Bild. Bisher liegt nur der vorläufige Rechnungsabschluß für das letzte Finanzjahr vor und einzelne Zahlen werden sicherlich noch bei der Nachprüfung eine Berichtigung erfahren; im ganzen aber läßt sich nach den vorläufigen Ziffern die Lage ziemlich genau beurteilen.

Was zunächst auffällt, ist der geringe Ertrag der bei der letzten Reichsfinanzreform bewilligten neuen Steuern. Nach dem Etatsanschlag sollten sie an 99 Millionen Mark einbringen, tatsächlich haben sie noch nicht 66 Millionen geliefert. Ferner hat die Reichspostverwaltung einen Mindererertrag von 13 Millionen Mark ergeben und die Börsensteuer ist um 15 Millionen Mark hinter dem Anschlag zurückgeblieben. Wenn trotzdem der Etat mit einem geringen Ueberschuß von zirka 6 Millionen Mark schließt, so nur deshalb, weil die Zölle 42,6 Millionen Mark und die Verbrauchssteuern 10,1 Millionen Mark mehr gebracht haben, als im Voranschlage angesetzt worden ist. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild.

Die Zölle und Verbrauchsteuern sind im Etat für 1907 mit 990,5 Millionen Mark eingestellt worden. Tatsächlich erbracht haben sie 1043,2 Millionen Mark oder 52,7 Millionen Mark mehr. An dem Mehr sind beteiligt: Die Zölle mit 42,6, die Zigarettensteuer mit 1,5, die Salzsteuer mit 2,5, die Branntweinverbrauchsabgabe mit 10,3, die Schaumweinsteuer mit 0,6, zusammen 57,5 Millionen Mark. Ihnen stehen Fehlbeträge gegenüber bei der Tabaksteuer mit 0,5, Zuckersteuer 0,1, Maischbottichsteuer 3,6 und Brausteuer 0,6, zusammen 4,8 Millionen Mark.

Spielkartenstempel und Wechselstempelsteuer haben zusammen 19,1 Millionen Mark oder ein Mehr von 3 Millionen gegenüber dem Etat abgeworfen. Die Statistische Gebühr hat den Etatsansatz um 0,2 Millionen Mark überschritten.

Damit sind aber vorläufig die Etatsüberschüsse zu Ende. Gleich die Ueberweisungssteuern weisen einen beträchtlichen Fehlbetrag auf. Die Börsensteuer hat eine Einnahme von 32,9 Millionen Mark oder ein Weniger von 15 Millionen Mark erbracht. Das Mehr bei der Losesteuer in Höhe von 2,3 Millionen mindert diesen Fehlbetrag nur auf 12,7 Millionen herab. Noch beträchtlicher ist das Minus bei den neuen Steuern. Sie waren im Etat mit 92,8 Millionen Mark ausgeworfen. Erbracht haben sie 65,7 Millionen, so daß ein Fehlbetrag von 27,1 Millionen Mark verbleibt. Nur der Frachturkundenstempel hat mehr eingebracht, als von ihm erwartet wurde. Sein Ueberschuß macht 19 Millionen Mark aus. Alle übrigen hierher gehörigen neuen Steuern haben die Etatsansätze nicht erreicht. Hinter ihnen sind zurückgeblieben die Personenfahrkartensteuer mit 11,8, die Kraftfahrzeugsteuer mit 1,3, die Steuer auf Vergütungen für Aufsichtsratsmitglieder mit 5,6 und die Erbschaftssteuer mit 10,3 Millionen Mark. Dem Mehr von 1,9 steht demnach ein Gesamtweniger von 28 Mill. Mark gegenüber.

Diese gesamten Einnahmen waren im Etat mit 1187,5 Millionen Mark angesetzt. Sie haben 1203,6 Millionen Mark erbracht. Den Ueberschüssen von 52,7 Millionen Mark bei Zöllen und Verbrauchssteuern, 3,3 Millionen beim Spielkartenstempel usw., zusammen 55,9 Millionen stehen an Fehlbeträgen 12,7 Millionen bei den Ueberweisungssteuern und 21,1 Millionen bei den neuen Steuern, zusammen 39,8 Millionen gegenüber, so daß hier ein Ueberschuß von 16,1 Millionen Mark verbleibt. Aber auch dieser wird noch verringert, wenn Post- und Eisenbahneinnahmen in Betracht gezogen werden. Zwar die Eisenbahnverwaltung hat bei einer Einnahme von 121,2 Millionen einen Ueberschuß von 3,3 Millionen Mark abgeworfen, die Post ist aber mit 597,1 Millionen hinter dem Etatsansatz um 13,1 Millionen zurückgeblieben, so daß sich hier ein Fehlbetrag von 9,8 Millionen Mark ergibt. Rechnet man diesen von dem obigen Mehr ab, so bleibt für alle diese Einnahmezweige ein Ueberschuß über den Etat in Höhe von 6,3 Millionen Mark.

Wo bleiben da alle die Ausgaben für Marine, Nordostseekanal, Reichseisenbahnen, Heer, Beamtengehältererhöhung usw., die die Regierung plant und sich zum Teil schon durch den Block hat bewilligen lassen? Immer höher steigt das Defizit. —

Merkt's euch, Proletarier!

Im Grunde wissen die Kapitalisten der Industrie wie der Landwirtschaft ganz gut, daß es der Schweiß der Arbeiter ist, von dem sie leben. Manchmal plaudern sie es auch aus, freilich keiner von sich selbst, aber immer der eine vom andern. Am 18. Mai 1907 spielte sich im preußischen Abgeordnetenhaus ein Redekampf zwischen industriellen und agrarischen Kapitalisten ab, den gerade jetzt zur Landtagswahl die Arbeiter sich merken sollten. Die Agrarier beschwerten sich darüber, daß die Industrie — zu hohe Löhne zahle! Dadurch würden die Arbeiter von der Landwirtschaft weggelockt und die Herren Agrarier könnten sie nicht nach Herzenslust ausbeuten. Der bekannte Agrarierhäuptling Graf Kanitz war es, der diesen Klagen Ausdruck verlieh und dabei zu dem Schlusse kam:

„Jeder erwachsene Arbeiter repräsentiert ein ansehnliches Kapital, das wir ausgelegt haben. Und wenn die Leute herangewachsen sind, stellen sie ihre Arbeitskraft in den Dienst der Großindustrie, die da erntet, wo sie nicht gesät hat."

So wird von dem edlen Grafen und seinen Gesinnungsgenossen der Bauer und Landarbeiter geachtet! Nicht als Mensch, sondern als „ausgelegtes Kapital"! Ganz abgesehen davon, daß der heranwachsende Arbeiter dem Agrarkapitalisten nicht nur kein Geld kostet, sondern ihm vielmehr noch Profit einbringt.

Die Herren machten damals allen Ernstes den Vorschlag, einen Ausfuhrzoll auf Kohle zu legen, zu dem Zweck.

die Kohlenförderung einzuschränken und dadurch Arbeiter überzählig zu machen. Als ihnen ein Vertreter der Industrie vorrechnete, daß eine Einschränkung der Ausfuhr um ein Drittel die Entlassung von rund 25 000 Bergleuten mit einem jährlichen Lohn von 25—30 Millionen Mark zur Folge haben müßte, war der Agrarierhäuptling Hahn „ehrlich" genug, dazwischen zu rufen:

„die der Landwirtschaft zugute kämen."

So offenherzig gestand dieser Agrarier zu, daß es der Hunger der Arbeiter ist, woraus die Agrarkapitalisten ihren Profit ziehen.

Selbstverständlich waren die Industriekapitalisten auch nicht faul, den Agrariern unter die Nase zu reiben, daß die Löhne erhöht werden müssen infolge der allgemeinen Teuerung aller Lebensmittel, an denen die agrarische Wirtschaftspolitik schuld ist. Und als sich so die Agrarkapitalisten sagen lassen mußten, daß sie aus schmutzigem Eigennutz am Mark der Arbeiter zehren, da schrien sie voller Wut den Industriekapitalisten entgegen, daß diese genau dasselbe Verbrechen begehen. Graf Kanitz sagte:

„Nach den Berichten der Knappschaftsvereine werden die Bergarbeiter im Durchschnittsalter von 46 Jahren invalide. In dem Bezirk Bochum mit 285 000 Mitgliedern tritt die Invalidität sogar schon im Durchschnittsalter von 43 Jahren ein."

Wer von ihnen recht hat? — Alle beide!

Merkt's euch, Proletarier!

Blockpolitik in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat sich mit dem Fall Behrens beschäftigt. Er ist, wie es in der dazu angenommenen Resolution heißt, zu der Ueberzeugung gelangt, „daß der Abgeordnete Behrens bei seiner Abstimmung zum Vereinsgesetz die ehrliche Absicht verfolgte, der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu nutzen und sie vor den schlimmsten Wirkungen des § 7 (12) des Gesetzes nach Möglichkeit zu schützen. Der Ausschuß kann deshalb in der Haltung des Abg. Behrens eine prinzipielle Zustimmung zum § 7 (12) nicht erblicken. . . . Das Vereinsgesetz enthält jedoch Ausnahmebestimmungen gegen Volksminderheiten, die auf keinen Fall die Zustimmung eines christlichen Gewerkschaftsführers finden dürften. Der Ausschuß mißbilligt daher die taktische Haltung des Abgeordneten Behrens auf das entschiedenste, würdigt indessen in vollem Maße seine schwierige Situation. Er sieht in diesem Einzelvorkommnis keinen Grund, dem Kollegen Behrens das Vertrauen zu entziehen, um so weniger, als er bei der entscheidenden Abstimmung über das Gesetz allen Verbesserungsanträgen zugunsten der Gewerkschaftsbewegung zugestimmt und den § 7 (12) abgelehnt hat."

Der Vorstand und Beratungsausschuß des Gewerkvereins christlicher Bergleute, dessen Generalsekretär Behrens ist, billigt diesem ebenfalls mildernde Umstände zu, weil seine Zustimmung zum § 7 in zweiter Lesung nicht grundsätzlich gemeint, sondern nur aus taktischen Gründen, um der Gewerkschaftsbewegung zu nützen, erfolgt sei. Indessen, so lautet das Urteil weiter, hat sich durch diese Abstimmung der Abgeordnete Behrens „in Gegensatz zu einer großen Zahl der Mitglieder des Gewerkvereins, insbesondere der fremdsprachigen Kameraden, gesetzt. Die Haltung des Abg. Behrens hat den Gewerkverein taktisch schwer geschädigt; sie kann dem Gewerkverein die Gewinnung von Mitgliedern in den gemischtsprachigen Bezirken sehr erschweren."

Dieser Beschluß klingt weniger entschieden, als das Urteil des „Bergknappen", der in bezug auf Herrn Behrens verkündete: „Jeder Gewerkschafter hat die Pflicht, für die Forderungen einzutreten, die die Lebensfähigkeit und das Arbeiten der Gewerkschaften erst ermöglichen. Wer das nicht will und tut, der gehört nicht zu uns." Von einem Hinauswurf ist nicht mehr die Rede in dem Beschluß des Gewerkvereins, und der Ausschuß des Gesamtverbandes will sogar Herrn Behrens das Vertrauen nicht entziehen. Wenn also der christlichsoziale Blockpolitiker nicht allzuempfindlich ist, kann er weiter in der Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes, im Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und im Vorsitz des christlichnationalen Arbeiterkongresses bleiben!

An der verfänglichen Haltung der christlichen Gewerkschaften und des christlichen Bergarbeiterverbandes haben offenbar die Drohungen der Stöckerschen Christlichsozialen und der evangelischen Arbeitervereinler mitgewirkt, die in Behrens den Glaubensgenossen und Blockbruder verteidigen. Die christlichen Gewerkschaften ruhen auf zu schwachen Füßen, um eine Absplitterung der evangelischen Mitglieder zu ertragen, wenn deren Anteil auch nicht allzu groß ist, so fürchten sie viel mehr noch die grundsätzliche Auseinandersetzung, die sich an eine solche Absplitterung knüpfen und die die ganze Haltlosigkeit des christlichen Gewerkschaftsgedankens aufdecken müßte. Deshalb wird über die Blocksprünge des Herrn Behrens der Mantel christlicher Liebe gedeckt und mit einigen Vorbehalten die Tatsache anerkannt, daß auch die Blockpolitik in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihren Platz haben darf!

Aus dem Wahlkampf.

Ultramontane Schulfeinde.

In Mannheim hat der Magistrat der Erteilung von fremdsprachlichem Unterricht in obligatorischer Weise an begabte — wohlgemerkt: an begabte — Volksschüler zugestimmt. Die „Koblenzer Volkszeitung", das Blatt des Zentrumsabgeordneten Dr. Marcour, bringt diese Mitteilung in ihrer Nummer 233 vom 25. April und fügt hinzu: „Das fehlt der Volksschule noch!"

Das Blatt steht offenbar auf dem Standpunkt des verstorbenen Zentrumsführers Peter Reichensperger, der bei der Beratung des berüchtigten Zedlitzschen Schulgesetzentwurfs im preußischen Landtag erklärt hat, daß „allgemein für alle Volksschulen als obligatorische Lehrgegenstände nur hingestellt werden können gründlicher Unterricht in der Religion, im Lesen, Schreiben und Rechnen". Geographie, Naturkunde u. a. waren nach Reichenspergers Ueberzeugung „nicht bloß ein überflüssiger Luxus, sondern sie tragen die allerhöchsten Gefahren für die Gesamtheit, für den Staat in ihrem Schoß." Junge Leute die mit jenen „schönen Sachen" in der Schule „traktiert" worden seien, können nach Reichenspergers Worten unmöglich „mit Zufriedenheit und innerer Befriedigung in den ihnen allein geöffneten Lebensweg eintreten, als Ackerknecht oder Stallknecht, als Ziegenhirt oder Gänsehirt, als Lehrling und Fabrikarbeiter".

Die Meinung des Zentrumsführers hat jener ostelbische Junker knapper in die Worte gefaßt: „Der dümmste Arbeiter ist der beste!"

Der Freisinn im Dienste der Reaktion.

Der Breslauer Freisinn hat es abgelehnt, von den dortigen drei Landtagsmandaten eines an die Sozialdemokratie abzutreten und dafür die beiden anderen Mandate für sich zu nehmen. Genau so war die Situation bereits 1903. Damals gehörten von den 1541 Wahlmännern den Konservativen und dem Zentrum 750, dem Freisinn 560 und der Sozialdemokratie 220 an. Der Freisinn hatte es in der Hand, der Reaktion den Sieg vorzuenthalten, wenn er, der Stärke der Parteien entsprechend, unseren Genossen ein Mandat überlassen hätte. Statt dessen mutete man unseren Parteigenossen zu, ohne jede Gegenleistung für die Kandidaten des Freisinns einzutreten! Mit Recht lehnten unsere Genossen dieses unverfrorene Ansinnen ab und Breslau entsandte einen Zentrümler und zwei Konservative in den Landtag.

Diesmal wird die Situation ohne Zweifel ähnlich!

Das Verhalten des Breslauer Freisinns veranlaßt das „Berl. Tageblatt" zu der Bemerkung:

„Wir sind nicht für ein allgemeines Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie. Aber wenn wie im Breslauer Fall der Freisinn sich zwei Mandate sichern kann für den Fall, daß er den Sozialdemokraten das dritte abtritt, dann erscheint es uns sehr töricht, einen solchen Pakt abzulehnen und die zweitgrößte Stadt der Monarchie an die Reaktion auszuliefern. Eine solche Taktik hätte nur dann einen Sinn, wenn der Freisinn die Sozialdemokratie grundsätzlich aus dem preußischen Abgeordnetenhause fernhalten wollte. Das kann er aber nicht wollen; das wollen nicht einmal die sächsischen Konservativen, die vielmehr der Sozialdemokratie eine gewisse Vertretung in der zweiten sächsischen Kammer zu sichern entschlossen sind. Man fragt sich deshalb umsonst, weshalb die Freisinnigen die Stadt Breslau den Konservativen und dem Zentrum überlassen und leer ausgehen wollen, nur damit die Sozialdemokraten auch nichts bekommen."

Das „Berliner Tageblatt" hat sich seine politische Naivität auch noch nach der freisinnigen Tagung in Frankfurt bewahrt. Allerdings ist es für den Freisinn Grundsatz, die Sozialdemokratie aus dem preußischen Dreiklassenparlament fernzuhalten. Lieber soll der finsterste Reaktionär in den Landtag einziehen! Man kann doch der Regierung, die die freisinnigen Heldenbrüste mit Orden geziert hat, nicht den Aerger bereiten, einige Sozialdemokraten in den Landtag zu bringen! Dann könnten ja auch die Freisinnigen nicht mehr die bloß mundspitzenden Volksfreunde mimen, denn dann müßte gepfiffen werden! Und dazu hat der Freisinn nicht den Mut! —

Wahlkreisgeometrie.

Die „musterhafte" Wahlkreiseinteilung zur Landtagswahl wird u. a. durch ein Extrablatt des „Amtsblattes der Kgl. Regierung zu Münster" vom 14. April 1908 treffend illustriert. In einem Wahlkreise ist ein Landtagsabgeordneter, in den übrigen vier Wahlkreisen sind dagegen je zwei Landtagsabgeordnete zu wählen. Im Wahlkreise Tecklenburg entfällt auf 56 037 Einwohner ein Abgeordneter; im Wahlkreise Borken-Recklinghausen, einem vorwiegend industriellen Wahlkreise, der bei einer Gesamt-Einwohnerzahl von 327 811 zwei Abgeordnete zu wählen hat, haben daher 163 655 Einwohner nicht mehr politische Rechte als ca. 56 000 Einwohner im Wahlkreise Tecklenburg! Im Wahlkreise Steinfurt-Ahaus (125 564 Einwohner) entfällt auf 62 782 Einwohner ein Abgeordneter, im Wahlkreise Lüdinghausen-Beckum-Warendorf (133 546 Einwohner) auf 66 773 Einwohner ein Abgeordneter und im Wahlkreise Münster-Coesfeld (175 596 Einwohner) auf 87 798 Einwohner ein Abgeordneter. Der industrielle Wahlkreis Borken-Recklinghausen müßte nach dem Maßstabe von Tecklenburg gemessen, anstatt zwei fünf Abgeordnete wählen!

Das Zentrum lehnt eine gerechte Wahlkreiseinteilung entschieden ab! Was sagen die Wähler dazu? —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. April 1908

Eine gute Zensur.

Die Freisinnige Volkspartei erfreut sich des ganz besonderen Wohlwollens der „Kreuz-Zeitung". Als zuerst die Richterschen Epigonen in den Block eintraten, um die große liberale Aera zu begründen, zeigte das Blatt offen sein Mißtrauen. Aber bald erkannte es mit anerkennenswertem Scharfblick das sanfte, anschmiegsame Gemüt der großen Führer Mugdan, Wiemer, Kopsch und Genossen. Erst zurückhaltend, dann dreister und dreister stellte es den freisinnigen Volksparteilern lobende Zensuren aus, und da es sah, daß diese gönnerhaft ausgeteilten Noten von den meisten dieser Herren nicht als Beleidigungen, sondern als Ermunterungen zum Fortschritt auf der staatsmännischen Bahn aufgefaßt wurden, vergrößerte es seine Anstrengungen. Bis zu welchem Grade die „Kreuz-Ztg." heute bereits in ihren Lobesleistungen gelangt ist, zeigt folgendes Zitat aus ihrer letzten Wochenrundschau:

„Was den „Reaktionären aller Schattierungen" an der Freisinnigen Volkspartei gefiel und gefällt, das ist deren Zuverlässigkeit. Man weiß stets, woran man bei ihr ist. Sie steht zu ihrem Programm und zu ihrem Wort. Sie schielt nicht zur Sozialdemokratie hinüber, öffnet nicht allen unsicheren Kantonisten ihre Pforten, berauscht sich nicht an politischen Feuilletonphrasen — sie ist eine Partei, mit der sich ehrlich kämpfen und ehrlich Frieden schließen läßt. Ein wahres Glück, daß sie in der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft die Führung hatte, und daß sie stolz genug war, ihrerseits die Führung des Blocks durch die Nationalliberalen dankend abzulehnen. Die Konservativen werden wohl auch fernerhin gern mit so charakterfesten Gegnern direkt verhandeln, die genau wissen, wie weit sie gehen können und dürfen, und die dann auch bei ihrem Worte bleiben."

Ein schönes Lob; aber es ist, wie man nicht bestreiten kann, vollauf verdient. —

Was ist ein „noch so geringer Fortschritt"?

Die Wiener „Zeit" hat an Herrn Dr. Müller-Meiningen geschrieben, er möchte ihr etwas über die „Aussichten des Blocks" schreiben und Herr Müller hat ihr als kompetenter Mann diesen Wunsch erfüllt. Natürlich schimpft er über die „Berliner Richtung" der Sozialdemokratie und beurteilt die Aussichten des Blocks recht günstig, da, wie er versichert, er und seine Gesinnungsgenossen so lange am Block festhalten würden, als nach ihrer Ansicht „ein wenn auch noch so geringer Fortschritt in der Richtung ihrer politischen Grundsätze durch dieselbe garantiert" werde. Das ist eine sehr nette, wenn auch stilistisch etwas unbeholfene Definition; aber was ist, nach Herrn Müllers Ueberzeugung, ein solcher „noch so geringer Fortschritt"? Herr Müller hält nicht hinter den Berg:

„Denken wir z. B.", sagt er, „an Stelle der indirekten Steuern die jetzigen Ausgabendifferenz teilweise durch weitere direkte Steuern, zu denen ich die Reichserbschaftssteuer rechne, so ist dies unzweifelhaft ein Fortschritt. Der „Unentwegte", „Voll und ganze" verlangt freilich nur „direkte Steuern". Und würde die Differenz nur durch solche gedeckt, dann verlangte er noch die Aufhebung aller anderen indirekten. Und würde man ihm vorrechnen, daß er schließlich 40 Proz. aller Einkommen und darüber zur Deckung aller Bedürfnisse des Reiches, der Einzelstaaten, der Kommunen usw. nehmen müßte, so ist ihm auch dies gleichgültig! Und machen wir solchen Unsinn nicht mit — dann sind wir von neuem die „Volksverräter", die „bestochenen Lumpen, die von der Börse leben", und wie die Kosenamen der Partei der „Sonnenhöhe" weiter lauten, mit denen sie uns, — um mich eines Ausdrucks des „Deutschen Volksblatts" zu bedienen, — in ihrer „nationalen Geschlechtslosigkeit" im Bunde mit den Klerikalen bewerfen."

Der schönen Müllerschen Phraseologie entkleidet, heißt das: Bewilligen die Konservativen eine Erweiterung und Erhöhung der Erbschaftssteuer, so sind wir bereit, die indirekten Steuern zu schlucken, die sie verlangen. Herr Müller spricht zwar von „weiteren direkten Steuern", aber er nennt sie nicht, denn er weiß als vorsichtiger Mann, daß seine politischen Freunde die Forderung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer selbst nur als Aushängeschild betrachten und von vornherein bereit sind, ihre Wünsche auf die Erweiterung der Erbschaftssteuer zu beschränken, um nicht „ausgeschaltet" zu werden. —

Austritt der Sozialliberalen.

Der Berliner sozialliberale Verein hat sich mit großer Mehrheit auf den Standpunkt der Barth-Gruppe gestellt und am Sonnabend mit 96 gegen 22 Stimmen den Austritt aus der freisinnigen Vereinigung beschlossen.

Pastor a. D. Kotschke führte aus, daß im Zeichen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft und der Blockpolitik den wirklichen demokratischen Elementen in der Partei jede Betätigung und jede Agitation unmöglich gemacht würde. Selbst Dr. Neumann-Hofer habe erklärt, daß seinem linken Flügel durch die Sozialliberalen die Stellung durchaus nicht erleichtert würde. Wenn jetzt aus der Partei erst wenige ausschieden, so würde die Abschwenkung einer Lawine gleichen, wenn im Herbst die Fusion mit der freisinnigen Volkspartei und später mit den Nationalliberalen erfolgte. Wohin die Reise ginge, zeige das Lob, das Naumann jetzt ganz allgemein in der reaktionären Presse erfährt. (Beifall.)

v. Gerlach legte besonders darauf Wert, daß man in Zukunft alle demokratischen Elemente, die mit dem Blockfreisinn nicht mitgehen wollen, sammeln müsse. „Schon heute haben wir Zuschriften aus allen Teilen Deutschlands bekommen, daß der Widerwille gegen den Block im Wachsen begriffen ist. Der Blockfreisinn muß einmal zusammenbrechen. Denn die Konservativen werden ihn kurz halten und immer nur geringfügige Brocken zukommen lassen. Deshalb muß unsere Bewegung wachsen. Daß der Freisinn heute so leicht über die Verletzung seines wichtigsten Rechtsgrundsatzes, der bürgerlichen Rechtsgleichheit denkt, wird im Volke nicht verstanden. Nennen wir uns demokratischer Verein. — Dem demokratischen Deutschland gehört die Zukunft." (Beifall.)

„Einigkeit ist ganz gut," führte Barth aus, „aber die Einigung muß eine bestimmte Grundlage haben. Heute sucht der Freisinn Macht zu gewinnen durch Nachgiebigkeit und Konzessionen. Das ist eine falsche Art. Für diesen Blockfreisinn zeigt heute das Junkertum die denkbar größte Verachtung. Dem Junkertum kann man nur Macht abtrotzen. Wir bekämpfen nicht nur die Verletzung der bürgerlichen Rechtsgleichheit bei § 7, sondern den ganzen Blockkurs, bei dem es kein Halten mehr gibt.

Ich bin seit mehr als zehn Jahren mit der freisinnigen Vereinigung verwachsen wie keiner. Aber ich konnte in Frankfurt dem Blockfreisinn keine Entlastung erteilen."

Bemerkenswert ist, daß Herr Tischendörfer, der „Arbeitervertreter", sich gegen die Barth-Gruppe wendete und ihr Eitelkeit vorwarf.

Nationalliberaler Jammer.

Der Liberalismus tut nach wie vor ungeheuer siegessicher; dürfte man der liberalen Presse Glauben schenken, dann stände geradezu eine Wiedergeburt des Liberalismus in Aussicht. Dabei ist den Herrschaften keineswegs besonders wohl zumute. Hinter der Schimpferei auf die Sozialdemokratie verbirgt sich eine unsagbare Angst. So unternimmt es der nationalliberale Schriftsteller Dr. Böttger im Scherlschen „Tag", der Sozialdemokratie eine Vorlesung über ihre, seiner Meinung nach verfehlte Taktik zu halten. Er meint, der Kampf sollte sich besonders gegen Konservative und Zentrum richten, denn diese Parteien versagten bei allen Kulturaufgaben, wie bei der Umgestaltung der Verwaltung in Preußen, der Aenderung des Schulwesens und des Wahlrechtes. Aber — so heißt es weiter — den Kampf gegen diese Parteigruppen zu führen, lehnt die Sozialdemokratie ab, weil „sie hinsichtlich des Konservatismus sich von der Reaktion die besten Agitationsmittel verspricht, konservative und agrarische Ultras sind ihr geradezu unentbehrlich; je mehr davon im Landtage, desto besser die Parteigeschäfte, und auf sie kommt es hauptsächlich an."

Anders als sonst in Menschenköpfen, malt sich in diesem Kopf die Welt! Selbstverständlich gilt unser Kampf auch dem Zentrum und den Konservativen. Dabei gilt es aber ganz besonders, dem Liberalismus, der längst allen liberalen Grundsätzen entsagt hat, die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen. Wäre es der Sozialdemokratie bloß darum zu tun, Agitationsmittel zu gewinnen, so könnte fast die Frage entstehen, ob nicht das schäbige Verhalten des Liberalismus in allen seinen Schattierungen uns für die Agitation die allerbesten Dienste leisten würde!

Man kann über die Konservativen denken wie man will, jedenfalls haben sie Grundsätze. Stellen diese Grundsätze auch die Inkarnation reaktionären Wollens dar, so weiß man doch wenigstens, woran man mit einer solchen Partei ist. Der Liberalismus hat eben keine Grundsätze und hofft mit dieser Grundsatzlosigkeit politische Geschäfte zu machen. Je entschiedener diese politischen Geschäftsleute an die Wand gedrückt werden, desto klarer wird die Bahn. Wohl selten ist die Tatsache, daß das ganze Heer unserer Gegner eine einzige große reaktionäre Masse ist, so plastisch in die Erscheinung getreten als gerade jetzt bei den Landtagswahlen! —

Achtuhr-Ladenschluß.

Der Achtuhr-Ladenschluß wird nach einer Verfügung des Senats nunmehr vom 1. Juli ab auch in Hamburg für alle Geschäftszweige eingeführt, mit Ausnahme der Lebensmittel-, Tabak- und Zigarrengeschäfte. An Sonnabenden und höchstens 40 weiteren von der Polizeibehörde zu bestimmenden Ausnahmetagen wird der bisherige Neunuhr-Ladenschluß beibehalten.

Vergebliche Reue.

Der „Vossischen Zeitung" scheint nachträglich ihre Aufrichtigkeit leid zu tun. Es ist auch wirklich zu ungeschickt, die Absicht des Freisinns, auch in der Steuerfrage die Interessen der breiten Volksmassen völlig preiszugeben, noch vor den Wahlen zu verraten! Und so bemüht sich das Blatt, seinen eigenen Artikel möglichst abzuschwächen. Zwar kann es nicht mehr leugnen, daß der Freisinn für indirekte Steuern einzutreten bereit ist. Aber es verfällt auf die kindische Ausrede, eine Reihe von Luxussteuern aufzuzählen, die ja finanztechnisch gleichfalls indirekte Steuern seien und uns entrüstet zu fragen, was wir denn da auszusetzen hätten. Ja es schleppt sogar als Kronzeugen unsere Genossen Wurm und Ehrhart herbei, die sich im Reichstag auch für indirekte Steuern ausgesprochen haben.

Das stimmt auch wirklich. Unsere Genossen haben nämlich die Besteuerung der Schaumweine allein als einseitig erklärt und gemeint, es sei nicht einzusehen, warum denn nicht die Edelweine, z. B. Liebfrauenmilch, gleichfalls zur Steuer herangezogen werden sollten. Und die „Vossin" zählt noch ein paar ähnliche indirekte Steuern auf, gegen die in der Tat nicht viel einzuwenden wäre,

außer gerade das Entscheidende, daß sie allesamt nicht viel bringen, und deshalb bei der Reichsfinanzreform nur eine sehr geringe Rolle spielen werden. Leider vermeidet die „Voss. Ztg.“ auch heute jedes klare Wort über diejenigen indirekten Steuern, um die es sich in der Tat handeln wird: um die Branntweinsteuer, die unter der Form eines Spiritusmonopols erhöht werden soll, um die Biersteuer und die Tabaksteuer. Und dieses Verschweigen ist eben auch eine Antwort. Der Freisinn wird ebenso wie beim Vereinsgesetz auch hier zu guter Letzt die Befehle der Konservativen erfüllen. Es ist ja auch selbstverständlich: Der Freisinn hat nicht dem Block zuliebe seine eigenen Prinzipien im Frühjahr geopfert, um im Winter bei der Frage der Finanzreform durch Festhalten an seinen Prinzipien den Block zu sprengen. Und deshalb glauben wir dem neulichen Geständnis der „Voss. Ztg.“, aber nicht ihrem heutigen Widerruf. —

Eine „Berichtigung“.

Zu dem Artikel „Heute und ehedem“, den wir am 19. April veröffentlichten, erhalten wir von dem Metallarbeiter Emil Brandt eine Zuschrift, in der er mit Entschiedenheit bestreitet, in der Gummischlauchaffäre des Jahres 1894 ein Werkzeug der Polizei gewesen zu sein.

Nun ist es ja richtig, daß nicht Brandt, sondern sein damaliger Parteigenosse Rodrian, der am 7. Juli 1894 wegen eines nichtpolitischen Verbrechens zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, die Anmeldung zu der verhängnisvollen Versammlung in Händen gehabt und durch sein Nichterscheinen der Polizei zu der Auflösungsmaßnahme formellen Anlaß gegeben hat.

Aber wenn man von diesem Vorgang, für den Brandt ja nicht verantwortlich zu machen ist, absehen will, so wird Brandt bei ruhiger Ueberlegung dennoch zugeben müssen, daß die damals von ihm gespielte Rolle geradezu zu bedenklichen Schlußfolgerungen drängte. Er hat in einer am 23. Januar 1894 abgehaltenen Anarchistenversammlung selber erzählt, daß Polizeikommissar Röwer ihn im Herbst 1893 als Polizeiagent anzuwerben gesucht und daß er von der politischen Polizei im ganzen 95 M. erhalten hat. Brandt wird ferner noch wissen, daß eine Anarchistenversammlung am 30. Januar 1894 sein Verhalten auf das schärfste verurteilt hat. Unter diesen Umständen lag in der von uns am 19. April gegebenen Charakteristik seiner Person kein Unrecht. Hat Brandt später die Verfehlungen von damals wieder gut gemacht, um so besser; aber dadurch hat er immer noch kein Recht erhalten, sich jetzt aufs hohe Pferd zu setzen.

Zur Gemeindewahlreform in Bayern.

Bekanntlich hat die bayerische Regierung erklärt, daß sie noch für die diesjährigen Gemeindewahlen die Anwendung des Verhältnissystems anordnen werde, falls die beiden Kammern nichts dagegen einwenden würden. Da nun auch die Reichsratskammer es in das Belieben der Regierung gestellt hat, eine solche Verfügung zu erlassen, so wäre eigentlich nichts anderes zu tun, als ohne weiteres das Versprechen einzulösen. Nun wurde aber in einer Magistratssitzung in Bamberg ausgeplaudert, daß das Staatsministerium an die Gemeindeverwaltungen ein Rundschreiben erlassen hat, in dem angefragt wird, wie sich die Gemeinden zu dem Proporz stellen, damit einverstanden seien und wie viele Sozialdemokraten voraussichtlich bei Anwendung des Proporzes gewählt wurden. Was diese Fragen bezwecken sollen, ist nicht recht ersichtlich; die Gemeindeverwaltungen, die zumeist von Cliquen beherrscht werden, werden sich natürlich über ein System, das ihre Alleinherrschaft bedroht, nicht begeistert aussprechen. Das interessanteste ist, daß man sich so angelegentlich wegen der Wirkung des Proporzes auf die Sozialdemokratie erkundigt. Hat man etwa einen kleinen Kniff im Sinne, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten in den Gemeinden zu größerem Einfluß gelangen?

Die Polenhetze bis zum Grabe.

In der ersten Stadtverordnetensitzung von Groß-Herne (Westfalen), das durch die Eingemeindung der Industrieorte Baukau und Horsthausen zustande gekommen ist, wurde eine Begräbnisordnung angenommen, wonach keine polnischen Grabinschriften geduldet werden. Die Zentrumsanhänger, darunter ein Mitglied des Zentrumswahlkomitees, stimmten ebenfalls für die Vorlage.

Schweiz.

Volksabstimmung und Wahlen in der Schweiz.

Zürich, 22. April. (Eig. Ber.)

Sonntag kommen im Kanton Zürich zwei wichtige Vorlagen zur Abstimmung, wovon die eine den Neubau der Universität und die andere den Schutz der Streikbrecher betrifft.

In der Universitätsfrage hat unsere Partei die Abstimmung freigegeben, obwohl sonst die Sozialdemokratie prinzipiell die Mittel für Kulturwerke bewilligt. Sie wollte damit protestieren gegen das infame Streikbrechergesetz, das gleichzeitig zur Abstimmung steht. Das Streikbrechergesetz ist eine Verschlechterung des bestehenden Strafgesetzes. Der Begriff des Hausfriedensbruches wird erweitert, die Nötigung durch die „ernstliche Belästigung“ zu einem unbestimmten Kautschukdelikt gemacht, den Arbeitern und Angestellten aller öffentlichen Betriebe das Streikrecht geraubt und die „öffentliche Aufforderung“ zu Vergehen oder zur Widersetzung gegen amtliche Verfügungen zu einem Fangnetz gemacht, wodurch der Spionage und der schuftigen Denunziation Tür und Tor geöffnet werden. Die Tendenz der ganzen Vorlage geht dahin, das Streikrecht der Arbeiter als Kampfeswaffe stumpf zu machen und insbesondere das Streikpostenstehen zu erschweren.

Das Gesetz, das den Standpunkt der Scharfmacher in die juristische Formel bringt, ist eine Schande für den Kanton Zürich und ein Schlag gegen jede Demokratie.

Unsere Partei hat eine außerordentlich rege und umfassende Agitation zur Bekämpfung des Gesetzes entfaltet; auf der anderen Seite agitieren die Bürgerlichen für dessen Annahme mit solchem Eifer, daß sie wohl den letzten Mann zur Urne bringen werden.

Der Ausgang der Volksabstimmung wird voraussichtlich die Annahme beider Gesetze sein, das eine für Wissenschaft und Kultur, das andere für die Barbarei und gegen die Kultur.

Gleichzeitig findet die Neuwahl der Regierung und des Kantonsrates für eine dreijährige Amtsperiode statt. Für die Regierung hat unsere Partei den Genossen Dr. Kraft neben dem bisherigen sozialdemokratischen Regierungsrat Ernst aufgestellt, und zwar zur Bekämpfung des „liberalen“ Regierungsrates Nägeli, des gegenwärtigen Justiz- und Polizeidirektors, der, selbst ein Reaktionär und arbeiterfeindlicher Politiker, auch jederzeit das willfährige Werkzeug der Reaktion anderer ist.

In den Kantonratswahlen hoffen unsere Genossen auf größere Erfolge; denn die Erbitterung der Arbeiterschaft über das infame Ausnahmegesetz muß der sozialdemokratischen Partei Tausende neuer Anhänger zuführen und ihre Stimmenzahl entsprechend vermehren.

Ueber den Ausgang der Wahl unterrichtet folgende Privatdepesche:

Zürich, 27. April. Das Streikgesetz wurde mit 49 412 gegen 33 923, das Hochschulgesetz mit 57 203 gegen 23 832 Stimmen angenommen. Der Sozialdemokrat Ernst wurde mit 62 571 Stimmen in die Regierung wiedergewählt. Dagegen unterlag Kraft mit 22 555 Stimmen. Ferner wurden 43 sozialdemokratische Kantonsräte gewählt, so daß 5 Sitze neu gewonnen wurden.

Frankreich.

Clemenceau gegen die Wahlfreiheit.

Paris, 26. April. (Eig. Ber.) Der Anti-Autoritär Clemenceau findet täglich neue Verbesserungen für den radikalen Kasernenstaat. In der gestrigen Ministerratssitzung ist der Beschluß gefaßt worden, daß alle Beamten, die ihre Kandidatur für den Gemeinderat aufstellen, zuerst die Genehmigung ihres Ressortministers einzuholen haben. Das besagt, daß die Regierung Beamte, deren Gesinnung ihr nicht paßt, vom passiven Wahlrecht ausschließen will und daß sie die ihr genehmen Kandidaten vor Gegnern aus der Beamtenschaft schützen wird. Von da bis zu den berüchtigten offiziellen Kandidaturen des Kaiserreichs ist wirklich nicht mehr allzuweit. Wenn die Beamten erst einmal wissen, daß ihr passives Wahlrecht nur von dem Wohlwollen der Regierung abhängt, werden sie sich auch nicht verhehlen, daß diese argwöhnisch darüber wacht, wie sie das aktive ausüben. Der Streberei, Denunziationssucht und Charakterverderbnis ist so auf die schönste Art Vorschub geleistet, von einem Regime, das die Rechtfertigung über alle seine Gewaltmaßregeln gegen die proletarische Bewegung in der Sorge für die gefährdete republikanische Staatsbürgermoral zu besitzen beansprucht. —

Italien.

Der ewige Nasi.

Trapani, 26. April. Der frühere Minister Nasi wurde mit 2691 Stimmen zum Deputierten wiedergewählt. Die beiden Gegenkandidaten erhielten zusammen 581 Stimmen.

Man kennt den sonderbaren Geschmack der Sizilianer, der sich durch solche Kleinigkeiten, wie das Urteil des Senats, das Nasi ins Gefängnis schickte und ihm die Ehrenrechte aberkannte, nicht beirren läßt. Da aber die Kammer anderer Ansicht sei und das Mandat kassieren dürfte, so muß man auf die Wiederholung des anmutigen Spieles gefaßt sein.

England.

Die liberale Niederlage.

Zur Wahl in Manchester wird uns aus London, 25. April, geschrieben:

Aus dem Lärm der Niederlage Winston Churchills und dem Siege des konservativen Kandidaten Joynson Hicks ertönen, wie die „Morning Post“ richtig sagt, vernehmlich die weithinschallenden Töne der Totenglocken des Freihandels. Manchester war die Wiege der Antikornzollliga; es war seit 60 Jahren mit Freihandelspolitik verbunden und gab einer ganzen politischen Richtung den Namen: „Manchestertum“ bedeutete freien Handelsverkehr, freie Konkurrenz und Unterordnung des Staates unter die freie Persönlichkeit. In dieser Stadt siegte die Idee eines britischen Zollvereins über einen Anhänger Cobdens. Die Wahl in Manchester war ein wichtiges Ereignis.

Und im Wirbel dieses wichtigen Ereignisses befand sich auch ein sozialdemokratischer Kandidat, der absolut ohne Einfluß blieb. Seine 276 Stimmen haben weder auf den Sieg noch auf die Niederlage irgendwelche Wirkung ausgeübt. Und doch wird jede sozialdemokratische Stimme ungefähr 30 M. kosten! Die Taktik, die zur Aufstellung dieses Kandidaten führte, wird man kaum als sehr glücklich bezeichnen können.

Eine neue Schlappe der Liberalen.

London, 27. April. Bei der Ersatzwahl zum Unterhause im Wahlbezirke Kincardineshire wurde der liberale Kandidat zwar gewählt, erlitt aber eine derartige Stimmeinbuße, daß dieser Sieg moralisch einer Niederlage gleichkommt.

Rußland.

An der russisch-persischen Grenze.

Zu den von uns bereits gemeldeten Zusammenstößen schreibt man uns aus Petersburg:

Die bewaffneten Zusammenstöße zwischen russischen Truppen und Einheimischen an der russisch-persischen Grenze tragen einen weiternsteren Charakter, als ihnen von offizieller Seite eingeräumt wird. Sie begannen schon am 12. April, als Rittmeister Dwojeglasow, der eine russische Streifwache befehligte, auf persischem Gebiet von „Räubern“ überfallen wurde. Was die russischen Truppen dazu bewog, die Grenze zu überschreiten, ist nicht völlig klar. Es wird behauptet, sie hätten russische Untertanen vor den persischen „Räubern“ schützen wollen. Wie dem auch sei, die Russen wurden von den „Räubern“ in die Flucht geschlagen, obwohl aus Beljassuwar Verstärkungen anrückten. Wer die „Räuber“ waren, ist auch nicht klar. Jdenfalls waren es keine Kurden, denn diese wagen sich nicht so weit nach dem Osten hin. An den nachfolgenden Tagen überfielen die „Räuber“ den Grenzposten Beljassuwar. Die russischen Truppen vertrieben sie, gingen zum Angriff über und verbrannten die persischen Dörfer Sagrian, Dschelar-Beglu und Kobschabelly. Am 19. April mußten sich die Russen zurückziehen und die Einheimischen umzingelten Beljassuwar und Schirins. Diesmal waren es nicht kleinere Trupps, sondern ungeheure Mengen von Nomaden, die gegen die Russen vorrückten. So berichtete der Kommandierende der Jelissawetpolschen Grenzwache-Brigade: „Eine ungeheure Masse von Nomaden rückt auf uns los, in der Absicht Rache für die gestrigen Verluste zu nehmen. Die Lage ist sehr ernst.“ Die weiteren Ergebnisse sind noch nicht völlig klar. Nach Eintreffen von Verstärkungen rückten die Russen auf eine Entfernung von 200 Werst nach dem Inneren Persiens vor, um die Grenze von den „Räubern“ zu „säubern“. Daß hierbei kein Unterschied zwischen der Einheimischen Bevölkerung und den „Räubern“ gemacht wurde, ist klar.

Tiflis, 27. April. Gegen den Organisator der Räubereien an der russisch-persischen Grenze Khan Mahmed-Kuli, und die räuberische Nomadenbevölkerung, ist von hier eine Strafexpedition abgegangen, die aus dem 2. und 4. Schützenbataillon, zwei Schnellfeuergeschützen der Gebirgsartillerie und einer Sotnie Kosaken besteht.

Attentate.

Aus Warschau, 27. April, wird dem „L.-A.“ gemeldet:

Im Fabrikorte Ostrowietz, im Gouvernement Radom erschossen mehrere unbekannte Personen einen Gendarmerieunteroffizier und verletzten den Gendarmeriekreischef und einen anderen Gendarmerieunteroffizier schwer. Alle Fabriken sind militärisch besetzt, zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Lodz wurde in der Radogoszer Vorstadt gestern abend eine Landpatrouille von mehreren Revolutionären überfallen. Ein Landpolizist und zwei Soldaten wurden erschossen. Die sozialistische Kampfpartei fordert in Flugblättern auf, den 1. Mai durch einen Generalstreik zu feiern.

Indien.

Der Grenzkrieg.

Simla, 26. April. Die Mahmands haben ihre Stellungen geräumt. Die Verluste werden auf 240 Mann beziffert.

Marokko.

Ein französischer Erfolg.

Paris, 26. April. General d'Amade telegraphierte vom 24. aus Kasbah Ben Ahmed, daß eine kleine Abteilung der französischen Truppen Ruhe und Sicherheit auf dem Gebiete der Achach herstellte, von denen zwei Kaids ihre Unterwerfung gaben. Zahlreiche Dorfbewohner hatten sich in die Berge geflüchtet, deren Abhänge von einer großen Zahl marokkanischer Reiter bedeckt waren. Die Marokkaner wurden bis Oued Tunedja zurückgetrieben. Nachmittags besetzten die französischen Truppen die Anhöhen am linken Flußufer, worauf der Rückzug des Feindes in offene Flucht ausartete. Die französischen Truppen, von denen fünf Mann verletzt wurden, sind sodann unter Führung des Generals d'Amade nach Kasbah Ben Ahmed zurückgekehrt. Die umwohnenden Stämme haben sich den Franzosen unterworfen.

Demonstration in Fes.

Rabat, 27. April. In Fes versuchten gestern fanatisch erregte Volkshaufen, welche die Straßen durchzogen, die ausländischen Postämter zu zerstören. Das deutsche und das englische Postamt waren geschlossen, sodaß die Menge nur die außen angebrachten Briefkästen zertrümmern konnte. Auf der französischen Post wurde alles in Stücke geschlagen. Ein Briefträger und ein Soldat des französischen Konsulats wurden mit dem Tode bedroht. Die Behörden sprachen auf dem französischen Konsulat ihr tiefes Bedauern über das Geschehene aus und verhafteten die Schuldigen. —

Amerika.

Der Streit um die Flotte.

Washington, 26. April. Im Senat debattierte man gestern aufs heftigste über die Flottenvermehrung und den Kommissionsantrag, zwei statt derer vom Präsidenten empfohlenen 4 Schlachtschiffe zu bauen. Senatoren beider Parteien befürworten 4 Schiffe. Die konservativen Senatsleiter Aldrich und Hale führen die Opposition dagegen. Am Montag dürfte wahrscheinlich der Kommissionsantrag angenommen werden. Diese starke Niederlage Roosevelts wäre umso auffallender, als die große Mehrheit der Presse beider Parteien 4 Schlachtschiffe befürwortet hat, womit auch die Bevölkerung unverkennbar einverstanden ist. Die Presse erklärt die bevorstehende Ablehnung mit der Feindschaft gegen Roosevelt und der Drohung der Kongreßführer, die anderenfalls das zu Wahlzwecken begehrte Budget der öffentlichen Bauten nicht durchzulassen.

Parlamentarisches.

Einlauf.

Im Reichstag gingen ein:

Allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1904.

Berechnung der für 1908 aufzubringenden Matrikularbeiträge.

Aus der Partei.

Der Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

London, 24. April. (Eig. Ber.)

Der Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party = J. L. P.) tagte in Manchester und wurde von 400 Delegierten besucht. Der Geist, der die Beratungen des Kongresses beherrschte, war durchaus sozialistisch. Die Hauptdebatte drehte sich um die Haltung der J. L. P. zur Wahl des Genossen Grayson in Colne Valley. Grayson ist Mitglied der J. L. P. und diese gehört bekanntlich der Arbeiterpartei an. Als Teil dieser Partei konnte die J. L. P. ihn nur unterstützen, wenn er einfach als Arbeiterkandidat auftrat. Grayson hingegen wollte nur als Sozialist kandidieren. Die J. L. P. konnte ihm deshalb offiziell keine Unterstützung im Wahlkampfe gewähren, wohl aber hat sie ihre lokale Organisation in Colne Valley beauftragt, Grayson beizustehen. Diese widerspruchsvolle Haltung gab den Anlaß zu vielen Ausstellungen, und Grayson verlangte die Annahme eines Tadelsvotums gegen den Parteivorstand. Nach einer Erklärung Hardies, daß Grayson nicht gezwungen sei, die Satzungen der Arbeiterpartei zu unterschreiben und nur die Pflicht habe, mit der Arbeiterfraktion im Unterhause zusammenzugehen, zog Grayson seinen Antrag zurück. Im übrigen ist zu bemerken, daß Grayson seine Diäten von der J. L. P. erhält und in jeder Weise von ihr unterstützt wird.

Der Kongreß nahm einstimmig die Resolutionen an über Arbeitslosigkeit, Speisung der Schulkinder, Ausbau des Gemeindesozialismus, die englisch-russische Entente und den Kongostaat, die wir kürzlich an dieser Stelle wiedergaben. Außerdem gelangten noch folgende Resolutionen zur Annahme:

„Indien: Angesichts der wachsenden Armut der indischen Bevölkerung und der zunehmenden Verheerungen durch Pest und Hunger sowie angesichts der reaktionären Natur der indischen Verwaltung, spricht der Kongreß seine Sympathie aus für die Ziele des indischen Kongresses und ist der Ansicht, daß der indischen Bevölkerung wirkungsvollere Macht über ihre Angelegenheiten gewährt werden soll.“

„Frauenwahlrecht: Der Kongreß erklärt sich für die politische Gleichstellung der Geschlechter und verlangt, daß das Wahlrecht sofort auf die Frauen ausgedehnt wird unter denselben Bedingungen, wie die Männer es ausüben.

Die Wahlrechtsresolution hält also an der bekannten Ansicht der J. L. P. fest, die vorläufig nur mit dem herrschenden Grundsatz der Wahlunfähigkeit der Frau brechen will und damit die Forderung des gleichen, allgemeinen Wahlrechts nicht verknüpft.

„Alterspensionen: Der Kongreß fordert die Fraktion auf, für die Einführung von Alterspensionen für Männer und Frauen, die entweder durch Alter oder Invalidität arbeitsunfähig sind, zu sorgen. Die Kosten sollen vom Staat getragen werden. Die Fraktion soll die Einbringung des Etats dazu benutzen, auf die Verwirklichung dieser Reform zu dringen.“

„Die Schankbill: Der Kongreß erklärt, daß keine Schankbill zufriedenstellend ist, die das Gemeinwesen nicht befähigt, die Schankhäuser zu munizipalisieren und ihre vollständige Verwaltung zu übernehmen.“

In den Parteivorstand wurden gewählt: J. R. Macdonald (Vorsitzender), Benson (Kassierer), Keir Hardie, Snowden, Bruce, Glasier und J. C. Anderson.

Ein glänzender Gemeindewahlsieg.

Ueber den schon telegraphisch gemeldeten Sieg zu Oberstein wird uns noch geschrieben: Bei der Stadtverordnetenwahl in Oberstein a. d. Nahe, dem Hauptort des innerhalb der südlichen Rheinprovinz liegenden oldenburgischen Fürstentums Birkenfeld, Sitz der bekannten Achat- und Bijouterieindustrie, errangen am Sonnabend unsere Parteigenossen einen großen Sieg. Bisher gehörten dem Stadtverordnetenkollegium drei Sozialdemokraten an, die aber auf Grund einer Mischmaschliste gewählt worden waren. Diesmal aber wurden sämtliche fünf sozialdemokratische Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug bei völlig gleicher und geheimer Wahl 80 Prozent. Die Gegner hatten mit Aufbietung aller Kräfte gearbeitet. Im vorigen Jahre hat in Oberstein die große Aussperrung der dem Deutschen Metallarbeiterverbande angehörenden Bijouteriearbeiter stattgefunden, die vier Monate gedauert hat und von der her jetzt noch 100 Arbeiter beschäftigungslos sind. Vor der Wahl nun wurde aus Fabrikantenkreisen heraus in der Form eines Gerüchtes die Drohung verbreitet, wenn die Stadtverordnetenwahl „schlecht“ ausfalle, werde abermals eine Aussperrung stattfinden. Der Erfolg war, daß am Sonnabend die

sozialdemokratischen Kandidaten mit 750 von 1050 abgegebenen Stimmen gewählt wurden. Es stimmten also sechzig Prozent aller Wahlberechtigten sozialdemokratisch.

Maifeierbeschlüsse.

Der Scharfmacherverband von Hamburg-Altona, der sich offiziell Arbeitgeberverband nennt, hat die Aussperrung „aller" Arbeiter beschlossen, die am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen. Die Wiedereinstellung soll nicht vor dem 11. Mai erfolgen. Die Arbeitgeber im Baugewerbe begnügen sich, wie in den letzten Jahren, mit einer eintägigen Aussperrung.

Es handelt sich hier um Beschlüsse, denen von kaum 10 Proz. der Arbeitgeber Rechnung getragen wird. Da viele Arbeitgeber weder Lust, noch Neigung, noch die Fähigkeit besitzen, die während der Aussperrungszeit liegengebliebene Arbeit selbst anzufertigen, wird zu einem großen Teile, wie die Erfahrung lehrt, der selbstverschuldete Ausfall durch Ueberarbeit ausgeglichen.

Außer anderen Gewerkschaften haben die Maurer und Bauarbeiter Hamburgs strikte Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen.

Im Gewerkschaftskartell zu Frankfurt a. M. wurde bei der Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß auch die Maifeierfrage behandelt. Genosse Dr. Quarck begrüßte, daß von den Arbeitern selbst ein anderer Standpunkt von der Generalkommission verlangt wird. Unter Umständen müsse man es auf eine Machtprobe ankommen lassen. Kassenbureaukratische Beweggründe dürften nicht ausschlaggebend sein. Das Kartell nahm einstimmig den Antrag an, der Gewerkschaftskongreß möge die Generalkommission beauftragen, mit dem Parteivorstande erneut in Verhandlungen zu treten, um eine befriedigendere Regelung der Unterstützungsfrage der bei der Maifeier Gemaßregelten zu erzielen.

* * *

Nürnberg, 27. April. (Privatdepesche des „Vorwärts"). Das Bezirksamt Fürth genehmigte den Maifestzug, den es bisher stets verboten hatte, unter der Bedingung, daß keine roten Fahnen mitgeführt werden.

Eine Konferenz der Sozialdemokratie Nordbayerns.

Der alle zwei Jahre wiederkehrende Gautag Nordbayerns fand Sonnabend und Sonntag in Würzburg statt. Anwesend waren 92 Personen, darunter mehrere Landtagsabgeordnete und Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum. Die sozialdemokratische Organisation im Gau Nordbayern zählt gegenwärtig 30000 Mitglieder, 12000 mehr als am letzten Gautage.

Es wurde beschlossen, noch einen zweiten besoldeten Gaubeamten anzustellen und die Agitation mit noch größerem Eifer aufzunehmen. Das bedeutsamste der Tagung aber ist die Gründung zweier neuer Parteiblätter für Nordbayern: der „Fränkischen Volkstribüne" für Bayreuth und des „Fränkischen Volksfreund" für Würzburg. Beide Blätter mit eigener Druckerei.

Einen großen Raum der Verhandlungen nahm die Diskussion über die Bildungsfrage ein. Genosse Kurt Eisner machte dazu längere Ausführungen, die darin gipfelten: Die Bildungsfrage müsse geradezu in den Mittelpunkt unserer Aufgaben gestellt werden. Ein politisches Tageblatt könne nicht jeden Tag das A-b-c predigen. Die Einführung in die allgemeine und im besonderen in die sozialistische Wissenschaft müsse Aufgabe einer besonderen Agitation analog der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation sein, an deren Spitze eine dafür geeignete, besoldete Kraft gestellt werden müsse. Der Gau Nordbayern sollte mit diesem Gedanken bahnbrechend vorangehen. Das Zentrum, das mit einem Heer staatlich bezahlter Geistlichen hauptsächlich in Bayern die Massen im Banne hält, könne nicht durch Polemiken, sondern einzig und allein durch das Hineintragen von Wissen in die Massen bekämpft werden. Und das könne erfolgreich nur geschehen durch eine eigens dazu geschaffene Organisation, deren Seele ein Volksbildner sein müsse, von dessen Persönlichkeit allerdings das Gelingen des Projekts abhänge.

Sämtliche Redner begrüßten diese Idee. Dem Gauvorstand wurde die weitere Verfolgung der Sache in die Hand gegeben. Ist die Personenfrage gelöst, dann wird die finanzielle Seite des Projekts früher oder später auch gelöst werden können. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß bei dem zu erwartenden Aufstieg der „Fränkischen Tagespost" nach ihrer Reorganisation das Bildungsunternehmen zum wesentlichsten Teile von ihr finanziert werden kann.

Zu den im Herbst in Bayern (jedenfalls nach dem Proporz) stattfindenden Gemeindewahlen gab Genosse Segitz den Delegierten eine eingehende Instruktion über die Aufgaben eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters. Genosse Dr. Südekum sprach über die innere und äußere Politik Deutschlands

Ein italienischer Arbeiterkonkreß in der Schweiz. In Zürich tagte kürzlich eine Versammlung von Vertretern italienischer Vereinigungen, Gewerkschaften, Konsum-, Bildungs- und Hülfsvereine. Es waren vertreten 11 Konsumvereine, 19 Gewerkschaften, 7 republikanische, 21 sozialdemokratische und 8 Bildungs- und Hülfsvereine, mithin 64 Delegierte. Um zu verhindern, daß die italienischen Arbeiter in größerer Anzahl, als es die Marktlage in verschiedenen Ortschaften erfordert, in die Schweiz kommen und so, von der Not getrieben, zu Lohndrückern werden, soll ein Zusammenschluß der italienischen Arbeitskammern und der italienischen Gewerkschaften mit den schweizerischen Gewerkschaften und mit den verschiedenen Arbeitsnachweisstellen herbeigeführt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteurfreuden. Genosse Brecour von der Schleswig-Holsteinischen „Volkszeitung" zu Kiel hat am Sonnabend das Gefängnis verlassen, wo er einen Monat wegen Beleidigung eines Bürgermeisters zubringen mußte.

Gewerkschaftliches.

Erklärung.

Die 6. Konferenz der Fliesenleger Deutschlands beschloß, nachdem die Einigungsbedingungen angenommen waren, mit Mehrheit den Uebertritt der bisherigen Vereinigung zum Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Trotzdem haben sich nun Personen gefunden, welche sich diesem Beschlusse nicht fügen und — analog dem Vorgang in der Freien Vereinigung der Zimmerer Deutschlands — mit allen Kräften der Durchführung dieses Kongreßbeschlusses entgegen arbeiten. Diese finden hierin die verständnisvolle Hülfe des Gewerkschaftskartells.

Dieser weiteren Zersplitterung der Arbeiterbewegung unter schroffster Verletzung aller demokratischen Grundsätze, können nach den Beschlüssen der Parteitage zu Mannheim und Essen die Organe der Partei keinerlei Vorschub leisten. Die Preßkommission beschließt deshalb:

„Für die „Vereinigung der Fliesenleger" ist der „Vorwärts" sowohl im Inseraten- wie im redaktionellen Teil gesperrt!"

Die Preßkommission.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung im Glasergewerbe.

Dem Vorstand der Glaser wurde gestern die Kündigung des Lohnvertrages durch die beteiligten Organisationen übermittelt. Als Unternehmerorganisationen kommen in Betracht: der Verband der Glasereien und verwandten Gewerbe von Berlin und den Vororten, die Berliner Zwangsinnung und die Charlottenburger Innung. In der Quartalsversammlung der Berliner Innung wurden als Motive für die Vertragskündigung folgende Momente geltend gemacht: In erster Linie müsse die Akkordarbeit wieder eingeführt werden. Auch der einheitliche Stundenlohn von 70 Pf. könne nicht bestehen bleiben. Der den Glasern genügend bekannte Glasermeister Stampehl verlangte, daß im neuen Vertrag die Rechte der Kleinmeister mehr wie bisher gewahrt werden sollten. Die Berliner Innung hatte bei einer ganzen Anzahl Behörden petitioniert um Heraufsetzung der Bezahlung der Lohnstunden für Glasergesellen und hat auch eine ganze Anzahl zustimmender Antwortschreiben erhalten, z. B. von der Garnisonverwaltung zu Schöneberg, von der städtischen Hochbaudeputation und anderen. Ob diese Petitionen mit der jetzt geplanten Herabsetzung des Stundenlohnes begründet waren?

Die Verwaltung der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Glaser hat an die „Lokalisten" ein Flugblatt verbreitet mit der Aufforderung, in Anbetracht des bevorstehenden Kampfes sich dem Verbande anzuschließen. Einige würdigere Demonstration könnten die Lokalisten wohl kaum finden, als wenn sie sich am 1. Mai in einheitlicher Organisation mit ihren Berufskollegen zusammenfinden würden.

Der Streik bei der Firma Karl Juhre, Fensterreinigungsinstitut, Pallisadenstr. 17, dauert unverändert fort. Streikbrecher sind bis jetzt nicht zu verzeichnen gewesen, jedoch versucht Herr Juhre, seine Arbeiten jetzt von anderen Unternehmern fertigstellen zu lassen. Es sind bis jetzt die Unternehmer Hoppe, Große Frankfurter Straße 73, Robert Knepel, Friedrichsfelder Straße, und Kaulich, Kirchbachstraße, welche die Kundschaft Juhres durch ihre Arbeiter versorgen. Die sogenannten Arbeitsscheine sind grün und ohne Namen der ausführenden Firma. Wir bitten unsere Kollegen, hierauf genau zu achten und derartige Aufträge unter allen Umständen abzulehnen. Verrichte niemand Streikarbeit.

Auch die übrige Arbeiterschaft bitten wir um ihre Unterstützung. Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Transportarbeiter-Verband, Verwaltung II.

Achtung, Lohgerber!

In der Lederfabrik Gebr. Schlägel, Lichtenberg b. Berlin, sind die Kollegen der nassen Werkstatt wegen 30prozentiger Lohnreduzierung in den Ausstand getreten. Vor Zuzug von Lohgerbern nach Lichtenberg wird gewarnt.

Deutscher Lederarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin II.

Der Streik in der Taschenfabrik von Scheier, Ritterstr. 32, ist beendet. Herr Scheier sendet uns eine Zuschrift, in der er sagt, sein Werkführer habe ihm versichert, daß die gezahlten Akkorde die „ortsüblichen" seien. Von Verbandswegen wird uns jedoch mitgeteilt, daß „ortsüblich" zirka 20 Proz. höhere Akkorde seien. Inzwischen hat Herr Scheier den Tarif des Verbandes anerkannt und der Streik ist beendet.

Deutsches Reich.

Der Schuhmacherstreik in Magdeburg ist noch nicht beendet, obwohl die Streikenden schon gute Erfolge zu verzeichnen haben. Nachdem die Innungen jegliche Unterhandlungen abgelehnt hatte, fand sich eine Anzahl Arbeitgeber zu Unterhandlungen mit der Streikleitung bereit. Das Ergebnis war die Annahme eines Tarifes, der eine zehnprozentige Lohnerhöhung vorsieht. Diesen Tarif bewilligten 84 Meister. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 160 Gesellen. Im Streik befinden sich noch 64 Mann. Nicht bewilligt wurden die Forderungen der Streikenden u. a. von der Firma W. A. Pape, deren Inhaber erklärte: „Meinetwegen können die Schuhmacher streiken, bis sie schwarz werden; ich halte es aus!" Seinetwegen können also die Forderungen der Streikenden noch so berechtigt sein: er bewilligt sie nicht, weil er nicht will.

Der Streik der Zimmerer in Aken ist nach einer Dauer von drei Wochen beendet worden. Die Unternehmer bewilligten die Forderung der Streikenden, vom 1. Mai ab einen Stundenlohn von 40 Pf. zu zahlen. Sämtliche Zimmerer arbeiten zu den neuen Bedingungen.

Ein Streik in der Kaliindustrie. Auf der Pottaschefabrik der Gewerkschaft „Neu-Staßfurt" zu Staßfurt ist die Arbeiterschaft in den Streik getreten. Die Streikenden fordern eine Lohnerhöhung um 15 Proz., Abschaffung der 24stündigen Sonntagsschicht, Milderung des Strafwesens und Auszahlung des Lohnes bei der Schichtbeendigung. Die Werksverwaltung lehnte die Forderungen ab. Als auch ein Vermittelungsversuch der Gewerbeinspektion fehlschlug, verweigerten die Belegschaften die Anfahrt und verließen gemeinsam die Fabrik. Wie notwendig besonders die Abschaffung der 24stündigen Sonntagsschicht ist, beweist treffend folgender Ausspruch eines Arztes einem Arbeiter der Fabrik gegenüber: „Die Leute von Fabrik 4 sind nicht eigentlich „krank", sondern „kaput". Die Werksverwaltung sucht außerhalb Staßfurts Ersatz für die Streikenden. Merkwürdigerweise will sie den nicht eingearbeiteten Arbeitswilligen den Lohn zahlen, den sie den Streikenden verweigert. So suchte ein Agent des Werks am Sonnabend in Magdeburg 300 Arbeiter. Er hatte aber nicht viel Erfolg; nur durch den Arbeitsnachweis des Verbandes reichstreuer Arbeiter wurden ihm einige Dienstwillige vermittelt.

Zum Kampf in der Pforzheimer Etuisindustrie.

Der Plan der Pforzheimer Etuisfabrikanten, welcher bekanntlich dahin geht, der Arbeiterschaft der Etuisindustrie eine zehnprozentige Lohnverkürzung aufzuoktroyieren, findet, wie bei einem solchen rückschrittlichen Verlangen nicht anders möglich, eine einhellige Zurückweisung der Pforzheimer Etuisarbeiter und Arbeiterinnen. Nachdem die durch die Maßregelung mehrerer Organisierter seitens der Firma C. Dietz heraufbeschworene allgemeine Kündigung des Personals dieser Firma abgelaufen ist, befindet sich dasselbe, zirka 70 Personen, im Ausstande. Eine große öffentliche Versammlung, welche am 24. April stattfand, billigte einstimmig die Haltung und das Vorgehen des Dietzschen Personals. Aber die Einigkeit der Arbeiterschaft ist ein Faktor, mit welchem die Scharfmacher in Pforzheim nicht gerechnet oder den sie ganz gewaltig unterschätzt haben. Sie hatten geglaubt, leichtes Spiel zu haben und müssen nunmehr einsehen, daß sie durch ihr Vorgehen die Arbeiterschaft nur noch fester zusammengeschweißt haben. Die Einigkeit zu sprengen ist darum ihr sehnlichster Wunsch. Um diesen zu verwirklichen, machen sie den Versuch, Zwiespalt in die Reihen der Etuisarbeiter und Arbeiterinnen zu bringen und veröffentlichen zu diesem Zweck nachstehende

Erklärung:

Die Vereinigung Pforzheimer Etuis- und Kartonnagefabrikanten für Pforzheim und Umgegend hat beschlossen, alle nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auch nach dem 2. Mai arbeiten zu lassen.

Es soll auch jetzt noch allen bisher organisierten Arbeitern Gelegenheit geboten werden, die Arbeit fortzusetzen, sofern dieselben die Massenkündigungen bei der Firma C. Dietz verurteilen und infolgedessen gesonnen sind, sich mit ihren bisherigen Arbeitgebern in friedlicher Weise zu verständigen.

Die Vereinigung will durch diesen Beschluß bezwecken, das von verschiedenen Seiten so schwer bedrohte Gewerbe am hiesigen Platze zu erhalten.

Diese Erklärung ist diktiert von der Bestürzung darüber, daß die seither noch Unorganisierten mit den im Buchbinderverbande Zusammengeschlossenen dem Scharfmacherstreich entschiedensten Widerstand entgegensetzten und die Hoffnung der Unternehmer auf eine willige Schutztruppe vereitelten. Auch der im zweiten Teil der Erklärung ausgeworfene Köder, durch Weiterbeschäftigung nach dem 2. Mai den Austritt aus der Organisation zu erkaufen, wird von der Etuisarbeiterschaft so bewertet, wie er es verdient. Niemals wird sich der organisierte Etuisarbeiter, die organisierte Etuisarbeiterin von Pforzheim dazu erniedrigen, zum Verräter an seinen Klassengenossen zu werden. Der Appell an die niedrigsten Instinkte im Menschen, den die Pforzheimer Unternehmer für angebracht halten, wird seine Wirkung nicht nur verfehlen, sondern auch nunmehr den letzten Mann der Organisation zuführen, wie der Zustrom zu dieser beweist. Mit Ablauf dieser Woche sind in Pforzheim mehr denn 600 Etuisarbeiter und Arbeiterinnen **ausgesperrt.** Darum meidet Pforzheim!

Steinarbeiterbewegung in Bayreuth. Die Firma Wölfel u. Herold in Bayreuth will ihre Arbeiter zur Maifeier mit einem neuen Tarif beglücken, der dieser Tage vorgelegt wurde und am 1. Mai in Kraft treten soll. Der geringe Mindeststundenlohn von 36 Pf., der bis jetzt bestand, soll gestrichen und durch einen komplizierten Akkordtarif ersetzt werden, die Arbeiter sollen in Zukunft ihr Werkzeug selbst stellen und unterhalten usw. Die Arbeiter, die fast sämtlich organisiert sind, sind jedoch fest entschlossen, nicht nur den Akkordtarif abzuwehren, sondern auch einen höheren Stundenlohn durchzusetzen. Zuzug ist daher fernzuhalten.

Lohnbewegung der Bäcker in Mannheim-Ludwigshafen.

In den beiden Städten haben die Gehülfen den Unternehmerorganisationen einen Tarifvertrag unterbreitet. Gefordert wird ein Mindestlohn von 24 resp. 23 M. pro Woche, vollständige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges und Regelung der Arbeitsvermittelung durch einen paritätischen Arbeitsnachweis. Die Mannheimer Innung hat sich zur Unterhandlung bereit erklärt und fand bereits am 24. April eine unverbindliche Besprechung des Innungsvorstandes und der Gehülfenkommission statt. Einen schlauen Trick glaubten die Meisterführer zu unternehmen, indem sie den Vorsitzenden des christlichen Bäckerverbändchens herbeiholten. Diese „Organisation" weist in dem Städtegebiet kaum ein Dutzend Mitglieder auf, hat nicht im geringsten an den Vorarbeiten der Lohnbewegung mitgeholfen, sondern half redlich den Unternehmern, Wasser auf ihre Mühle zu leiten. In einem in der „christlichen" Zeitung veröffentlichten Artikel wurde die Lohnbewegung als „Scheinbewegung" hingestellt und den Unternehmern „verraten", daß im Städtegebiet nicht die Hälfte der Gehülfen im freien Verband organisiert sein soll. In Wirklichkeit sind 82 Proz. organisiert. Jetzt, wo die „Christen" sehen, daß sie nirgends Anklang finden, suchen sie im Trüben zu fischen. Die Organisationsvertreter haben die Meister nicht darüber im Zweifel gelassen, daß sie unter Beisein der „Christen" nicht unterhandeln werden. — In Ludwigshafen hat eine Innungsversammlung beschlossen, nichts zu bewilligen, gleichfalls wurden jede Unterhandlungen mit den Organisationsvertretern der Gehülfen abgelehnt. Die organisierte Arbeiterschaft wird schon dafür sorgen, daß die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen.

Zuzug von Bäckern nach Mannheim-Ludwigshafen ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Der angekündigte Möbeltischlerstreik in Kopenhagen ist nun doch noch verhindert worden, nachdem die Arbeitgeber schließlich doch noch so viel Entgegenkommen zeigten, daß eine friedliche Einigung möglich wurde. Sie machten das Zugeständnis, daß der Minimallohn vom 1. April 1909 von 40 auf 42 Oere erhöht wird, und daß die Bestimmungen über die Arbeitszeit jedes Jahr gekündigt werden können. Vordem wollten sie die bestehende Arbeitszeit auf die ganze Zeit der Tarifdauer festgelegt wissen. Im übrigen gilt das neue Uebereinkommen auf 3 Jahre. Mit Rücksich auf die schlechte Konjunktur haben die Möbeltischler sich mit dem immerhin noch recht geringen Erfolg zufrieden gegeben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Explosion.

Kassel, 27. April. (W. H.) In Bad Wildungen explodierte gestern abend im Hause des Arztes Dr. Fritz Röhrich der im Keller befindliche Dampfkessel der Zentralheizungsanlage. Ein dabeistehendes Dienstmädchen wurde sofort getötet, ein zweites schwerverletzt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Spielwut.

München, 27. April. (W. H.) Der 14jährige Volksschüler Reger hat wegen eines Spielverlustes einen gleichaltrigen Knaben durch einen Messerstich ins Herz lebensgefährlich verletzt.

Sturm und Schnee.

Karlsruhe, 27. April. (W. H.) Vom Schwarzwald werden von gestern nacht wieder ungeheure Stürme mit mächtigen Schneetreiben gemeldet. Auch in Baden-Baden hat gestern nacht der Sturm gewütet. Gegen Morgen kühlte sich die Temperatur ab und um 6 Uhr schneite es wie im Winter.

„Rätselhafte Krankheit".

New York, 27. April. (W. T. B.) Ein über Port of Spain hier eingegangenes Telegramm aus Caracas vom 21. d. M. meldet, daß La Guaira wegen der dort herrschenden rätselhaften Krankheit vollständig isoliert ist. Der Eisenbahnverkehr zwischen La Guaira und Caracas ist eingestellt worden. Ein militärischer Sanitätskordon umschließt den betreffenden Teil des Landes. Die Regierung hat noch nicht zugegeben, daß die Krankheit die Bubonenpest ist. Nach den von ausländischen Aerzten stammenden Auskünften sind in fünf Wochen fünfzig Todesfälle an der Krankheit vorgekommen.

Heuschrecken!

Tunis, 27. April. (W. T. B.) Ein Heuschreckenschwarm von bis jetzt noch nicht dagewesenem Umfang kam vom Süden Kairouans her. Der Zug bedeckte 60000 Hektar Land bei Djebouï und verheerte weiter eine Reihe von Ortschaften, die bis zu 30 Kilometer von Tunis entfernt liegen. Der Schwarm wird wahrscheinlich in Richtung auf Tebourka weiterziehen. Die Heuschrecken haben eine große Menge Eier auf die Erde gelegt. Das Ausschlüpfen der jungen Tiere wird gegen den 5. Mai erwartet. Die Behörden treffen umfassende Maßnahmen zur Beseitigung der Heuschreckenplage.

Feuersbrunst.

Trient, 27. April. (W. H.) Die Gemeinde Loucka ist zum größten Teil niedergebrannt. Ueber 50 Wohnhäuser nebst den dazu gehörigen Wirtschaftsgebäuden sind ein Raub der Flammen geworden.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Anzeigenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Friedensverhandlungen im deutschen Baugewerbe.

Im Bürgersaal des Berliner Rathauses versammelten sich am Donnerstag, den 23. April, die legitimierten Vertreter der streitenden Parteien. Die Arbeitgeber hatten außer ihrem Bundesvorstande eine große Zahl Vertreter der Lokalverbände mit der Vertretung ihrer Interessen betraut, es mögen deren 70 anwesend sein. Von den Verbänden der Maurer, Zimmerer und der gewerblichen Bauhülfsarbeiter nehmen je vier Vorstandsmitglieder und die Gauleiter an der Verhandlung teil, die zusammen 80 betragen mögen, während von dem christlichen Verbande allein 40 Vertreter anwesend sind.

Die Leitung der Verhandlung liegt wieder in den Handen der drei unparteiischen Vorsitzenden: Magistratsrat von Schulz, Gerichtsrat Dr. Poenner-München und des Beigeordneten Dr. Wiedfeld-Essen.

Seitdem am 24. und 25. März in Berlin zwischen den Parteien das sogenannte Vertragsmuster vereinbart worden ist und auf dessen Grundlage die örtlichen Organisationen die Einigungsverhandlungen pflegen sollten, ist nur in 15 Bezirken eine Einigung erzielt worden, während in mehr denn 50 Bezirken noch keine Verständigung herbeigeführt werden konnte. Unter diesen befinden sich Berlin mit über 50 Vororte, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, welches 71 Städte und zahlreiche weitere Ortschaften umfaßt, der Maingau, umschließend 23 Städte von Mannheim bis Kassel und von Wiesbaden bis Aschaffenburg mit weit über 100 Ortschaften. Außerdem die bedeutendsten Bezirke, wie Leipzig, Breslau, Bromberg, Stettin, Bremen, Osnabrück, Eisenach, Gotha, ganz Mecklenburg usw.

Ueber die Verhandlungen selbst ist in der bürgerlichen Presse mehrfach Unrichtiges und sogar Widersprechendes veröffentlicht worden, so daß wir nachstehend darüber einen Bericht von wohlinformierter Seite geben.

Zu Beginn der Verhandlung verlangten die Arbeitgeber die Aufhebung einiger Sperren, die wegen der Lohnreduzierung von den Zimmerern in Berlin über mehrere größere Firmen verhängt sind und wird das weitere Verhandeln von der Erfüllung dieses Verlangens abhängig gemacht. In einer langen und scharfen Auseinandersetzung wird von den Arbeitervertretern die vorgenommene Lohnreduzierung entsprechend beleuchtet und kritisiert.

Die Entrüstung der Arbeitgeber ist, abgesehen von dieser Lohnreduktion, auch sonst völlig unangebracht, denn in Senftenberg und an anderen Orten ist von den Lokalverbänden des Bundes nach Einleitung der Unterhandlung ausgesperrt worden. Schließlich verständigen sich die Parteien dahin, daß bis Montag die Berliner Sperren und die genannte Aussperrung für die Dauer der Verhandlung aufgehoben werden.

Nun erst konnte, und zwar gegen Mittag, in die eigentliche Verhandlung eingetreten werden.

Zunächst kam Berlin an die Reihe. Stundenlang wogte ein scharfer Redekampf hin und her. Die Arbeitgeber wollten absolut die Lohnreduzierung nicht zurücknehmen, viel weniger noch Zugeständnisse über den vor dem vorjährigen Streik üblichen Lohnsatz von 75 Pf. hinaus machen.

Sie verlangten, daß die Arbeiter ihre Forderung — welche 80 und 82 Pf. für Maurer und Zimmerer betrugen — bedingungslos zurücknehmen sollten. Solange würden sie keinen Pfennig Aufbesserung anbieten. Die Arbeiter lehnten ebenso entschieden dieses Ansinnen ab, und verlangten zunächst ein Entgegenkommen.

Als die Verhandlungen auf den toten Punkt angekommen, griffen die Vorsitzenden mit folgendem Vorschlag ein:

Nach reiflicher Erwägung der allgemeinen Lage und nach den von den Parteien vorgetragenen Ausführungen machen die drei unparteiischen Vorsitzenden einstimmig folgenden Vorschlag:

Nach dem Sinne der protokollarischen Erklärung zu 4 vom 26. März 1908 soll bei den bevorstehenden Vertragsabschlüssen für die einzelnen Bezirke keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eintreten. Dieser Grundsatz, der auch aus allgemeinen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen von uns nur gebilligt werden kann, ist bisher in allen regionalen Vertragsverhandlungen festgehalten worden. Er kann unseres Erachtens auch für Berlin keine Ausnahme erleiden, zumal auch in Berlin infolge der allgemeinen Preissteigerung die Kaufkraft des Lohnes jedenfalls nicht größer ist als früher.

Auf der anderen Seite ist bei der derzeitigen, ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage und bei der seit Jahresfrist währenden und voraussichtlich auch noch längere Zeit anhaltenden Versteifung, ja Verschließung des Geldmarktes namentlich für Baukapitalien eine Lohnerhöhung im Berliner Baugewerbe nicht voll durchführbar, auch würde angesichts der Konkurrenz der außerhalb des Vertrages stehenden Firmen allgemein eine Lohnerhöhung für das Berliner Baugewerbe in der Praxis nicht leicht durchzuhalten sein oder doch nur unter wesentlicher Belastung der vertragstreuen Firmen.

Unter Berücksichtigung dieser entgegenstehenden Interessen und dieser Gesichtspunkte schlagen wir vor:

der Lohn wird für die Zeit vom 1. Mai 1908 bis zum 31. März 1910 für Maurer auf 75 Pf., für Zimmerer ebenfalls auf 75 Pf., für Bau-Hülfsarbeiter auf 50 Pf. festgesetzt.

Mit diesem Vorschlage mußten sich nun die Parteien beschäftigen. In langen Sonderberatungen und darauffolgender gemeinsamer Konferenz mit den Berliner Arbeitgebervertretern wurde endlich abends 9 Uhr die Einigung für Berlin perfekt. Der Lohn soll dem Vorschlage gemäß bemessen werden und die übrigen Differenzen wurden ebenfalls beglichen, so daß der Vertrag gegenüber seinem Vorgänger kaum eine wesentliche Aenderung aufweist. Natürlich müssen erst die Mitglieder der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sowie die Zentralvorstände die Zustimmung erteilen.

Mit der Erklärung der Vorsitzenden war aber auch der Verhandlung aufs neue die sehr wertvolle Richtlinie gegeben, nämlich: daß Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eintreten dürften.

Dieser scharf und präzise ausgesprochene Grundsatz ist aber von allgemeiner Bedeutung. Für das Baugewerbe aber war er besonders zeitgemäß, denn unter dem bösen Beispiele der Berliner Bauunternehmer, versuchten deren Kollegen in der Provinz sich ebenfalls in der Lohnreduzierung und einige gingen noch weiten. So haben mehrere Orte wie Werder und Oranienburg sogar unter Vertragsbruch die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern versucht und zwar immer unter Berufung auf Berlin, das dürfte nun anders werden.

Der zweite Verhandlungstag war den beiden großen Bezirken Rheinland-Westfalen und dem Maingau gewidmet.

Hier sind die Löhne enorm niedrig. Sie betragen in Köln 58, in den anderen Großstädten 55 Pf. und sinken dann herab bis auf 44 Pf. In Frankfurt a. M. beträgt er 54 Pf. Das ist im Vergleich zu den gleichen Orten in Mittel- und Norddeutschland und unter Berücksichtigung der Preisverhältnisse jener Bezirke ein geringer Lohn.

Doch was nützen Gründe? Am Abend stand die Sache wie am Morgen, die Parteien waren sich um keinen Schritt näher gekommen.

Schließlich waren alle Teile von der Nutzlosigkeit dieser Verhandlungsform überzeugt, und wurde der Vorschlag akzeptiert, eine Sonderkommission, bestehend aus acht Arbeitgebern und der gleichen Zahl Arbeitnehmern, einzusetzen, die mit den drei Vorsitzenden die streitigen Fragen bezirksweise verhandeln soll. Die Verhandlung begann am Sonnabend am frühen Morgen und dauerte bis nach 11 Uhr nachts, doch entsprach das Ergebnis nicht der aufgewendeten Mühe.

Begonnen wurde mit Ost- und Westpreußen, dann folgten Pommern, Posen, Schlesien, Königreich und Provinz Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Hannover, Bremen-Oldenburg und die mecklenburgischen Lande.

Auch vor dieser Kommission konnten Vereinbarungen nicht erzielt werden, die Arbeiter beschränkten sich hier auf kurze Begründung der Forderungen und die andere Seite führte die Ablehnungsmomente an. Der positive Wert der Verhandlungen besteht darin, daß die Differenzpunkte festgestellt sind. So mancher Arbeitgeber der Provinz steht zweifelnd beiseite; er kam mit vielen Erwartungen, er hoffte hier Großes zu finden und nun sieht er ein so kleines Geschlecht. So finden sich denn wieder die Landsleute zusammen. Auf den Korridoren und in den umliegenden Restaurationen werden Nebenverhandlungen gepflogen und manche Verständigung erzielt, die Zuhause vor dem „großen Tagen“ weit zurückgewiesen wurde!

Das bleiben aber auch die einzigen positiven Erfolge. Drinnen im Saal wird geredet und die Sache bleibt wie sie war.

Die Mecklenburger sind die Großzügigsten. Arbeitgeber- und Gauleiter haben versucht, für alle Orte der beiden Lande, nach der Größe der Städte und Bezirke, unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der industriellen Entwickelung, der Anerkennung der besonderen Verhältnisse in Badeorten und dergleichen eine Gleichartigkeit der Löhne, der Arbeitszeit, der Laufzeit bei Ueberlandarbeit usw. herbeizuführen.

Sie sind dabei auch nicht vor Lohnerhöhungen von 1 bis 5 Pf. und sogar nicht vor der Beseitigung der elf- und zehneinhalbstündigen Arbeitszeit, die noch in einigen Bezirken besteht, zurückgeschreckt. Sie sind einsichtig genug zu wissen, daß diese Maßnahmen ihre Position stärkt und dies nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung. Hier sehen wir eine neue Norm der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Werden. Nimmt die Entwickelung diesen Lauf, so werden auch die Arbeiter sich damit abzufinden wissen.

Die Verhandlungen wurden auch am Sonntag fortgesetzt. Vormittags kam Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland (Maingau) an die Reihe. Das Ergebnis war wie vorauszusehen gleich Null. Am Nachmittag verhandelte mit demselben negativen Erfolg Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen.

Verhandlungen für so große Wirtschaftsgebiete sind an und für sich und in normalen Zeiten recht schwierig. Für die vorliegende wirkt die schlechte Konjunktur und die Stimmung in Unternehmerkreisen erschwerend. Dann aber bietet das Baugewerbe mit seinen örtlichen Verschiedenartigkeiten aller Art ganz besondere Schwierigkeiten.

Am Montagvormittag 11 Uhr fand eine Plenarsitzung aller Vertreter der Organisationen statt, der das Resultat der Verhandlungen in der Sonderkommission unterbreitet wurde und die dann befinden soll, ob und in welcher Weise weiter verhandelt werden kann, oder ob ein Schiedsgericht anzurufen ist, das die strittigen Fragen durch einen Schiedsspruch entscheidet.

* * *

Am Montag früh tagten die Parteien gesondert. Um 11 Uhr begann die Plenarsitzung, in welcher zunächst im Namen der Unparteiischen Dr. Wiefeldt über das Resultat der Kommissionsberatung Bericht erstattete. Danach hat die Verhandlung nur sehr minimale Ergebnisse gezeitigt. Vor den Verhandlungen waren in 12 Orten die Differenzen erledigt, und jetzt ist in 57 Orten eine Einigung erzielt, während in 72 Orten und den beiden großen Bezirken — Rheinland-

Kleines Feuilleton.

Die vierte Tagung der deutschen Röntgengesellschaft wurde am Sonntag im Langenbeckhause zu Berlin eröffnet. Die Fortschritte, die in der Handhabung der Röntgenstrahlen vorzüglich für medizinische Zwecke gemacht sind, standen im Vordergrunde des Interesses. Während anfänglich die Röntgendurchleuchtung nur für die Untersuchung von Knochen verwendet wurde, ist in den letzten Jahren ihre Technik bedeutend verfeinert worden und damit zu einem wichtigen Erkenntnismittel innerer Krankheiten geworden. Vor allem leistet sie für die Diagnose der Tuberkulose wesentliche Dienste. Diesem Zweige der Röntgenologie galt daher auch das Hauptthema der Tagung: Der Wert der Röntgen-Untersuchung für die frühe Diagnose der Lungentuberkulose. Prof. Rieder-München hielt den eröffnenden Vortrag. An Tuberkulose sterben — führte er aus — in den Kulturländern trotz energischer Bekämpfung noch immer ein Sechstel bis ein Siebentel aller Menschen. Der Wert einer frühzeitigen Diagnose ist so von größter Bedeutung. Der Gebrauch des phosphoreszierenden Leuchtschirms (Röntgenoskopie) für die direkte Beobachtung des Röntgenbildes und seiner Bewegungen ist für viele Fälle ausreichend, aber längst nicht für alle, und muß meist durch Röntgenogramme vervollständigt werden, immer insbesondere bei beiderseitiger Erkrankung, wo ein Vergleich zwischen einer gesunden und kranken Seite nicht stattfinden kann. Die Merkmale der beginnenden Tuberkulose sind mannigfaltiger Art, doch ist bei ihrer Deutung Vorsicht geboten, weil manche Erscheinungen auch durch nichttuberkulöse Erkrankungen bedingt sein können.

Besonders wichtig ist die Hervorhebung, daß die Untersuchung der Lungenspitzen mit Röntgenstrahlen durchaus nicht immer genügt, sondern daß namentlich die Beobachtung der Lungenwurzel zu beachten ist. Alte und geheilte Erkrankungen sind von frischen mit Röntgenstrahlen sicher zu unterscheiden, Schrumpfungen früher als durch andere Methoden erkennbar. Die Aufnahme des ganzen Brustkorbes ist für viele Fälle unerläßlich, da nur durch diese auch die Eingangspforte des Tuberkelbazillus der Beobachtung zugänglich gemacht wird, die früher nur durch die Obduktion untersucht werden konnte. Das Röntgenogramm gibt neue Möglichkeiten für das Studium der Tuberkulose. Die Erforschung der Infektionswege ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Röntgenuntersuchung macht es weiter wahrscheinlich, daß die Erkrankung durch Einatmung bazillenhaltiger Luft entsteht, und zwar zuerst an der Lungenwurzel und den Bronchialdrüsen, wo sie bei Kindern gewöhnlich bleibt, bei Erwachsenen aber auf die Lungenspitzen übergreift. Die Beobachtung der Lungenwurzel bleibt ein sehr wichtiges Moment. Die Röntgenuntersuchung ist stets leicht ausführbar, immer ohne Gefahr und sogar schon bei Säuglingen vorgenommen worden. Viele Erkrankungen, die nur wenige Symptome (Appetitlosigkeit, Husten, Pulsbeschleunigung) zeigen und auch nicht mit Auswurf verbunden sind, können nur auf diesem Wege ausgekundschaftet werden. Zum Schluß wird die Anregung zur erweiterten Anwendung des Verfahrens in der Armee zwecks Ausmusterung tuberkulöser Soldaten, in den Gefängnissen und in verschiedenen Untersuchungsstationen und Fürsorgestellen gegeben, namentlich vor Ueberweisung von Kranken an die Heilstätten.

Prof. Krause-Jena sprach sodann zum gleichen Thema. Er betonte, daß noch kein abschließendes Urteil über den Wert der Röntgenmethode für die Frühdiagnose möglich sei. Anfänglich ist sie entschieden überschätzt worden. Die heutigen Erfahrungen berechtigen aber immerhin dazu, in ihr eine ausgezeichnete Ergänzung des üblichen klinischen Befundes zu erblicken. Keineswegs jedoch kann der Röntgenbefund allein zur Diagnose genügen.

Schlayer-Tübingen führte aus, daß das Röntgenverfahren nicht darüber entscheiden kann, ob eine bedeutsame Form der Tuberkulose vorliegt. Ihr großer Wert liegt darin, daß sie die ungeheuere Verbreitung tuberkulöser Erkrankungen überhaupt erkennen läßt. Von Schellenberg-Beelitz wurde anerkannt, daß die Röntgenuntersuchung zur Ergänzung und Kontrolle der anderen Untersuchungsmethoden gar nicht mehr zu entbehren sei.

Reyher-Berlin behandelt die Knochenveränderungen bei hereditärer Syphilis, bei denen die Röntgenstrahlen allein die Möglichkeit bieten, die Heilungsvorgänge zu verfolgen.

Weitere Referate wiesen auf den diagnostischen Wert der Röntgenuntersuchung bei eitrigen Mittelohrentzündungen und in manchen anderen Fällen hin.

Musik.

Immer breiter entfaltet sich das Bestreben weiterer Kreise, sich in die musikalische Kunst wenigstens hörend hineinzuleben. Welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind, weiß so recht wohl nur der praktisch Beteiligte. Die bereits vorhandenen Konzerte sind allermeistens weder genug billig noch genug instruktiv. Eigene neue Konzerte zu veranstalten, ist ein Wagnis, das wieder all die wohlbekannten geschäftlichen Außensorgen zu den künstlerischen Innensorgen hinzufügt. Die „Deutsche Tonkünstler-Zeitung“ brachte (am 13. April) einen Aufsatz „Vom Konzertgeben“, der in treffender Weise und gedrängter Kürze auf die hauptsächlichen unter den landläufigen Mißgriffen aufmerksam macht. „Ein normales Konzert soll nur etwa 2 Stunden dauern, bei schwierigeren Musikstücken eher kürzer.“ Das Programm enthalte eine Steigerung und lasse einen einheitlichen Gesichtspunkt walten, ohne Eintönigkeit, sogar mit einem gewissen, aber harmonisch ausgeglichenen Gegensatz; einzelne Sätze u. dergl. seien ohne Unterbrechung aneinanderzureihen; die „guten Freunde“ mögen ihren Eifer dämpfen; u. dergl. mehr.

Anderswo wurde speziell die Frage aufgeworfen, ob sich gerade Kammermusik für weitere Kreise eigne. Uns scheint da allerdings viel Vorsicht nötig zu sein. Den Vortritt hat am besten immer die Vokalmusik. In der „reinen“ Instrumentalmusik empfiehlt sich anfangs alles sozusagen „Durchsichtige“: Stücke für kleineres Orchester eher als solche für größeres, und Stücke für mehrere, voneinander sehr merklich verschiedene Instrumente eher als für die einander gar zu ähnlichen. So verlangen z. B. Quartette, Quintette usw. für vier, fünf usw. Streichinstrumente bereits ein gebildeteres Gehör, als die für Blasinstrumente oder die für beide Klassen. Derartige größere Zusammenstellungen, also Sextette (6), Septette (7), Octette (8), Nonette (9), Decette (10), sind heute ungerecht vernachlässigt und haben doch in früheren Zeiten, namentlich von Mozarts Serenaden u. dergl. angefangen, die schönsten Blüten gezeitigt. Hervorholung von Historischen und Förderung von Neuem: beides muß hier zusammenwirken. Das (noch ungedruckte) Octett für Blasinstrumente von Max Henning reicht allerdings nicht an das Meisterwerk dieser Gattung, an Schuberts Octett für eine gemischte Instrumentengruppe heran, wohl auch nicht an die beiden Septette von Hummel, die ebenfalls neu belebt werden könnten. Es läßt insbesondere die einheitlichen und großen Züge vermissen, die einem Musikwerk vornehmlich einen volkstümlichen Charakter schaffen; allein es ist nicht arm an den interessanten Einzelheiten, die sich gerade aus dem Ineinanderspielen der verschiedenen Klangfarben ergeben. Auch ein Trio für Klavier, Violine und Violoncello von Emil Frey verdient Beachtung: älterer Wein der deutschen Romantik, in modernen Gläsern dargereicht. Dem „Berliner Tonkünstler-Verein“ dankten wir in seinem letzten Vortragsabend am Sonnabend die Bekanntschaft beider Stücke und außerdem einen abermaligen Genuß dessen, was das dort vielgepflegte Harmonium, zumal unter Karl Kämpfs Händen, am ehesten zu leisten vermag: zarte Stimmungsbilder, auch landschaftlicher Art. ez.

Notizen.

— **Berlin im Zeitalter der Posse.** Im Berliner Theater tischt das Ensemble des Neuen Schauspielhauses die früheren Repertoirstücke seines Stammhauses auf. Am Sonnabend hielten „Hopfenraths Erben“ mit der Salomeparodie ihren vom Blödsinn verklärten Einzug. — Im Lustspielhaus wird jetzt als Einleitung zu den in ihrer Art bewundernswerten Verwandlungen Henri de Vries' Wolters Schwank „Sein Alibi“ vorgeführt. Darin kommt zwar auch eine Art Untersuchungsszene vor, aber im ganzen paßt doch diese Harmlosigkeit nicht zu Heijermans Brandstifterdrama. Hat denn die Direktion sonst gar nichts zu bieten, was halbwegs literarisch ist?

— **Eine Gedenkfeier für Holger Drachmann** hatte der dänische Verein „Freia“ am Sonntag in der „Neuen Philharmonie“ veranstaltet. Es wurden hauptsächlich lyrische Dichtungen und Lieder geboten; der Kämpfer und Sozialist Drachmann kam nicht zur Geltung. Verständnisinnig und ohne das störende Pathos, das so manchem deutschen Vortragskünstler anhaftet, wurden einige der See- und Strandgeschichten sowie Gedichte Drachmanns vorgetragen, Lieder des Dichters wurden lebendig und ausdrucksvoll von Herrn Jakob Foß und Frau Olga Junker gesungen. Dann schilderte, unterstützt durch Lichtbilder, Herr Otto Bock Drachmanns Leben und Entwickelungsgang. Sein Vortrag wie die ganze Feier zeugten von der Liebe und dem feinen Verständnis, womit auch die Dänen im Auslande des großen Lyrikers ihres Volkes gedenken.

— **Die Sezessions-Ausstellung** wurde durch drei Bilder bereichert: zwei Interieure von Habermann-München und eine Dachauer Ansicht von Th. Th. Heine.

— **Musikchronik.** Die Berliner Philharmoniker, die mit Richard Strauß eine europäische Tournee veranstalten, gaben am Sonntag im Pariser Chatelet-Theater ein sehr beifällig aufgenommenes Konzert.

Westfalen und Meiningen — die Differenzen noch nicht beglichen sind.

Die Unparteiischen empfahlen den Parteien, die Differenzpunkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Arbeitnehmer stimmen diesem Vorschlage zu, wogegen die Arbeitgeber erst eine Sonderberatung abhalten. Um 4 Uhr nachmittags erklären dann auch diese, daß sie die drei Herren ersuchen, sich als Schiedsgericht zu konstituieren und einen Spruch zu fällen.

Der Arbeitgeberbund wird in seiner am 28. d. M. in Berlin tagenden Generalversammlung zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen. Die Arbeitnehmerorganisationen dagegen müssen erst in gesonderten Konferenzen mit ihren Organisationsleitungen Beratungen pflegen. Dies soll am nächsten Sonntag geschehen. Dem Arbeitgeberbunde wird dann am Montag das Resultat der Abstimmung der Arbeiterorganisationen zugestellt werden.

Der Schiedsspruch, den der Schiedsgerichtsvorsitzende Herr v. Schulz, abends gegen 7 Uhr verkündete, hat folgenden Wortlaut:

Die in der heutigen Sitzung von den Bevollmächtigten der sämtlichen Beteiligten einstimmig zu Schiedsrichtern gewählten drei Unparteiischen haben einstimmig folgenden

Schiedsspruch

gefällt:

1. In keinem Lohngebiete darf irgendeine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.

2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrechtzuerhalten.

3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Arbeiterorganisation anläßlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen.

4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pf. zu erhöhen.

5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat.

6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstraße 90/91) die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs anzuzeigen.

Berlin, den 27. April 1908.

v. Schulz. Dr. Prenner. Wiedfeldt.

Hierzu gab das Schiedsgericht folgende Begründung:

„Nach gründlicher Prüfung der in den Plenarverhandlungen vorgetragenen allgemeinen Gesichtspunkte wie der in den Kommissionsberatungen geltend gemachten besonderen Darlegungen sind die Unparteiischen einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß einheitlich für das ganze Reich zurzeit nur geregelt werden kann das am 28. März 1908 in Berlin vereinbarte Vertragsschema und die Frage der Lohnerhöhung. In allen anderen Fragen spielen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke, ja der einzelnen Lohngebiete, wenigstens zurzeit noch, eine derartig ausschlaggebende Rolle, daß eine Regelung durch Schiedsspruch von einer Stelle aus nicht möglich ist. Da indessen auch hier von weiteren Verhandlungen kein Erfolg zu erwarten steht, bleibt nur übrig, für diese Bezirke oder Gebiete besondere Schiedsgerichte unter unparteiischen Vorsitzenden einzusetzen, die alle außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai 1908 endgültig zu entscheiden haben.

Für die Regelung der Lohnfrage, die bei allen Tarifabschlüssen ein doppeltes Gesicht hat, ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders schwierig, einen Standpunkt zu gewinnen, der den einander widerstreitenden Interessen beider Parteien gerecht wird. Die Unparteiischen sind sich darüber völlig klar, daß infolge der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur die Bautätigkeit eine erhebliche Einschränkung erfahren hat, und daß diese Einschränkung, obschon für einzelne Gebiete Anzeichen einer Besserung vorzuliegen scheinen, wohl noch für die nächste Zeit andauern wird. Verschärft wird diese ungünstige Lage des Baugewerbes durch die seit länger als Jahresfrist herrschende allgemeine Geldteuerung, in deren Folge Baugelder nur zu sehr lästigen Bedingungen oder überhaupt nicht zu erhalten sind, worin für absehbare Zeit eine wesentliche Besserung nicht mit Sicherheit zu erwarten ist. Demgegenüber ist aber als eigentümliche Begleiterscheinung der gegenwärtigen Lage nicht zu verkennen, daß die seit 3 bis 4 Jahren stark gestiegenen Preise für den gesamten Lebensunterhalt trotz der rückgängigen Konjunktur keine irgendwie erhebliche Ermäßigung erfahren haben, so daß die Staaten, Städte und Privatunternehmungen im letzten Jahre trotz der ungünstigen Wirtschaftslage sich zu Besoldungserhöhungen, Teuerungszulagen und ähnlichem haben herbeilassen müssen. Es ist sonach nicht zu bezweifeln, daß die Kaufkraft der Löhne gegen die Zeit vor 1906 nicht unwesentlich gesunken ist.

Nach reiflicher Abwägung dieser eigenartigen und nach vielen Seiten hin sehr schwierigen Sachlage haben die Unparteiischen dahin entschieden, daß erstens in keinem Lohngebiete irgendeine Verschlechterung der Lohnbedingungen durch die neuen Vertragsabschlüsse eintreten darf;

zweitens sind in den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, diese Lohnerhöhungen aufrecht zu erhalten;

drittens sind in den Lohngebieten, wo von den zuständigen Arbeitgeberorganisationen anläßlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, diese Lohnerhöhungen (Stundenlöhne, Lohnzuschläge und ähnliches) ohne Einschränkungen durchzuführen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Arbeiter die ihnen gebotenen Lohnerhöhungen angenommen oder als unzureichend abgelehnt haben. Die Unparteiischen sind vielmehr der Auffassung, daß das einmal gemachte Angebot den Grad des für dieses Gebiet möglichen höchsten Lohnes darstellt und daß dieser mögliche Lohn gezahlt werden soll. Aus diesem Grunde soll bei voneinander abweichenden Angeboten das höhere maßgebend sein.

Viertens haben die Unparteiischen für alle anderen Gebiete mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des deutschen Baugewerbes von jeder Lohnerhöhung für das laufende Jahr absehen zu sollen geglaubt. In Würdigung der eingetretenen Preissteigerung sind sie dagegen zu der Ueberzeugung gelangt, daß in allen Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 der Lohn nicht erhöht worden ist, seine Kaufkraft infolge der Preissteigerung so herabgedrückt ist, daß er zwar ziffernmäßig, aber nicht mehr tatsächlich derselbe bedeutet, wie zu jener Zeit. Sie halten daher eine Lohnerhöhung von 1 Pf. für die Vertragszeit vom 1. April 1909 ab für das mindeste dessen, was nötig ist, um dem Lohnsatz wenigstens im allgemeinen wieder die gleiche Kaufkraft zu geben, die er vordem hatte.

Die Unparteiischen sind lange im Zweifel gewesen, ob sie die im Verhältnis zu anderen Städten auffallend niedrigen Löhne für die als besonders teuer bekannten Städte Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mannheim um 2 Pf. mit dem 1. April 1909 erhöhen sollten. Sie haben jedoch, um die Einstimmigkeit des Schiedsspruches zu bewahren und um seine Annahme angesichts der hier bei den Verhandlungen hervorgetretenen schwierigen Verhältnisse nicht in besonders hohem Maße zu gefährden, beschlossen, von einer ausdrücklichen Vorschrift dieser Erhöhung abzusehen und sich darauf zu beschränken, sie dem zuständigen Arbeitgeberverbande nachdrücklich zur freiwilligen Durchführung zu empfehlen.

Die Unparteiischen sind der einhelligen Ueberzeugung, daß sie durch diesen Schiedsspruch der eigenartigen, schwierigen Lage möglichst sorgsam und nach beiden Richtungen gerecht abwägend Rechnung getragen haben, und daß er den zurzeit einzig für beide Parteien gangbaren Mittelweg darstellt. Sie verkennen dabei freilich nicht, daß beide Parteien sehr erhebliche Schwierigkeiten haben werden, diesem Schiedsspruch überall bei ihren Parteigenossen zur Annahme zu verhelfen. Sie richten aber die dringliche Bitte an die Führer und Bevollmächtigten beider Parteien, mit allen Kräften überall für seine Annahme einzutreten. Denn nur auf diesem Wege kann der Friede im deutschen Baugewerbe erhalten werden, und vermieden werden, daß die zurzeit ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage im deutschen Vaterland durch einen großen, über das ganze Reich übergreifenden, in seinen Folgen unübersehbaren Kampf noch mehr erschüttert und außerordentlich verschärft wird. Die Unparteiischen geben sich endlich der Erwartung hin, daß, wenn jetzt auf diesem Wege ein Vertrag für große Gebiete des Reiches zustande kommt, damit eine geeignete Grundlage geschaffen ist, auf der im Jahre 1910, bei hoffentlich günstigerer Wirtschaftslage ein weiterer gedeihlicher Ausbau nach dem Ziele hin erfolgen kann, durch einen Reichsvertrag im gesamten deutschen Baugewerbe geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen."

* * *

Einen Dummen-Jungenstreich haben sich am Freitag einige Arbeitgebervertreter gegen die unparteiischen Verhandlungsleiter erlaubt. Sie hatten sich zu dem Zweck Pinsel gekauft, die sie unversehens den Herren, die sich die lange Zeit über redlich um die Herstellung des Friedens bemüht hatten, unter die Aktenmappen legten. Dieser „Spaß" bedeutet nach einer namentlich in Westpreußen üblichen Auffassung, daß die Betroffenen als Einfaltspinsel hingestellt werden sollen. Wie leicht begreiflich, erklärten die Unparteiischen, daß sie unter diesen Umständen nicht mehr mitwirken könnten. Nachdem sie jedoch von Arbeitnehmer- wie von Arbeitgebervertretern gebeten wurden, der Rüpelei eines einzelnen wegen nicht ihr Amt niederzulegen, erklärten sie sich bereit, weiter im Interesse des Friedens tätig sein zu wollen. Wer von den Arbeitgebern den unverschämten Unfug verübt hat, konnte leider nicht festgestellt werden.

*

Zu den Verhandlungen selbst ist noch nachzutragen, daß die lokalorganisierten Zimmerer von Anfang an an den Verhandlungen teilzunehmen wünschten, dies aber von beiden Parteien abgelehnt wurde, weil man der Ansicht war, daß auf beiden Seiten nur die Zentralorganisationen in Frage kommen könnten.

Das Submissionswesen.*)

Im Heft 7 der „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" behandelt Genosse Päplow das Submissionswesen und lenkt damit die Aufmerksamkeit auf ein wichtiges kommunalpolitisches Gebiet. Bei der Schilderung der früher üblichen Beschaffungsarten der Arbeit, ist leider eine wichtige gar nicht aufgeführt. Die Maurer- und Zimmerarbeiten wurden früher fast durchweg in der Weise ausgeführt, daß der betreffende Meister die Gesellen und Arbeiter stellte und dafür den sogenannten Meistergroschen erhielt. Die Löhne zahlte meistens der Bauherr direkt an die Arbeiter aus. Diese Art der Ausführung von Bauten hat sich „wenig verändert" bis in unsere Tage erhalten. So werden z. B. in Berlin und einigen Vororten heute noch sämtliche Maurerarbeiten bei der Kanalisation auf diese Weise ausgeführt. Der Meistergroschen beträgt jetzt pro Mann und Tag etwa 1 M. Dafür hat der Meister auf zwei Wochen die Löhne auszulegen, die Versicherungsbeiträge zu zahlen, das erforderliche Rüstzeug und vorschriftsmäßige Baubuden vorzuhalten. Der frühere zünftige Meister hatte für den Meistergroschen den betreffenden Bau vollständig zu leiten; er war für die sachgemäße Ausführung verantwortlich. Der Maurermeister, der heute die Gesellen und Arbeiter für die Stadt Berlin stellt, ist tatsächlich nur Agent zur Besorgung von Arbeitern. Eine Aufsicht über die Arbeiter und eine Verantwortung für die geleisteten Arbeiten hat er nicht.

Ueber die Entstehung des Submissionswesens sagt Genosse Päplow ganz richtig,

„daß in Deutschland das Submissionsverfahren erst zu Beginn der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in weiterem Umfange bekannt wurde und angewandt worden ist. Hauptsächlich bei der Vergebung der Eisenbahnbauten kam es in Aufnahme."

Näher geht er auf die Entstehung des Submissionsverfahrens im Tiefbau nicht ein. Dabei ist die Entwickelung der Ausführungsmethoden im Tiefbau, von der Fronarbeit bis zur Submission, sehr interessant. Noch bis zu Anfang des vorigen Jahrhunderts wurden z. B. die großen Tiefbauten, als Kanäle, Deiche und die Heerstraßen, zum größten Teil durch Fronarbeit ausgeführt.

Ueber die Praxis des Submissionswesens selbst hat der Verfasser ein reiches Material zusammengetragen. Auch auch auf die sogenannte „Selbsthülfe" der Gewerbetreibenden geht er ein. Durch Anführung einer ganzen Reihe krasser Beispiele wird bewiesen, daß die „Selbsthülfe" nichts mehr und nicht weniger bedeutet als die ungeheuerlichste Ausplünderung der öffentlichen Kassen durch die koalierten Unternehmer. Am ausführlichsten und zutreffendsten ist die Streik- und Lohnklausel behandelt worden. „Die Streikklausel ist gemeingefährlich, die Lohnklausel dagegen fördert das Gemeinwohl", sagt Päplow ganz richtig.

Bezüglich der Regiearbeit stellt er folgende Frage: „Sind Tatsachen oder Umstände vorhanden, die darauf schließen lassen, daß die Forderung nach systematischer Einführung der Regiearbeit eine baldige Erfüllung erfährt? Dafür sind nun freilich wenig Anzeichen vorhanden." — Ganz unberechtigt ist solcher Pessimismus nicht. Vielfach gehen die Interessen mancher Verwaltungsorgane allzusehr mit den Privatinteressen der Unternehmer konform, als daß eine nachhaltige Förderung der auf Einführung der Regiearbeit gerichteteten Bestrebungen zu erwarten ist. Oft sind Magistrat und koaliertes Unternehmertum fast eins. Zudem finden die Unternehmer selbst noch in solchen Kreisen nicht den nötigen Widerstand, bei denen man ein energisches Eintreten für Regiearbeit sollte erwarten dürfen. Wir sind aber der Ansicht, daß die letzten Enthüllungen über die ungeheuerlichen Schröpfungen der Gemeinden durch die Ringunternehmer der Agitation für die Regiearbeit einen kräftigen Anstoß gegeben haben. Und gerade die organisierten Bauarbeiter können durch rücksichtslose Aufdeckung der überall auf Submissionsbauten vorkommenden Unregelmäßigkeiten sehr viel für die Agitation zur Einführung der Regiearbeit tun.

Solange das Submissionsverfahren besteht, ist gemogelt worden. Die von dem Verfasser aufgestellten Forderungen sind geeignet, die allgemeine Einführung der Eigenregie zu beschleunigen. Die Baubeamten sind heute fast durchweg Feinde des Submissionswesens; das jetzige System ist für sie bequemer, es macht weniger Arbeit. Wenn aber erst den Baubeamten aufgegeben würde: „Gründliche Vorbereitung der zu vergebenden Arbeiten. Einwandfreie Durcharbeitung aller in Betracht kommenden Pläne, Zeichnungen und Voranschläge. Und von ihnen ferner die nötige Kenntnis der Materialpreise, der Arbeiterlöhne, der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiter, wie auch aller sonstigen Arbeitsbedingungen in dem in Frage stehenden Gewerbe, der technischen Hülfsmittel (bei Bauten auch Kenntnis des Baugeländes und Baugrundes), des üblichen und notwendigen Unternehmergewinnes", verlangt würde, dann könnten sie auch die Bauten in Regie ausführen und würden es viel lieber tun als jetzt, wo ihnen die meisten Kenntnisse fehlen.

Eine Blütenlese zum Teil verblüffender Submissionsresultate hat Päplow gesammelt. Das Höchstangebot ist oft zehnmal höher als das niedrigste. „Wie sind nun diese ungeheuerlichsten Preisdifferenzen am richtigsten zu deuten?" Die Frage wird also beantwortet: „Die Hauptschuld dürfte auf die mangelhafte Beschreibung der verlangten Arbeit zurückzuführen sein." Das trifft jedoch nicht zu. Der Unternehmer, der ernstlich auf eine Arbeit reflektiert, wird sich auch vorher ganz genau die Zeichnungen ansehen und sich eingehend nach allen Verhältnissen erkundigen. Dabei wird der erfahrene Unternehmer etwaige Mängel oder Unrichtigkeiten der Zeichnungen oder Beschreibungen erkennen und zu seinen Gunsten in Rechnung stellen; denn Mängel oder Unrichtigkeiten bedeuten fast immer Projektänderungen, und jede Projektänderung bringt Nebenarbeiten, an denen der Unternehmer stets verdient. Die vielfach sofort erkennbaren viel zu niedrigen Angebote werden von Leuten abgegeben, die erst Unternehmer werden wollen.

Viele der niedrigsten Angebote erscheinen nur in der Submission so erstaunlich billig; nach Fertigstellung der Arbeiten, bei der Abrechnung kommen ganz andere Summen heraus. Geschäftsleute, Warenhäuser usw. stellen in den Schaufenstern Sachen aus mit Preisen, die vielfach zu niedrig sind und nur den Zweck haben, Käufer anzulocken. Aehnliche „Zugartikel" gibt es bei den Submissionen. Die meisten Unternehmer setzen bei den Positionen, die feststehen und bei der Schlußsumme in Erscheinung treten, niedrige, bei den „Nebenarbeiten" aber hohe Preise ein. In jedem Verdingungsheft muß der Unternehmer angeben, was er verlangt für die Gestellung von Arbeitern, Gesellen, Polieren, Rohrlegern, Schachtmeistern usw., für Ausführung von außergewöhnlichen Arbeiten, welche in dem Anschlage noch nicht vorgesehen sind. Auch für das eventuell erforderliche Rammen von Spundwänden, für Beton, Sand, Kies, Steine, Wasserhaltung usw. sind Einzelpreise anzugeben. Diese Einzelpreise werden bei der Vergebung selten gewürdigt. Die Preise sind ja nur für außergewöhnliche Fälle vorgesehen; für Arbeiten, die — wie die Behörden hoffen — überhaupt nicht vorkommen werden. Und oft stellt sich dann hinterher, bei der Abrechnung, heraus, daß diese „Nebenarbeiten" mehr ausmachen als die Hauptarbeiten.

Die hohen Preise für Nebenarbeiten sind ein Anreiz für den Unternehmer, soviel wie möglich davon zu leisten, auch wenn sie überflüssig sein sollten. Ein Beispiel: Im Jahre 1904 wurden in Britz Kanalisationsarbeiten ausgeführt. In den Straßen, wo das Grundwasser bedeutend über der projektierten Kanalsohle stand, sollte das Wasser durch Sickerleitungen nach einem besonderen Schacht geleitet und dort ausgepumpt werden. Der Unternehmer — übrigens derselbe, welcher bei der 100 000 M.-Affäre in Lichtenberg der Hauptbeteiligte ist — hatte nun für diese Wasserhaltung einen sehr hohen Preis vereinbart. Die Sickerleitungen wurden in mehreren Strecken eingelegt, wo die Sohle fast trocken oder nur so wenig Wasser trieb, daß Sickerleitungen nicht notwendig waren. Der damalige bauleitende Ingenieur hat das jedenfalls nicht gesehen, er hatte wohl etwas kranke Augen, aber der Unternehmer machte ein Bombengeschäft.

Vielfach wollen sich auch die Unternehmer aus einer angeknüpften „Geschäftsverbindung" nicht herausdrängen lassen. Auch die Unerfahrenheit der oft viel zu jungen Baubeamten wird berücksichtigt. Die Gemeinde Friedrichsfelde stellte z. B. zur Beaufsichtigung für die auszuführende Kanalisation, einer umfangreichen und sehr schwierigen Tiefbauarbeit, einen — Hochbautechniker an; dessen Assistent war erst kurze Zeit von einem Technikum abgegangen. Daß bei solcher „Aufsicht" der Unternehmer verdient, auch wenn er niedrige Preise hat, ist wohl einleuchtend. Sodann werden Arbeiten vergeben, die teilweise in Akkord, teilweise in Stundenlohn auszuführen sind. Die Verlegung der Elektrizitätskabel in Charlottenburg wurde — um nur wieder ein Beispiel anzuführen — früher nach dieser Methode vergeben. Trotzdem der Unternehmer nur für die Erdarbeit einen sehr niedrigen Akkordpreis hatte, verdiente er viel Geld. Die Arbeiter, die er zum Ausziehen und Verlegen der Kabel stellte und für die er der Verwaltung Stundenlöhne anrechnete, haben eben vielfach die Akkordarbeiten nebenher gemacht. Bei Tagelohnarbeiten treten auch vielfach die „Blinden" in Erscheinung, d. h.: es werden Arbeiter im Lohnbuch geführt und den Behörden in Rechnung gestellt, die überhaupt nicht existieren. Jeder alte Schachtmeister wird verständnisvoll lächeln, wenn er gefragt wird, ob er nicht etwa den „Karrbowski", „Schiebowski" usw. im Lohnbuch vergessen hat. Meistens ist es die Unerfahrenheit der Aufsichtsbeamten, die solche Schiebungen ermöglicht; manchmal wird „geschmiert" und das Auge der Aufsicht sieht nichts. Unternehmer sprechen es — wenn sie unter sich sind — offen aus: die meisten Beamten seien mehr oder weniger zugänglich. Eine neuerdings sehr beliebte Form des „Schmierens" ist, daß der Unternehmer den Beamten ersucht, ihm kleinere Arbeiten anzufertigen, weil er gerade keine geeignete Kraft dafür habe. Diese Arbeit honoriert der Unternehmer dann sehr hoch. Von den vielen Beispielen, die wir anführen könnten, nur eins: Im vorigen Jahre bat ein Unternehmer den Regierungsbaumeister, der seine Arbeiten beaufsichtigte und abzunehmen hatte, er möchte ihm die Abrechnung anfertigen, er könne sie nicht machen. Für diese Abrechnung zahlte der Unternehmer 2000 M. Jeder vereidete Landmesser oder andere Sachverständige hätte die Arbeit für 200 bis 300 M. gemacht. Vielfach wird der Unternehmer auch der Gläubiger des Beamten.

Die Eingeweihten lächeln nur darüber, wenn wieder mal eine ganz krasse Submissionsblüte durch die Zeitungen geht. Nach den angeführten Beispielen wird sich aber auch der Laie manche Submissionsblüte deuten können.

L. M.

*) Das Submissionswesen. Von Fritz Päplow. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Preis 1 M.

Soziales.

Von der Seiden-Berufsgenossenschaft.

Sehr pünktlich erschien der Geschäftsbericht obiger Berufsgenossenschaft für 1907. Die meisten Berichte der anderen Berufsgenossenschaften sind vor Herbst nicht zu erwarten.

Nach dem Bericht ist die Zahl der versicherten Betriebe von 3253 auf 3564 im Berichtsjahre gestiegen. Die Zahl der Arbeiter dieser Betriebe stieg von 70 579 auf 71 986, also nur langsam an. Der Durchschnittslohn eines versicherten Arbeiters betrug:

Sektion I Krefeld . . . 950,01 M. pro Jahr
„ II Freiburg i. Br. 764,18 „ „ „

Der Bericht bemerkt zu diesen Hungerlöhnen auch noch prahlend: „Das bedeutet seit dem Jahre 1894 eine Steigerung des Lohnes um 254,50 M. resp. 239,93 M. pro Kopf und Jahr"!! Bis zur Revolution des Jahres 1848 zurückgerechnet, wäre diese „Steigerung" jedenfalls noch etwas größer ausgefallen. Weiter heißt es im Bericht: „Das stetige Anwachsen des Gesamtlohnes in unserer Industrie, wie auch des Durchschnittslohnes, beweist, wie unberechtigt die in einem gewissen Teile der Presse erhobenen Klagen über unzulängliche Löhne sind. Ein Durchschnittslohn von 950,01 M. in Sektion I und 764,18 M. in Sektion II muß gewiß auskömmlich genannt werden." (!) Ist das nicht köstlich?! Sogar Löhne unter 800 M. pro Jahr sind in unseren so teueren Zeitverhältnissen nach Aussage dieser Unternehmerprotzen „gewiß auskömmlich". Auch die Bemerkung über „einen gewissen Teil der Presse" ist gut. Der Bericht hätte auch ganz gut die „sozialdemokratische Presse" schreiben können, denn die Unternehmerpresse findet jeden Hungerlohn für „auskömmlich". Aber auch die Einleitung des Berichtes, daß sich unter den 71 986 beschäftigten Personen 2452 jugendliche Arbeiter und 4828 weibliche Arbeiter (= 10 Proz.) befinden, macht die Zahlen nicht besser. Rechnet man diese ab, so ergibt sich höchstens, wie der Bericht ja selbst zugesteht, ein Durchschnittslohn von 981 M. in Sektion I und 801 M. in Sektion II pro Jahr.

Die Seidenindustrie hat wahrlich keine Ursache mit den „hohen Löhnen" ihrer Arbeiter zu renommieren!

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 520 Unfälle, entschädigt jedoch nur 88 = 16 Proz. der gemeldeten Fälle. „Folgenlos" erledigten sich 346 Unfälle vor Ablauf der ersten 13 Wochen, während nur der Rest von 174 Unfällen zur Beratung stand. Zu was die Krankenkassen doch da sind! Abgelehnt wurden weiters 57 Unfälle, die elf Leistenbrüche betrafen, 20 Fälle, die sich nicht bei der Arbeit ereignet haben sollen und 26 Fälle, in

denen nach Aussage des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft „die Schädigung der Erwerbsfähigkeit unter 10 Proz." betragen haben soll.

Die Berufsgenossenschaft erklärt, daß es zweckmäßig sei, mit den Verletzten in „persönliche Fühlung" zu treten, weil dadurch das „leider noch herrschende Mißtrauen gegen die durchaus wohlwollenden Absichten beseitigt und damit dann mancher Verletzter von der Einlegung der Berufung abgehalten würde"! Ja, die Berufsgenossenschaftsleute sind gute Rechner, vertrauensselig hat dann mancher Verletzte auf sein gesetzliches Recht verzichtet. Darüber ist natürlich die Berufsgenossenschaft sehr entzückt, auch daß dann: „nicht mehr so oft die Hülfe von Personen in Anspruch genommen wird, die es sich leider zur Aufgabe machen, Mißtrauen gegen die Genossenschaften zu säen und für sich daraus Vorteil zu ziehen, daß sie die Verletzten zur Erhebung unberechtigter Forderungen veranlassen!" Wir kennen die Weise, den Text und auch die — Verfasser! Auch Reinecke Fuchs beklagte sich, daß die Gans gar kein Vertrauen zu ihm habe! Wie wäre es, wenn die Berufsgenossenschaft auf jeden Rentenbescheid in fetter Schrift drucken ließe: „Das Aufsuchen der Arbeitersekretariate ist den Unfallverletzten strengstens untersagt."?! Natürlich wird zum Schluß wieder ein Geheul darüber angestimmt, daß der Alkohol die Ursache der vielen Unfälle sei, während die Aufsichtsbeamten erklären, daß von 1258 revidierten Betrieben allein 480 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften aufwiesen! Trotzdem wird in einer beigegebenen „Unfallstatistik" in 49 Fällen von 93 ermittelten Unfällen als Ursache des Unfalls „Verschulden des Verletzten selbst" angegeben.

Von der „geplanten" Verschmelzung der Versicherungsgesetze will die Berufsgenossenschaft absolut nichts wissen, „da sich nach dem Urteil fast aller Sachverständigen die berufsgenossenschaftliche Organisation wohl wohl am meisten von allen Versicherungsarten bewährt hat." Ebensolche Aufschneiderei ist es, wenn der Bericht bemerkt: „Das rührt zum größten Teil daher, daß bei der genossenschaftlichen Verwaltung durchweg Männer aus der Praxis tätig sind, die ihre Beschlüsse und Entscheidungen nicht bloß nach den Buchstaben des Gesetzes treffen, sondern im Sinne des Gesetzgebers." Kommerzienräte sind natürlich „Männer der Praxis", während die Arbeiter sorgfältig ausgeschlossen sind und an den Rentenbescheiden ersieht man, daß tatsächlich der Buchstabe des Gesetzes gar nicht beobachtet wird und der „Sinn des Gesetzgebers"?? Auch sei es irrtümlich, wenn man annehme, daß die drei Versicherungsarten „in ihrem Wesen und in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung noch so verwandt wären", da die „Voraussetzungen der Entschädigung bei allen drei Versicherungsarten innerlich sehr verschieden ist." Ausreden!

Aerztehonorar und Krankengeld.

Die beiden größten Krankenkassen (Ortskrankenkasse I und II) in Bocholt gaben im Berichtsjahre 1907 zusammen 85 955,79 M. für ärztliche Behandlung, 20 690,58 M. für Medikamente, aber nur 27 458,12 M. für Krankengeld aus. Zusammen hatten diese beiden Krankenkassen 4197 Mitglieder mit 33 752 Krankheitstagen, demnach entfallen auf das Mitglied 8,04 Krankentage und pro Krankentag wurde 0,813 M. Krankengeld gezahlt.

Aus Industrie und Handel.

5 Prozent Reichsbankdiskont.

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank am Montag ist der Diskont auf 5 Prozent ermäßigt worden.

Streiflichter auf die Weltkrise.

Vereinigte Staaten von Nordamerika. Das erste Vierteljahr 1908 brachte um 22 Prozent mehr Fallimente als das vorhergehende und um 59 Prozent mehr als die ersten drei Monate des Jahres 1907. Nur 1896 ist die Zahl der Konkurse im ersten Quartal größer gewesen! — Im Januar-Februar-März 1908 wurden 4179 Fallimente mit einem Gesamtpassivenstande von über 111 Millionen Dollar gezählt. (In Kanada wurden in dem gleichen Zeitraum 544 Fallimente mit 56 Millionen Dollar Passiven verzeichnet, womit das erste Vierteljahr 1907 um 83 Prozent übertroffen erscheint.) Bezeichnend für den chronischen Charakter und die Ausbreitung der Krise ist es auch, daß die Rückwanderung, die sich zunächst aus den Sitzen der Stahl- und Eisenindustrie, Pennsylvanien und Ohio, rekrutiert hatte, nunmehr auch fühlbar auf die Standorte der großen Textilindustrie übergreift. Im ersten Vierteljahr 1908 haben 155 462 Rückwanderer Amerika verlassen; im ersten Quartal 1907 nur 52 348. Neben dem Abströmen der Arbeitskräfte zeigt sich auch eine starke Abnahme der Einwanderung. Es landeten im ersten Quartal 1907: 205 310 Personen, 1908: 56 474. Die Einwanderungsbeamten rechnen auf eine durch Jahre anhaltende starke Verminderung der Emigration. Weitere Tatsachen betreffen die industrielle Produktion und den Handelsumsatz, die im ersten Vierteljahr 1908 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einen Rückgang um 25—50 Prozent aufweisen. Der Bankumsatz blieb um 30 Prozent, die Baumwollindustrie um 25 Prozent, die Eisen- und Stahlerzeugung um mindestens 50 Prozent hinter der gleichen Periode des Vorjahres zurück. Der Rückgang des Konsums wird nicht allein durch die Abnahme des amerikanischen Inlandhandels, sondern auch durch die rückläufige Bewegung der deutschen Exportziffern demonstriert. Endlich sind auch die Verminderung der amerikanischen Bestellungen sowie der große Ausfall im amerikanischen Fremdenverkehr in Europa Wirkungen der amerikanischen Krise, die das Wirtschaftsleben Europas unmittelbar beeinflussen.

England. Der Bericht des britischen Handelsamtes über den Ueberseehandel im März l. J. bestätigt die Befürchtung, daß die diesjährigen Zahlen für das erste Quartal nicht diejenigen des Jahres 1907 erreichen würden. Besonders stark war der Rückgang des Baumwollimports, der die schlechte Geschäftslage der Baumwollindustrie von Lancashire illustriert. Auch sonst ist in der Industrie eine allgemeine Erschlaffung wahrzunehmen, wofür die Abnahme des Imports wie des Exports zeugen.

Japan. Die Geschäftskrise in Osaka und Kobe, welche anfänglich von der Verschlechterung des Metallmarktes ihren Ausgang nahm und eine Reihe von Fallimenten in dieser Branche zur Folge hatte, hat weitere Kreise gezogen und u. a. auch die Baumwoll- und Seidenindustrie sowie den Zuckerhandel in Mitleidenschaft gezogen. Eine Panik in Kyoto war die Folge dieser kritischen Vorgänge und in weiterer Folge Zahlungseinstellungen an diesem Platze. Desgleichen wurde eine Reihe von lokalen Banken zur Insolvenz gedrängt, weil angesehene Handelsfirmen fallierten und Einleger ihre Kapitalien zurückzogen.

China. In der vor kurzem abgehaltenen Generalversammlung der Hongkong and Shanghai Banking Corporation wurde berichtet, daß der beträchtliche Sturz der chinesischen Wechselkurse den Abschluß neuer Importgeschäfte an der ganzen chinesischen Küste sehr erschwert habe. In den wichtigeren Artikeln aber zeige die Statistik einen großen Aufschwung und in den überseeischen Industriegebieten seien neue Aufträge auf einige gangbare Fabrikate placiert worden. Die chinesische Neujahrsabrechnung habe sich besser entwickelt, als seinerzeit vorausgesetzt wurde, und es bestehe gute Aussicht auf eine Wiederbelebung des Handels im laufenden Jahre.

Ostindien. Nach einem vom 21. März datierten Berichte aus Bombay war das für Importhandel in Betracht kommende Bazargeschäft infolge der Feiertage ruhig, und auch die Preise waren in Uebereinstimmung mit dem Fallen der Inlandspreise niedrig. Die Nachfrage war sehr schwach, doch erwartet man eine Besserung. Die Vorräte sind bedeutend und im Zunehmen begriffen. Stangeneisen blieb unverändert.

Tripolis (Nordafrika). In dieser letzten Afrikaprovinz der Türken spielt sich gegenwärtig eine Geschäftskrise ab, die viele Insolvenzen und Fallimente zur Folge hat. In erster Linie ist die Kolonialwarenbranche betroffen. Ermuntert durch die Aussicht auf eine reichliche Ernte wurden allzu große Warenlager angehäuft, deren Verwertung auf große Schwierigkeiten stößt, da die Ernte wider Erwarten durch große Dürre gefährdet ist.

Natal (Südafrika). Im letzten Quartal des Jahres 1907 ist die Warenausfuhr gegenüber dem gleichen Zeitraume des Jahres 1906 sowohl der Menge als dem Werte nach gesunken. Dafür ist die Ausfuhr im Steigen begriffen.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine hat dieser Tage den Bericht über ihr vierzehntes Geschäftsjahr erscheinen lassen, der ein erfreuliches Bild von dem gesunden Wachstum dieses „Konsumvereins der Konsumvereine" gibt. Die Zahl der Gesellschafter stieg von 448 im Jahre 1906 auf 499. Die Zahl der Vereine, mit denen die Großeinkaufs-Gesellschaft in Geschäftsverbindung steht, vermehrte sich von 1404 auf 1419. Der Warenumsatz erreichte die Höhe von 59 866 220,04 M. gegen 46 503 237,02 M. im Jahre 1906, das ist eine Steigerung um 13 362 983,02 M. oder 28,7 Proz. Vergleicht man die Entwickelung des Umsatzes im letzten Geschäftsjahr mit derjenigen der vorhergehenden Jahre, so ergibt sich die höchste Umsatzsteigerung seit dem Jahre 1902. In diesem Jahre vermehrte sich der Umsatz um 42,68 Proz., im Jahre 1903 um 22,61 Proz., im Jahre 1904 um 28 Proz., im Jahre 1905 um 14 Proz. und im Jahre 1906 um 20 Proz. Je höher der absolute Umsatz wird, desto bedeutsamer ist es natürlich, wenn die prozentuale Steigerung in so bedeutendem Maße vor sich geht wie im letzten Jahre. Der Umsatzhöhe entspricht auch der Reingewinn des Instituts. Er betrug bei zahlreichen Abschreibungen 504 909,97 M. gegen 281 070,09 M. im Vorjahre. Vom Reinüberschuß sollen jedoch nur 109 405,10 M. als Dividende an die angeschlossenen Vereine verteilt werden; der größte Teil des Reinertrages fließt in die verschiedenen Fonds und dient zur Stärkung der Kapitalkraft der Großeinkaufs-Gesellschaft.

Aus der Frauenbewegung.

Das Reichsvereinsgesetz.

Die Urheber des neuen Reichsvereinsgesetzes sowohl wie ihre Helfershelfer haben wenig Dank für ihre schöpferische Tat zu erwarten. Wieder ist es der Freisinn gewesen, der polizeilicher war als die Polizei, der aus eigenem Triebe die Regierungsvorlage verschlimmbesserte. Gewiß sind die Frauen froh, endlich des lästigen Zwanges — auf Umwegen zu ihrem Rechte zu gelangen — enthoben zu sein, aber bei Lichte besehen sind es doch wieder nur Brosamen, die man ihnen hingeworfen hat. Auf der einen Seite gibt das Gesetz Rechte, die es auf der anderen wieder nimmt. Durch den § 10a wird allen Personen unter 18 Jahren die Mitgliedschaft von politischen Vereinen und der Besuch von politischen Versammlungen, öffentlichen sowohl wie Vereinsversammlungen, verboten. Damit ist ein großer Teil der im § 1 gegebenen Rechte wieder genommen. Die Arbeiterin ist gewöhnlich früh selbständig. Schon vom 14. Jahre muß sie für sich selbst sorgen. Vom 16. Lebensjahre an ist sie steuerpflichtig, aber Rechte werden ihr verweigert.

Die jungen Damen der Bourgeoisie empfinden die Härten dieser Ausnahmebestimmung natürlich nicht. Sie sitzen mit 16 Jahren noch auf der Schulbank, sie drückt mit 18 Jahren nicht Kummer und Sorge, sie kämpfen nicht um ihre Existenz, sondern sitzen dann noch an dem stets gedeckten Tische des begüterten Vaters. Die Arbeiterin dagegen hat dann schon einige Jahre ihres jungen Lebens im Kampfe ums tägliche Brot gestanden, für die sich geschunden, die ihren Kindern ein Wohlleben verschaffen können. In den Kreisen der Bourgeoisie ist daher kein Verständnis für das, was das junge weibliche Proletariat gebraucht, vorhanden. Die Gewerkschaften haben bisher Personen von 16 Jahren als Mitglieder aufgenommen; es ist leider zu befürchten, daß ihnen das in Zukunft verwehrt werden soll. War man doch immer schon bemüht, wirtschaftliche Angelegenheiten mit politischen in einen Topf zu werfen. Den Gewerkschaften wird das Leben schwer gemacht werden. Und das entspricht dem wohlverstandenen Interesse des Unternehmertums, das in den freisinnigen Parteien jetzt seine beste Vorteilswahrnehmerin gefunden hat. Hinter den freisinnigen Entschuldigungsgründen steckt in Wahrheit als treibendes Motiv: Haß gegen die Gewerkschaften, Profitinteresse!

Jugendliche Arbeiterinnen vermögen, schon ihrer geringen Erfahrungen halber, der Ausbeutung weniger kraftvoll entgegenzutreten wie Erwachsene; nimmt man ihnen nun noch das Recht der Organisation, entzieht man sie der Aufklärung durch Versammlungen, so bleiben sie eben unwissend und jeder Willkür untertan. Das gilt nicht nur für die gewerblichen Arbeiterinnen, sondern auch für Dienstboten. Diese haben durch das Vereinsgesetz nur Nachteil! Der überwiegende Teil der Dienenden besteht aus Minderjährigen. Der freisinnige Kampf gegen die Jugendlichen mutet fast wie eine Schikane gegen die aufblühende Dienstbotenbewegung an. Aber nicht nur den Organisationen, die beruflichen oder Bildungszwecken für die Jugendlichen dienen, eröffnet die blockliberale Heldentat einen neuen polizeilichen Schikanefeldzug, auch Vereine, die nur den Sport, die körperliche Ausbildung pflegen, werden schwer zu leiden haben. Hat man es bisher schon zu gut verstanden, Turn-, Gesang- und dergleichen Vereine für politische zu erklären, so ist mit solcher Praxis jetzt noch mehr zu rechnen. Der Freisinn hat der Reaktion neue Wege zur Bekämpfung der Arbeiterschaft gewiesen, ihm gebührt der Ruhm, neue Ausnahmegesetze geschaffen zu haben.

Die Frauen werden die Gelegenheit des jetzt entbrennenden Wahlkampfes wahrnehmen, um dem tückischen, verräterischen Freisinn den Dank abzustatten. Aber was die Blockgesellen verbrochen haben, kann durch diese Wahl allein nicht gutgemacht werden. Den Müttern obliegt nun in stärkstem Maße die Verpflichtung, die Jugend aufzuklären. Was durch die Praxis des neuen Vereinsgesetzes verhindert wird, muß die Erziehung im Hause ersetzen. Damit erhält die Agitation unter den Frauen und deren Organisation erhöhte Bedeutung.

Versammlungen.

Die Stellung der Bauhülfsarbeiter zu dem Tarifvorschlage und zur Maifeier.

Der Zweigverein Berlin und Umgegend des Verbandes der baugewerblichen Hülfsarbeiter hielt am Sonntag bei Freyer in der Koppenstraße seine Generalversammlung ab, in der die Abrechnung vom ersten Quartal 1908 vorgelegt wurde. Samt dem alten Bestand von 45 009,29 M. betrugen die Einnahmen 83 797,52 M., die Ausgaben erreichten die Summe von 39 623,27 M., so daß ein Bestand von 44 174,25 M. übrig blieb. Unter den Ausgaben sind 4165,55 M. für Streikunterstützung, 7249,20 M. für Krankenunterstützung, 1010 M. für Sterbeunterstützung, und der Rechtsschutz erforderte nicht weniger als 1549,28 M.

Dann berichtete Rennthaler über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund, schilderte die ganze Lage wie im allgemeinen den Verlauf der Verhandlungen und teilte den Vorschlag der unparteiischen Beisitzer mit, der darauf hinausläuft, daß die Löhne, wie sie nach dem im vorigen Frühjahr abgelaufenen Tarifvertrage bestanden, sowohl für die Maurer wie für die Zimmerer und die Bauhülfsarbeiter von neuem tariflich festgelegt werden sollen bei einer Gültigkeitsdauer des Vertrages bis zum 31. März 1910. Die Arbeitnehmervertreter erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden, weil es ihnen, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, zweckmäßig erschien. Die Arbeitgebervertreter wollten dagegen den 50 Pf.-Lohn als Einheitslohn für alle Bauhülfsarbeiter festgelegt wissen, also die höheren Tariflöhne für die Spezialarbeiter dieser Branche, die in dem Vorschlage der Unparteiischen natürlich enthalten sind, nicht wieder anerkennen. Sie zeigten sich jedoch nach weiteren Verhandlungen bereit, den Vorschlag anzunehmen, erklärten aber, daß es schwer halten werde, die Generalversammlung ihres Verbandes dafür zu gewinnen. Mit Rücksicht auf die allgemeine Lage, auf die niedrigen Löhne von 35—45 Pf., die jetzt hier und da in Berlin den Bauhülfsarbeitern geboten werden, empfahl der Redner der Versammlung den Einigungsvorschlag anzunehmen. Im Namen des erweiterten Zweigvereinsvorstandes wurde folgende Resolution vorgelegt:

„Die Generalversammlung erklärt sich insoweit mit der Berichterstattung ihrer Vertreter über die Verhandlungen mit dem hiesigen Arbeitgeberverband einverstanden, als unter den gegebenen Zeitverhältnissen eine weitere Berücksichtigung unserer Forderungen durch die Arbeitgeber auf friedlichem Wege nicht zu erwarten ist. Sie beauftragt daher ihre Vertreter, den Vertrag bis zum 31. März 1910 abzuschließen."

Es folgte eine lebhafte Debatte, in der ein starker Unwille über das magere Ergebnis der Verhandlungen zutage trat. Für den Einigungsvorschlag sprach unter anderen vom Hauptvorstand der Redakteur Töpfer aus Hamburg. Die Resolution wurde schließlich gegen eine Minderheit von ungefähr 20 Stimmen angenommen.

Sodann wurde über die Maifeier beraten. Der Vorsitzende Noack machte im Namen des Vorstandes den Vorschlag, den 1. Mai überall, wo keine wirtschaftliche Schädigung eintritt, durch Arbeitsruhe zu feiern. Aus der Versammlung kam ein Vorschlag, die Maifeier durch Arbeitsruhe für dieses Jahr zurückzustellen, um bei gelegener Zeit mit um so größerer Kraft dafür einzutreten. Dagegen verlangte ein anderer Vorschlag, daß die Maifeier wie bisher durch Arbeitsruhe begangen werde und die Gemaßregelten wie auch die Arbeitslosen Unterstützung erhalten sollten. Es machte sich eine starke Stimmung für die allgemeine Arbeitsruhe geltend, und die Versammlung beschloß, den 1. Mai wie bisher zu feiern, die Regelung der Unterstützung ebenfalls wie bisher einer späteren Versammlung zu überlassen. — Die Maiversammlung findet bei Kliems in der Hasenheide statt. Wie früher, so werden auch diesmal Maimarken ausgegeben.

Im Verband der Friseurgehülfen, Zweigverein Berlin und Vororte, referierte in der letzten Versammlung der Verbandsvorsitzende Ehlorn eingehend über die Bedeutung des 1. Mai. Die Versammelten beschlossen nach kurzer Diskussion, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Bekanntgegeben wurde ferner, daß der Zuzug nach Basel, Luckenwalde und Nowawes fern zu halten ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 28. April.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm.

Anfang 8 Uhr.

Königl. Opernhaus. Salome.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Lysistrata.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Stützen der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Neues. Die gute Partie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Stein unter Steinen.
Schiller Charlottenburg. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Hebbel. Allerseelen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Brüder von St. Bernhard.
Lustspielhaus. Sein Alibi. Der Brandstifter.
Lortzing. Die lustigen Weiber von Windsor.
Komische Oper. Tiefland.
Westen. Ein Walzertraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Luisen. Geschlossen.
Thalia. Die Brunnennymphe.
Trianon. Seine erste Frau. Die Hand.
Theater an der Spree. Nassauer.
Bernhard Rose. Die Loreley.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Der kleine Chevalier. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld. Die letzte Ehre. Endlich allein. Der Fall Blumentopf.
Kasino. Ein Dorfroman.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Ola Oggi. Spezialitäten.
Parodie. Der Troubadour.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Palast. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten. Liane d'Eve.
Folies Caprice. Nachtarbeit. Ein unheimlicher Besuch. Der ganze Papa.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Eine Mitfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 7½ Uhr:
Alt-Heidelberg.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die gute Partie.
Mittwoch 8 Uhr: Die gute Partie.
Donnerstag z. erstenmal: Ramon, der Abenteurer. Anf. ½8 Uhr.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Fl. 150 u. 200
Kraft-Rotwein
Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften.
Häufig wird die Frage an uns gerichtet, wann und wieviel Santa Lucia Kraft-Rotwein der der Stärkung Bedürftige trinken soll? — Antwort: ¼ Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2. Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je ¼ Glas Santa Lucia genossen, wirkt wunderbar heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr, halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Die Brüder von St. Bernhard.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Madame Sans Gêne.
Donnerstag: Sein Prinzeßchen.
Freitag: Die Brüder v. St. Bernhard.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
Allerzielen (Allerseelen).
Ein Spiel in 4 Akten von Hermann Heijermans.

Lortzing-Oper. Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Brandstifter.
Vorher: **Sein Alibi.**

Trianon-Theater.
Gastspiel Charlotte Wiehe. Seine erste Frau. Die Hand (La main)
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.
Schauspiel in 4 Akt. v. H. Sudermann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Stein unter Steinen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Aufzügen und einem Vorspiel von William Shakespeare.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hans Huckebein.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.

Theater an der Spree

Köpenicker Straße 68.
Abends 8 Uhr:
Der Onkel aus Kottbus.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
Morgen: Der Onkel aus Kottbus.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Loreley.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Morgen und folgende Tage: Die Loreley.

Metropol-Theater

Zum 220. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Die Fischerin von Island.
Romantisches Schausp. in 5 Aufzügen.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag und Freitag: Verführt und entehrt. Keine Wiederholung!
Sonnabend Extravorstellung: Vom Thron zum Schafott.

Wintergarten

Letzte 3 Aufführungen des erfolgreichen April-Programms.
Gertrude Barrison, Tänzerin
Selma Braatz, Jongleuse.
Hagedorns Wundergrotte.
John u. Luis Boller, Radfahrer.
Enlonboltas, Luftgymnastiker
3 Braggs, Akrobaten.
May de Souza, amerikanische Sängerin.
Tschernoff, Dresseur.
Millmann-Trio, Drahtseilakt.
Corwey, musikalischer Clown.
Palace Girls, englische Gesangs- und Tanz-Truppe.
Lili Schreiber, Soubrette.
Der Biograph.

Kasino-Theater.

Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Ein Dorf-Roman.
Vorher das glänzende April-Programm.
Sonntag, den 3. Mai, nachm. 4 Uhr: Biederleute.

Letzte Woche!
Inventur-Extrapreise!
nur einmal jährlich im
Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unterhalte **nirgends Filialen!**
Sonderangebote
Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 3,00
Similiseide } in den Farben rot, blau, oliv { 4,15 5,25
Wollatlas } { 5,85 8,50
Bunte Normal-Schlafdecken 1,85 2,50 3,50
Wolldecken ganz dick 3,00 4,00
Reisedecken (engl.) getigert 6, 8, 10 M.
Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. } gratis und franko.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Luisen-Theater.

Reichenberger Straße 34.
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:
Geschlossen.
Freitag: Benefiz Kurt Paulus, Premiere: Der Weg ins Verderben.
Sonnabend: Der Weg ins Verderben.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Im Hause der Sünde. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben.
Montag: Der Weg ins Verderben.

Apollo Theater

Letzte Woche!
8 Uhr: Das unerreichte Progr. mit Josef Modl, Berta Geerts, Finn Montjole, 9¾ Uhr:
Der kleine Chevalier
Chevalier Faublas: Mia Werber a. G.
Freitag, den 1. Mai 1908:
Die süßen Grisetten.
Operette von H. Reinhard.

Passage-Theater.

Heute zwei Vorstellungen.
Nachm. 3—7 Uhr (kleine Preise).
Abends 8—11 Uhr.
Die Sensation Berlins!
Ota Gygi
der Mann mit den 3 Geigen.
Rita Tanca
und das kolossale
April-Programm!

Passage-Panoptikum.

Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenkind
Gesamtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl in seinem **Riesenbassin.**
Neapolitanische Briganten-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

Palast-Theater

Burgstr. 24. 2 Min. v. Bhf. Börse.
Letzte Vorstellungen.
Der erstklassige
April-Spielplan.
Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Donnerstag, den 30. April 1908:
Schluß der Saison.
Die ausgegebenen Vorzugskarten verlieren mit d. Tage ihre Gültigkeit.

Buggenhagen

Moritzplatz im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
Das brillante April-Programm.
U. a.: Lina Golz, Artur Wolff, M. Bendix, Alexander Bros, Norauas Sisters.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Park. 0,75, Entree 50 Pf., in d. Woche Familienbilletts 5 St. 2 M.
Im unteren Konzertsaal: Täglich: Konzert.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
Vorletzte Vorstellung in dieser Saison!
Die letzte Ehre!
Endlich allein!
Fall Blumentopf.
Alle drei Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Walhalla Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr.
Das große Aprilprogramm.
Der geheimnisvolle Geldschrank?
Grete Gallus.
Berlins beliebteste Soubrette.
Eine Szene vor dem Affenhause im Zoolog. Garten,
Pantomime der Sennet-Companie und die übrigen
glänzenden Varietékräfte.
Tunnel: Konzerte.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 28. April 1908:
Buschlies'l.
Original-Volksstück mit Gesang in 4 Akten von F. Wildhardt. Musik von H. Salau.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Anfang Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.
SANS SOUCI
Heute Dienstag:
Gastspiel des Neuen Berl. Schauspiel-Ensemble.
Abends 8½ Uhr z. 1. Mal
Staatsanwalt Alexander
Schauspiel in 4 Akten von Karl Schüller.
Am Thalia-Theater mit durchschlagend. Erfolg über **100 Mal** aufgeführt.
Sonnt., Mont., Donnerst.: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstr. 9.
Das phänomenale April-Programm!
Miß Bolverbs mit ihren dressierten
Bären.
Mexiko in Berlin. — Ein lustig. Witwer. Possen mit Gesang.
Außerdem Duskeds Vitograph und 20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr Sonntags 6 Uhr.

Swinemünder Gesellschaftshaus

Swinemünder Str. 42.
Inh. Wwe. Reinfarth.
Säle von 100—700 Personen für Versammlungen, Festlichkeiten und Hochzeiten, auch Sonntags, zu vergeben. 15895*

Legehühner

junge, beste Leger, 2,50 M., festsitzende Brutputen, Bruteier hochedelst. Rassen empf. unt. Garantie f. Reell. Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Große Massen-Konzerte
Spezialitäten-Vorstellung.

Typographia.

Heute: Uebungsstunde.

H. Pfau, Bandagist

jetzt: Dircksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.

Weich — Bequem
Bruchbänder und Bandagen, Geradehalter, Leibbinden, orthopäd. Apparate künstl. Glieder, Korsetts u. alle Artikel zur Krankenpflege. Für Damen weibliche Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 13023
Herren-Garderoben
Ersatz für Maaß.
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Strausberger Platz.

Durch Sonnen-Brand
u. Staub unansehnliche u. fleckige Hüte behandelt man am besten mit
Hutwäsche.
Feuerrad
Anerkannt bester Fabrikat.
No. 1 weiss — No. 2-34 farbig
reinigt weisse Hüte ... 1 Fl. 25 Pfg. — braucht farbige Hüte ... 1 Fl. 35 Pfg.
Fritz Kratz, Berlin N. 39. Überall zu haben!

Möbel!

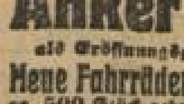
25858*
Spezialität: Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen von 300—10000 Mark.
Einzelne Ersatzmöbel in großer Auswahl **spottbillig.**
Umsonst
und ohne Kaufzwang ist die Besichtigung meiner Läger jedem Interessenten gern gestattet.
Langjährige Garantie.
Kulante Zahlweise.
Hermann Piehl
Schwedterstr. 10. Fernsprecher: Amt III, 5684.

Leihhaus

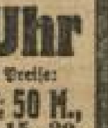
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28 I**

Billigste Bezugsquelle

von Plüschsofas, Bettstellen mit Matratzen, Kleiderspinden, Vertikos, Spiegeln, farb. Küchen sowie ganzen Wohnungs-Einrichtungen in nur reeller Ausführung. Auch Teilzahlung. Langjährige Garantie. Genossen erhalt. 3%.
Neumann, Tapez., Oranienstr. 202.



Gratis



erhält jeder Käufer beim Einkauf eines neuen Fahrrades eine
Anker-Remontoir-Uhr
als Eröffnungsgeschenk trotz der nachstehend enorm billigen Preise:
Neue Fahrräder 35, 45 M., mit Doppel-Glocken-Lager, Schutzbleche, Handbremse **50 M.,**
ca. 500 Stück gebrauchte Fahrräder, alle Marken 5, 10, 15, 20, 25 M. Laufmäntel 1,50, Luftschläuche 1,00. Große Posten Fahrradzubehörteile zum Teil aus Konkursmasse stammend, fabelhaft billig!

Torpedo-Freilauf-Räder		15,00	Hosenspangen	3 Paar	0,10
Torpedonaben		12,00	Sättel		1,50
Freilaufnaben		5,00	Ledertaschen		0,50
Lenkstangen	0,50	1,00	Sattelbecken		0,50
Pedale		0,70	Kugeln	Dtzd.	0,05
Carbidlaternen		1,00	Blockketten		0,90
Fertige Gabeln		1,00	⅛ Ketten		1,25
Fußpumpen		0,50	Doppelrollenketten		1,25
Rucksäcke		1,00	Engländer		0,15
Gamaschen		0,60	Emaille-Lack		0,10
Prima Carbid	per kg	0,35	Ständer		0,50
Griffe		0,10	Schalen		0,10
Fußbremsen		0,05	Oelkannen		0,05
Kurbelkeile	5 Stück	0,10	Reparaturkasten	2 Stück	0,15
Speichen	100 Stück	0,75	Pedalgummi		0,05
Felgen		0,50	Vorder- u. Hinterachsen Stck.		0,10

usw. Reparaturen extra billig. usw.
Rahmen emaillieren 3,50, Lenkstangen vernickeln 1,00.
Katalogs gratis und franko.
Ernst Machnow, Weinmeisterstr. 14

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter und Schwiegermutter
Luise Gießel
geb. **Schen**
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren aufrichtigsten Dank.
Karl Fahrow und Frau.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,

nur Mariannen-Straße 2.

Medicopädagogische Poliklinik

für Kinderforschung, Erziehungsberatung und ärztlich-erzieherische Behandlung.
Mittwoch und Sonnabend 4-6 Uhr.
Dr. med. W. Fürstenheim,
Berlin NW., Schiffbauerdamm 37.

Wen's juckt,

wer durch Hautjucken zur Verzweiflung gebracht wird, gebrauche **Zucker's Patent-Medizinal-Seife,** D. R. P., ärztlich empfohlen und tausendfach bewährt. Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15 %ig) und Mk. 1,50 (große Packung, 35 %ig, von stärkster Wirkung).

Wunderbare Erfolge,

bei Hautaffektionen aller Art, Hautjucken, juckenden Hautausschlägen, Hautgeschwüren, Furunkeln, Pickeln, Mitessern, Bimmeln, Pusteln, Gesichtsröten, Sommersprossen u., zumal bei gleichzeitiger Anwendung von **Zuckooh-Crème,** dem herrlichsten und einzigartigsten aller Hautcrèmes. Preis Mk. 1.—, Probetube 75 Pfg., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar mild wirkenden **Zuckooh-Seife,** Preis 50 Pfg. (kleine Gebrauchspackung) und Mk. 1,50 (große Geschenkpackung), werden zahlreich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der **Kinder** verwendet die denkende Mutter **Vitumoor-Kinder-Seife,** D. R. P., Preis 50 Pfg. und **Vitumoor-Kinder-Crème,** Preis 40 Pfg. Doppeldose 70 Pfg., das Beste, Edelste und Reinste für die kindliche Haut. **Ueberall zu haben.** Wo nicht, direkter Versand durch **L. Zucker & Co., Berlin,** Potsdamerstr. 73.

In **Berlin** echt bei **Max Schwarzlose,** Königstr. 59 und Potsdamer Straße 7a, **Franz Schwarzlose,** Leipziger Straße 56, **Schwarzlose, vorm. Adolph Heister,** Friedrichstraße 183 und außerdem in fast allen **Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.**

✝
Bitte genau zu beachten!
Westmanns Trauermagazin
Eckhaus Kolonaden
Mohrenstraße 37a,
a. d. Jerusalemerstraße.
Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 115,
2. Haus an der Andreasstr.
Ausführung und Preise konkurrenzlos!
Bei Vorzeigung dieser Anzeige vergüte ich 10 % in bar.

Achtung! **Vereine!**
„Elysium" Landsberger Allee 40/41.
Stelle meinen 2000 Pers. fassenden Naturgarten sowie großen Saal den geehrten Vereinen mit Sängergesellschaften zu Sommerfesten usw. zur unentgeltlichen Verfügung. 27802*
Karl Eisermann, Amt 7, 2617.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis
Bezirk 96.
Am Freitag, den 24. April, verstarb nach langem Leiden unser treues Mitglied, der Maler
Paul Böhm.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. April, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Lankwitz, Marienfelderstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
210/15 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.
Unseren Kollegen zur Nachricht, daß der Kollege
Paul Böhm
am 24. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. April, nachmittags 3½ Uhr, in Lankwitz auf dem Kirchhof der Luthergemeinde statt. 131/20
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Landsberger Viertel.)
Bezirk Nr. 401a, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
August Gäbler
(Heidenfeldstr. 13)
gestorben ist. 217/19
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain aus nach dem Auferstehungs-Kirchhof in Weißensee statt.

(Köpenicker Viertel.)
Bezirk Nr. 206, Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt
Emil Lehn
(Wrangelstr. 78)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. April, nachm. 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Britz aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Emil Lehm
Wrangelstr. 78
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
74/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Emil Lindner
am 25. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenberger Chaussee aus statt. 83/13
Die Ortsverwaltung.

Verband d. Kürschner Berlins u. Umg.

Nachruf.
Am 20. April verstarb unser Mitglied, Fräulein
Emma Schmidt
im Alter von 21 Jahren an Typhus.
Ehre ihrem Andenken!
102/3 Der Vorstand.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 25292*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Einsichtnahme in die Urwählerlisten

kann nur noch heute erfolgen. Es ist dringend nötig, daß sich jeder Wahlberechtigte davon überzeugt, ob er auch in die Wählerliste eingetragen ist. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, sind die Listen äußerst mangelhaft aufgestellt, weshalb eine Prüfung doppelt notwendig ist. Auch haben an verschiedenen Auslagestellen die vorstehenden Beamten recht willkürlich einsichtnehmenden Wählern überflüssige Schwierigkeiten bereitet, besonders bezüglich der Legitimation und Entgegennahme von Protesten gegen die Nichtaufnahme. Wir machen darauf aufmerksam, daß nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen die Beamten entsprechend belehrt worden sind und daß die ausgegebenen Protestzettel von den Beamten entgegenzunehmen sind. Heute ist aber der letzte Termin; wer sich noch nicht seines Wahlrechts vergewissert hat, tue das schleunigst.

•

Dem Berliner Magistrat zur Nachahmung

zu empfehlen ist das Verfahren des Magistrats zu Charlottenburg, der die **Drucklegung der Wählerlisten** zur Landtagswahl beabsichtigt. Die Auslegung der Wählerlisten für Charlottenburg erfolgt vom 10.—12. Mai.

Die Drucklegung der Wählerlisten ist durchaus kein Novum. Verschiedene Städte haben diese Maßnahme getroffen und sie hat sich überall aufs beste bewährt. Warum entschließt sich nicht endlich auch der Berliner Magistrat zu diesem Schritt?

•

Aus dem Landtagswahlkreise Rixdorf-Schöneberg.

Rixdorf. Die Wahlleiter und Hausbesteller werden dringend ersucht, in der heutigen Generalversammlung zu erscheinen, da in derselben äußerst wichtige Mitteilungen gemacht werden.

Die Wählerlisten werden am 2., 3. und 4. Mai an fünf Stellen in Rixdorf ausliegen. Die Veröffentlichung dieser Stellen wird morgen stattfinden.

Die Wähler sind darauf hinzuweisen, daß auf Anordnung des Ministers durch die Behörde der vorjährige Steuersatz in Anrechnung gebracht wird. Da diese Maßnahme zu unserem Schaden ausschlägt, ist es Pflicht jedes Urwählers, hiergegen zu protestieren.

Alle Anfragen sind an den Obmann des Wahlkomitees A. Pagels, Neckarstr. 2, im Laden zu richten.

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung des Verbandes, in welcher die Kandidaten zum preußischen Landtage aufgestellt werden sollen, findet am Sonntag, den 17. Mai, 12 Uhr mittags, statt. Das Nähere wird noch im „Vorwärts" und „Mitteilungsblatt" bekannt gegeben. Der Zentralvorstand.

Rixdorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins hiermit zur Kenntnis, daß am heutigen Dienstag, den 28. April, in Hoppes Festsälen die Generalversammlung stattfindet. Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung darf niemand fehlen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute, Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr, findet im Volkshause eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Landtagswahlen". Referent Genosse Eduard Bernstein.

Genossen! Beweist durch Massenbesuch dieser Versammlung Euer Interesse zur Sache. Das Landtagswahlkomitee.

Schöneberg. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am heutigen Dienstag, abends 8½ Uhr, der Genosse R. Fendel über das Thema: „Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" in der Wahlvereinsversammlung in den „Neuen Rathussälen", Meiningerstraße 8, referieren wird. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen notwendig. Der Vorstand.

Steglitz. Die Listen der 23 Urwahlbezirke liegen am 29. und 30. April und am 1. Mai von 8—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags im Rathaus, Zimmer 21 zu jedermanns Einsicht aus.

Friedenau. Die Urwählerliste des 1.—12. Urwahlbezirks zur Landtagswahl liegt am 29. und 30. April sowie im 1. Mai d. J. von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends im Gemeindeamt, Feurigstraße 8, Zimmer 3, aus. Einsprüche gegen die Vollständigkeit der Liste müssen innerhalb 3 Tagen mündlich oder schriftlich erfolgen. Heute, Dienstag, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Allseitige Beteiligung unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Tempelhof. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am heutigen Dienstag, abends 8½ Uhr, im Lokale von M. Müller, Berliner Straße 41—42, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Pusemann über: „Bildungspolitik"; 2. Bericht des Vorstandes; 3. Anträge; 4. Ergänzungswahl des Vorsitzenden. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen dringend notwendig. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. In der heute, Dienstag, bei Speer stattfindenden Generalversammlung werden die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht und Abrechnung vom 1. Quartal; 2. Wahl eines Zeitungsspediteurs für Baumschulenweg; 3. die Urwahlbezirkseinteilung; 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Rummelsburg. Heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, spricht Genosse Stadtverordneter Borgmann in der bei Weigel stattfindenden Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins über die bevorstehenden Landtagswahlen, ferner findet die Wahl des ersten Kassierers sowie zweier Revisoren statt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. Der Vorstand.

Johannisthal. Die Wählerliste für die Landtagswahl ist für den 1. Bezirk, umfassend die Roonstraße, Köpenicker Straße und Friedrichstraße 9—48, bei A. Gabin, für den 2. Bezirk, umfassend die Friedrichstraße 1—8 und 49—64, Kaiser-Wilhelm-Platz, Kaiser-Wilhelm-Straße, Moltkestraße und Bismarckstraße, bei Barbier H. Schecker einzusehen.

Köpenick. Heute abend 8 Uhr Versammlung des Wahlvereins im „Stadttheater"; Referent Genosse Fritz Zubeil. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Heute, Dienstag, den 28. d. M., abends 8½ Uhr, findet in „Neu-Carlshof", Beuth-, Ecke Charlottenstraße, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dentzer über die Wahltechnik zu der bevorstehenden Landtagswahl. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Genossen, agitiert für guten Besuch dieser Versammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Pankow. Heute Dienstag, abends ½9 Uhr, finden zwei öffentliche Versammlungen im „Gewerkschaftshaus", Kaiser-Friedrich-Straße 12, und im „Gesellschaftshaus", Kreuzstr. 3/4, statt. Tagesordnung: Vortrag über: „Die Sozialdemokratie und die Landtagswahlen". Referenten sind die Genossen Hetzschold und Heinig. 2. Diskussion. Regen Besuch erwartet Das Wahlkomitee.

Friedrichshagen. Die Urwählerlisten liegen vom 28. bis 30. April auf dem Rathaus, Zimmer 13, von 8 bis 3 Uhr zu jedermanns Einsicht aus. Wer verhindert ist, die Listen einzusehen, möge sich an folgende Genossen wenden, welche bereit sind, die Einsichtnahme zu übernehmen: Reinhold Schmidt, Restaurateur, Wilhelmstr. 53; August Singuhr, Restaurateur, Seestr. 36; Eckert, Geschäftsführer des Konsumvereins, Friedrichstr. 98.

Berliner Nachrichten.

Der Klingelbeutel geht um!

Uns flattert ein ergötzliches Bildchen auf den Redaktionstisch. Horizontal ein fingerdicker Stab mit einem wollenen Trichter an dem einen Ende und an dessen Spitze eine dicke Troddel. Wie ein Netz siehts aus. Es ist jenes Netz, in dem gläubige Fischlein gefangen werden sollen, die der naiven Meinung leben, daß für blankes Geld der Himmel zur Not schon auf Erden und ganz sicher im Jenseits zu haben ist. Auf gut Deutsch und höchst gemeinverständlich nennt mans Klingelbeutel. Und an diesem Beutel klebt auf besagtem Bilde nicht etwa der Küster, der mit solchem katholischen Goldfischnetz so fürtrefflich zu angeln versteht, daß auch der hartnäckigste Beter seufzend in die Tasche greifen muß, sondern zu größerem Nachdruck der Hochwürdige in höchsteigener Person. Man ist ja von der alleinseligmachenden Kirche im Punkte des Nehmens manchen starken Tabak gewöhnt, aber der Herr Pfarrer Jedorzek aus Nauen bei Berlin als Momentphotographie mit dem Klingelbeutel in der Hand — das raubt uns den letzten Rest von Glaubensmöglichkeit, daß die modernisierenden katholischen Geistlichen rings um Berlin ihr Geschäft nicht aus dem ff. verstehen könnten. Ein illustrierter Bettelbrief, gerichtet an katholische Herzen und an — evangelische Portemonnaies! Der Hauptwitz an der Sache ist nämlich der, daß mit dieser Bettelei auch Nichtkatholiken behelligt werden. Einem Protestanten, der mit der katholischen Kirche nicht das geringste zu tun hat, ist der Bettelbrief, gleich unter Beifügung eines Postanweisungsformulars, ins Haus geschickt worden. Man wird sich vielleicht mit einem „Versehen" herausreden wollen. An solches läßt sich indes nicht gut glauben, weil unter den zur Berappung anspornenden beigelegten „Privatzeugnissen" sich auch dasjenige eines Mannes befindet, der ausdrücklich seinen Protestantismus hervorhebt. Nach diesem klingenden Beispiel eines Andersgläubigen, der mit seiner Herzensregung doch wohl vereinzelt dasteht, nun gleich „aufs ganze" zu gehen, ist eine etwas gepfefferte Keckheit. Wie würden wohl die Katholiken sich in ihren allerheiligsten Gefühlen verletzt fühlen, wenn sie Geld hergeben sollten zum Bau einer evangelischen Kirche! Man hat es also hier offenbar mit einer ähnlichen Belästigung zu tun, wie sie in der Berliner Sebastiansgemeinde hinsichtlich der Eintreibung von Kirchensteuern bei Protestanten und sogar bei Juden zu so unliebsamen Scherereien und energischen Erörterungen geführt hat. Für die Art und Weise, wie der Herr Pfarrer Jedorzek über das Geld anderer Leute und über Schulden denkt, sind ein paar Druckzeilen aus seinem Bettelbrief höchst charakteristisch. Er sagt: „Um die Bauunkosten zu bestreiten, fehlen mir noch viele tausend Mark. Die Bauleute mahnen mich, drängen mich, bitten mich um ihr Geld, und ich habe keins mehr — die Baukasse ist erschöpft, der Klingelbeutel leer. War das nicht ein unverantwortlicher Leichtsinn von mir, unter solchen Umständen mit dem Bauen anzufangen?" Natürlich war es kein Leichtsinn, keine jämmerliche Pumpwirtschaft, sondern der — Eifer für das Heil der Seelen. Vielleicht sind die unbezahlten Baulieferanten auch Protestanten. Denn katholische Lieferanten pflegen in solchen Dingen eine gute Nase zu haben, wo vorläufig nichts zu holen ist. Daß den protestantischen Geldspendern noch extra das Lesen einer katholischen Messe für sie versprochen wird, ist der Gipfel der Ungeniertheit.

Submissionsblüten. Ganz eigenartige Resultate kamen bei der Submission zutage, welche die VII. Stadtbauinspektion Berlin am 23. April d. J. zur Vergebung von Pflasterarbeiten veranstaltet hatte. Im ganzen hatten 28 Steinsetzfirmen Offerten abgegeben. Die neun niedrigsten Angebote lauteten über 51 588 M. bis 76 413 M. Dann kamen 15 Firmen, von denen jede genau 80 141 M. herauskalkuliert hatte. Ein sehr merkwürdiger Zufall.

Geben derartige „Submissionsresultate" — die durchaus nicht vereinzelt, nur nicht immer so auffällig sind — unseren Behörden keinen Anlaß, sich mit der Einführung der Eigenregie zu befreunden? Die letzten vier Angebote bewegten sich zwischen 81 748 bis 96 099 M.

Ein neuer Omnibustarif! Die Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft will noch mal einen Versuch mit einem abgeänderten Tarif machen. Die Fahrscheinhefte mit fünf Coupons zu 30 Pf. sollen wegfallen, wie die Direktion der Gesellschaft den Angestellten mitgeteilt hat. Es soll an deren Stelle ein Fünfpfennigsatz, aber für gekürzte Strecken, ganz so wie beim ersten neuen Tarif, treten. Der 7 Pfennigpreis soll auf längeren Teilstrecken Geltung haben. Für ganze Strecken soll es bei den alten 10 Pf. bleiben. Ein Termin für Einführung dieses neuen Tarifes ist noch nicht festgesetzt worden.

Um das Tempelhofer Feld. Eine für die bauliche Entwickelung bedeutungsvolle Nachricht geht dem „B. T." zu: Das Kriegsministerium verhandelt mit der Stadt Berlin seit dem vorigen Jahre über den Verkauf des westlichen, kleineren Teiles des Tempelhofer Feldes. Das Kriegsministerium hat bereits durch drei Sachverständige, zwei zivile und einen militärischen, den Wert des in Betracht kommenden Geländes schätzen lassen. Von den Schätzungen der Experten, die unabhängig voneinander arbeiteten, hat das Kriegsministerium den Durchschnittswert ermittelt und diesen den Verhandlungen zugrunde gelegt. Dem Kaiser ist bereits Vortrag über die Angelegenheit gehalten worden; er hat sich nach anfänglichem Widerstreben aus militärischen Gründen prinzipiell mit dem Verkauf des westlichen Tempelhofer Feldes einverstanden erklärt.

Das in Betracht kommende Teilstück des Tempelhofer Feldes umfaßt nahezu 140 Hektar, und die Forderung des Fiskus beläuft sich auf **125 Millionen Mark.**

Trotz des hohen Preises, den das Kriegsministerium für das in Frage stehende Terrain fordert, werden die Verhandlungen zwischen den Kommissaren des Berliner Magistrats und denen des Militärfiskus fortgesetzt. Daneben besteht im Magistrat noch ein anderer Plan, der dahin geht, das Tempelhofer Feld samt der Gemeinde Tempelhof einzugemeinden, ohne das Gelände zu erwerben.

Der Militärfiskus verhandelt, wie wir vor einiger Zeit berichteten, außerdem mit einem privaten Finanzkonsortium über den Verkauf des Aufmarschgeländes.

Hülflos umgekommen!

Ein Todesfall, von dem noch nicht feststeht, ob er auf eine Verunglückung zurückzuführen ist oder ob es sich dabei um ein Verbrechen handelt, hat sich auf dem Grundstück Palisadenstraße 75 ereignet. Bei Bewohnern des Hauses hat er große Erregung hervorgerufen, auch wegen eines besonderen Umstandes, der als Beitrag zur Hülfsbereitschaft der Polizei registriert werden muß. Leider erhalten wir von dem ganzen Vorgang erst jetzt Kenntnis.

Am Donnerstag vor 7 Uhr morgens beobachteten Hausbewohner, wie ein gut gekleideter fremder Mann, der schwer betrunken zu sein schien, von einem anderen ihnen gleichfalls fremden Manne, der offenbar nüchtern war, auf den Hof des Grundstücks gebracht und in eine Retirade hineingeschoben wurde. Der Nüchterne ließ den „Betrunkenen" in der engen Bude liegen, ging zum Brunnen und entfernte sich dann. Später kam er noch einmal wieder, schaute in die Bude hinein, in der der „Betrunkene" zusammengesunken war und zu schlafen schien, und entfernte sich wieder. Nicht lange danach wurde von der Portierfrau der „Betrunkene" in der Bude aufgefunden. Zusammen mit dem Hausverwalter schafften Arbeiter ihn heraus und trugen ihn in den Hausflur, ohne daß er dabei zum Bewußtsein gekommen wäre. Sodann wurde durch einen Boten die Polizei benachrichtigt und um Beistand gebeten.

Nach einiger Zeit kamen denn auch vom benachbarten Bureau aus der Großen Frankfurter Straße zwei Schutzleute, aber keiner sorgte dafür, daß dem Hülflosen die notwendige Hülfe zuteil wurde. Die Beamten hielten den Mann für betrunken und gaben den Rat, ihn vor allem ausschlafen zu lassen. Einer der Beamten soll sogleich die Aeußerung getan haben, das sei wohl ein Tischler, auf dem Grundstück seien ja viele Tischler beschäftigt, die könnten ja für die Fortschaffung ihres Genossen sorgen. Ein Ohrenzeuge erwiderte dem Beamten, er könne doch nicht wissen, ob's nicht am Ende ein Genosse von ihm selber, ein „Patriot", sei. Es wird uns versichert, das alles sei noch vor 9 Uhr gewesen. Im Hause wußte man nicht, was man mit dem immer noch bewußtlosen Mann anfangen sollte. Er war offenbar krank, denn er röchelte schwer. Die Erregung der Hausbewohner steigerte sich immer mehr. Inzwischen kam auch wieder mal ein Schutzmann, um nach dem „Betrunkenen" zu sehen, und endlich wurde dann von ihm doch eine Droschke besorgt und der Mann hineingetragen. Das soll etwa um ¾10 Uhr vormittags gewesen sein, also etwa ¾ Stunden nach Benachrichtigung der Polizei. Als man schließlich mit dem „Betrunkenen" im Krankenhause ankam, ergab sich, daß er **bereits tot** war.

In dem Verstorbenen wurde später der Restaurateur Hermann Haugk erkannt, der in Friedrichshagen (Friedrichstraße 74) gewohnt hatte. Haugk war am Mittwoch nach Berlin gefahren, um einzulaufen. Vergeblich wartete seine Frau auf seine Rückkehr. Als er auch am Donnerstag nicht wiederkam, fuhr sie am Freitag selber nach Berlin, fragte auf dem Polizeipräsidium an, ob er verunglückt sei, und legte dabei auch seine Photographie vor. Zunächst konnte die Polizei noch keine Auskunft geben. Erst hinterher erhielt Frau Haugk die Mitteilung, daß ihr Mann verstorben sei und im Leichenschauhause liege. Dort wurde er dann von der Frau erkannt. Ob Herr Haugk einen Unfall erlitten hat oder das Opfer eines Verbrechens geworden ist, das bedarf noch der Aufklärung. Er soll an den Händen und am Kopf Verletzungen gehabt haben, die von Schlägen, aber vielleicht auch von einem Unfall herrühren können. Wo er in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag geweilt hat, weiß man nicht. Auch das ist noch in Dunkel gehüllt, welche Rolle der „hülfreiche" Unbekannte gespielt hat, der ihn in die Retirade hineinschob. Bei der Leiche sollen das Portemonnaie, die Uhr und andere Wertsachen nicht gefunden worden sein.

Der Aufklärung bedarf auch das noch, warum die Polizei den Mann erst nach so langem Zögern weggeschafft hat. In der Bevölkerung wird kaum jemand daran zweifeln, daß die Polizeibeamten die Pflicht hatten, sich des Hülflosen sofort anzunehmen, und zwar auch dann, wenn er etwa wirklich nur betrunken war. Auch ein Betrunkener befindet sich unter Umständen in Lebensgefahr, und es widerspricht dem Gebot der Menschlichkeit, ihn ohne Hülfe liegen zu lassen. Mancher wird fordern und erwarten, daß die Polizei sich über ihre eigene Mitwirkung bei diesem Vorkommnis amtlich äußere. Wir erwarten das nicht.

Sie kennt Geld.

Unter dem vielversprechenden Namen: Bund zur Aufklärung von Deutschlands Frauen und Mädchen, veranstaltet die Privatgelehrte Minna Kube in verschiedenen Lokalen Berlins eine Anzahl Vorträge, denen sie recht pikante Titel zu geben weiß. Die Vorträge sollen sich erstrecken über das Liebesleben der Frau, über die Ehe, über den Kindersegen, über die 30 Schönheiten des Weibes und dergl. mehr. Mit diesen Vorträgen macht die Veranstalterin ein recht gutes Geschäft. In den Zeitungen wird angekündigt, daß der Eintritt nicht weniger denn 50 Pf. pro Person kostet; kommt man aber zu dem Vortrag, so muß man wahrnehmen, daß eine Hälfte des Saales für Marksplätze reserviert ist. Das steht mit den Ankündigungen in krassem Widerspruch. Auch nach verschiedener anderer Richtung hin weiß Minna Kube Geld zu machen. So teilt sie in ihren Vorträgen mit, wer sich über diese oder jene Frage näher informieren will, möge die betreffenden Schriften von — Minna Kube nachlesen. Man muß es der Dame lassen: Sie kennt Geld!

Von einem Hunde zerfleischt. Der achtjährige Sohn Franz des im Hause Gaudystraße 8 wohnhaften Buchhalters Franz Küsel überstieg Sonntag vormittag den Zaun des Exerzierplatzes in der Schönhauser Allee und tummelte sich auf dem Platze nahe der einsamen Pappel umher. Plötzlich kam der große, frei und ohne Maulkorb umherlaufende Wachhund des Exerzierplatzwächters Heinrich Köhler angerannt, fiel über den Knaben her und verletzte ihn schwer durch Bisse in die rechte Wade. Der Knabe konnte sich noch nach der elterlichen Wohnung schleppen, von wo ihn seine Mutter sogleich mittels Droschke nach der nahen Unfallstation II schaffte. Hier legte man ihm den ersten Verband an und sorgte für seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhause. Gegen Köhler ist sogleich Strafantrag gestellt worden.

Zu dem Mordanschlag in der Anhaltstraße, wo, wie wir berichteten, in der Nacht zum ersten Osterfeiertag der Küchenchef Bülow von dem Kochlehrling Willi Rütting angeschossen und schwer verletzt wurde, wird uns mitgeteilt, daß B. im Krankenhaus am Urban seinen Verletzungen erlegen ist. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht worden, wo die gerichtliche Obduktion stattfinden wird. Gegen den jugendlichen Attentäter dürfte andernfalls die Anklage wegen Totschlages erhoben werden.

Aus Furcht vor dem Gefängnis hat, wie wir am Donnerstag berichteten, die 21jährige Arbeiterin Gertrud Toll einen schrecklichen Selbstmordversuch begangen, indem sie im Tiergarten ihre Kleider in Brand steckte. Mit schweren Brandwunden bedeckt wurde die Bedauernswerte nach der Charité gebracht. Als Ursache zu diesem Schritt gaben wir Furcht vor dem Gefängnis an. Damit hat es, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, folgende Bewandtnis. Frl. T. hatte sich an eine kluge Frau gewandt um Hülfe zur Abwendung von Folgen eines Liebesverhältnisses. Das war herausgekommen und Frl. T. wurde deshalb angeklagt und zu acht Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Strafe sollte am Osterheiligabend angetreten werden. Frl. T. war verzweifelt über diese harte Strafe und äußerte: Lieber in den Tod als ins Gefängnis. Verwandte suchten das Mädchen zu beruhigen mit dem Hinweis, daß die Zeit doch auch vorübergehe und überredeten es, doch die Strafe abzumachen. Das wollte die T. schließlich auch, und sie begab sich am Ostersonnabend mit einer befreundeten Frau nach dem Frauengefängnis in der Barnimstraße. Kurz vor 3 Uhr nachmittags kamen beide da an. Eine Angestellte des Gefängnisses öffnete die dortige Gittertür und frug, was die beiden wollten. Daraufhin wurde der Gefängnisangestellten geantwortet, daß Frl. T. ihre Strafe antreten wollte. Diese Angestellte schnauzte hierauf zunächst das Mädchen an, warum es denn nicht früher gekommen sei, worauf entgegnet wurde, daß auf der Aufforderung zum Strafantritt doch stände: zwischen 9—3 Uhr. Alsdann schnauzte der weibliche Beamte in Unteroffizierston: „Na, denn marsch ins Zimmer." Frl T. war von diesem Ton so betroffen, daß es der begleitenden Frau St. weinend um den Hals fiel, worauf die Angestellte nach ihr zu schlagen versuchte, aber nur den Hut der Frau St. traf. Währenddem kam eine andere Frau aus einer Tür und zu der gewendet meinte die Aufsichtsperson: „Sehen Sie sich doch einmal die dumme Zöhre an." Schließlich stellte es sich heraus, daß kein Platz vorhanden war und Frl. T. wurde angewiesen, sich in Moabit einzufinden und dort die Strafe anzutreten. Das wollte das Mädchen anfänglich und begab sich am 3. Feiertage dorthin. An der Tür angelangt, erinnerte es sich der schönen Behandlung in der Barnimstraße und entschloß sich, lieber aus dem Leben zu scheiden, als sich unter solchen Umständen ins Gefängnis zu begeben. Sie ging in ihrer Verzweiflung in den Tiergarten und suchte sich auf oben geschilderte Wese das Leben zu nehmen.

Wr haben rein referierend den uns vorgetragenen Sachverhalt wiedergegeben. Sache der zuständigen Behörde ist es, sich einmal die Zustände im Frauengefängnis näher anzusehen. Es ist schon genug, wenn irgend jemand das Unglück hat, mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen und seiner Freiheit beraubt zu werden. Dazu kann man heute leicht einmal kommen; aber Protest muß erhoben werden gegen die Art, wie hier eine Angestellte sich benahm. Hierzu hatte sie kein Recht, auch dann nicht, wenn es sich um eine Prostituierte gehandelt hätte, die hier in der Mehrzahl die Insassen stellen .

Opfer fallen . . .

Ueber den Betriebsunfall in der Eisengießerei und Maschinenfabrik Cyklop in der Pankstraße 15, bei dem dieser Tage ein Former getötet und ein anderer schwer verletzt wurde, wird uns geschrieben: Die beiden Former Röder und Knieling hatten eine Pumpe geformt und waren dabei, den Formkasten, welcher 2400×2000×300 Millimeter groß und zirka 60 bis 70 Zentner schwer war, vom Trockenkammerwagen nach ihren Platz zu transportieren, um denselben zum Gießen vorzurichten. Dort angekommen, hatten sie an der Unterseite des Kastens noch Kerne zu befestigen. Bei dieser Arbeit geschah das Unglück. Der Kasten hing an einem Kreuzbalanzier am Krane. Zum Transport waren sogenannte Klauen benutzt worden. Diese sind zum Kasten- und Gußtransport immer im Gebrauch, andere Hülfsmittel stehen nicht zur Verfügung. Diese Klauen waren weder gerippt noch spitzwinklig, sondern mehr rechtwinklig. Irgend ein Nachprüfen dieser Transportmittel von seiten der Leitung kennt man nicht, sie werden solange benutzt, bis sie zerbrechen. Dazu kommt, daß der schwere Kasten gedreht werden mußte. Der Kranhaken ist aber in einem solchen Zustande, daß er sich nur mit großer Anstrengung drehen läßt. Der Betriebsleitung mußte das bekannt gewesen sein, es war ihr schon verschiedentlich gemeldet worden. Auch an dem Zahnrad, in welchem sich die Zugkette bewegt, fehlte eine große Anzahl Zähne. Das war dem jungen Herrn Behrend berichtet worden, ohne daß Abhülfe erfolgte. Es wird angenommen, daß bei dem Drehen sich eine Klaue verschoben hatte, nachgab und so das Unglück herbeiführte. Bemerkt sei noch, daß die zu dieser Arbeit notwendigen Hülfsmittel, wie Böcke, in einem Zustande sind, daß sie nicht gebraucht werden können.

Dieser Unfall steht nicht vereinzelt da. Erst am 8. April hat sich ein anderes Unglück in diesem Betriebe ereignet, und zwar unter folgenden Umständen: In der Nähe der Dreherei läuft ein Drahtseil ohne Schutz, obwohl unter demselben gearbeitet wird. Am genannten Tage zerriß das Seil, und zwar mit einem solchen Krach, daß die Arbeiter glaubten, das Dach komme herunter. Die Seilenden schlugen mit großer Gewalt neben zwei darunter Beschäftigte nieder, alles, was nicht niet- und nagelfest war, mit fortreißend. Das Seil ist geflickt worden und läuft heute noch genau so ohne Schutz weiter, jedenfalls solange, bis ein größeres Unglück passiert.

Acht bis zehn Tage vor diesem Vorkommnis wurde ein Hülfsarbeiter von einem großen Formkasten (2300×1500 Millimeter), welcher demselben auf den Leib fiel, schwer verletzt; er liegt heute noch im Krankenhaus. Die Hülfsarbeiter fangen früh 6 Uhr an und müssen Aufräumungsarbeiten ohne besondere fachmäßige Aufsicht verrichten. Bei dieser Arbeit war der Kasten umgestürzt. Als um 7 Uhr die übrigen Arbeiter kamen, schaffte man schon der ersten Schwerverletzten fort. 14 Tage vor diesem Unfall verunglückten zwei Arbeiter, einer schwer, der andere leicht, durch das Herabfallen.

Es bestehen in diesem Betriebe noch zahlreiche andere Mißstände, wodurch die Arbeiter in schweren Gefahren schweben. Das Material, das die Arbeiter brauchen, läßt viel zu wünschen übrig. Die Aufräumungsarbeiten können nicht exakt ausgeführt werden, weil an Arbeitskräften gespart wird und wodurch natürlich die Arbeiter in größte Gefahr geraten. Die Preise werden herabgesetzt, Ueberstunden eingeführt, Umstände, die den Arbeiter zur größeren Hast antreiben und die ihn notwendigerweise an seine eigene Sicherheit weniger denken läßt.

Jetzt, nach dem Unfall, wird alles in Ordnung gemacht. Ketten, Klauen usw. werden nach der Schmiede geschafft, Böcke werden angefertigt und die notwendigen Hülfswerkzeuge werden wieder ohne Schein herausgegeben. Ein Beweis dafür, daß die Leitung sehr wohl weiß, wie es in einer Gießerei aussehen müßte, in der man genügend für den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter sorgt.

So geht's aber immer. Erst müssen Menschenleben zum Opfer fallen, ehe daran gegangen wird, wenigstens die dringendsten Mißstände abzustellen. Es wäre Sache der Staatsanwaltschaft, die Frage zu erörtern: Wer trägt die Schuld an dem Tode des Formers K. und an dem schweren Unfall des zweiten Arbeiters? Gegen die Schuldigen einzuschreiten, ist ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit.

Von einem Eisenblock erschlagen. Bei einem schrecklichen Unglücksfall hat der 29 Jahre alte Kutscher Wilhelm Zittow den Tod gefunden. Z. hatte von seinem Arbeitgeber den Auftrag erhalten, eine Fuhre Kupfer nach den Borsigwerken zu befördern. Am Sonnabendabend langte er mit dem Fuhrwerke an dem Ziel an und in unmittelbarer Nähe des großen Trägerkrans hielt er mit dem Gefährt an, um an den Pferdegeschirren etwas in Ordnung zu bringen. Er achtete dabei nicht auf den mächtigen Hebekran, der gerade einen hundert Zentner schweren Block transportierte. Z. wurde von dem Block so unglücklich am Kopf getroffen, daß er leblos zusammenbrach. Der Bedauernswerte war auf der Stelle tot.

Wegen einer verheerenden Gasexplosion, bei der zum Glück Personen nicht verletzt worden sind, wurde in der Nacht zum Sonntag die Feuerwehr nach der Muskauer Straße 4, nahe der Kaserne des 3. Garderegiments alarmiert. Als die Feuerwehr erschien, war die Straße schon voller Menschen. Trümmer bedeckten den Straßendamm. Das Mehl- und Kolonialwarengeschäft von F. Flegel war der Schauplatz der Explosion, deren Entstehung noch nicht ganz aufgeklärt ist. Sie erfolgte um 2 Uhr, als die Hausbewohner im tiefsten Schlafe lagen. Vermutlich ist die Gasleitung in der Küche hinter dem Laden nicht vorschriftsmäßig geschlossen worden, so daß in der Nacht unbemerkt große Mengen Gas entströmen und sich schließlich entzünden konnten. Das Schaufenster des Kolonialwarengeschäfts samt der Auslage und den eisernen Rolljalousien wurden auf die Straße geschleudert, die Wände nach der angrenzenden Wohnung eingedrückt; Schränke, die an den Wänden standen, wurden umgestürzt und Möbel usw. durcheinander geworfen. Bilder und Spiegel wurden beschädigt, Fensterscheiben und Türen demoliert. Die Hausbewohner stürzten entsetzt aus den Wohnungen, weil anfänglich niemand recht wußte, was eigentlich los war. Die Feuerwehr beruhigte die Bewohner, sperrte sofort das Gas ab und löschte die Flammen im Entstehen. Das Schaufenster wurde notdürftig mit der Jalousie wieder verschlossen und die Fenster und Türen nach dem Hofe heraus mit Brettern vernagelt. Der Schaden ist erheblich und eine Ermittelung nach der Ursache eingeleitet.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltete am Freitag im Bürgersaale des Rathauses einen Vortragsabend, der außerordentlich stark besucht war. Geh. Medizinalrat Prof. Neißer hielt einen Vortrag über: „Die Bedeutung der neueren Syphilisforschung für den Kampf gegen die venerischen Krankheiten." Die Schwierigkeiten, die sich bisher dem Studium der Syphilis entgegenstellten, beruhten vor allem darin, daß man den Krankheitserreger nicht kannte und daß man, da kein für Syphilis empfängliches Tier zu existieren schien, nicht durch das Tierexperiment die Beobachtungen am Menschen kontrollieren und erweitern konnte. Beides ist in den letzten Jahren gelungen. Als Syphiliserreger ist durch den Zoologen Schaudinn die Spirochaete pallida entdeckt worden, die sich überall findet, wo Syphilis in irgendeiner Form vorhanden ist. Man kann also aus der Anwesenheit von Spirochaeten Syphilis diagnostizieren, während man früher keine sicheren Anhaltspunkte für die Diagnose hatte. Nicht minder wichtig ist die Entdeckung der Pariser Forscher Metschnikoff und Roux, daß die Syphilis auf Menschenaffen übertragbar sei. Die spätere Feststellung, daß sie auch auf die in den Tropen ungemein häufigen — sogar als Raubzeug verfolgten — niederen Affenarten übertragen werden kann, war für die praktische Weiterforschung von entscheidender Bedeutung, da immer sehr große Versuchsreihen von hunderten geimpfter Tiere nötig sind zur Aufklärung von Fragen wie Ansteckungsempfänglichkeit, Art der Uebertragung, Dauer der Krankheit, Heilmittel usw. Neißer selbst hat in Java durch zweieinhalb Jahre an einem sehr zahlreichen Affenmaterial umfassende Versuche gemacht, die eine Reihe wertvoller Aufschlüsse für die Prophylaxe und die Behandlung der Syphilis gegeben haben. Als dritte Entdeckung von außerordentlicher Tragweite kam nun im letzten Jahre die Serodiagnose der Syphilis durch Geheimrat Wassermann hinzu. Dieser wies mittelst einer sehr komplizierten Untersuchungsmethode im Blutserum von Syphilitikern charakteristische (unzutreffend Antikörper benannte) Stoffe nach. Es ist damit die Möglichkeit gegeben, in einem ganz frühen Stadium, bevor, und ebenso in späteren Zeiten, lange nachdem äußere Anzeichen auf Syphilis deuten, zweifellos festzustellen, daß versteckte Herde der Krankheit im Körper sein müssen, auch wo jede Infektion geleugnet wird.

Ist durch diese Entdeckungen eine große Sicherheit und Frühzeitigkeit der Diagnose erreicht, so haben die Tierexperimente dazu geholfen, viele strittige Fragen der Syphilistherapie und Prophylaxe zu lösen und das Wesen der Krankheit zu erkennen. Wir wissen jetzt, daß es nicht verschiedene Syphilisgifte gibt, sondern nur verschiedene individuelle Disposition; daß es keine Immunität a priori gegen Syphilis gibt, sondern daß man während der Dauer der Krankheit für eine Neuinfektion nicht empfänglich ist; daß außerhalb des Körpers das Syphilisgift in zwei bis drei Stunden abstirbt, und daß daher große Reinlichkeit, reichliche Anwendung von Wasser und Seife und Desinfektionsmitteln zur Verhütung der Ansteckung von größter Wichtigkeit ist; daß außer dem Quecksilber auch Atoxyl, Jod und neuerdings Chinin gute Erfolge gezeitigt haben, doch müssen die Nebenwirkungen der letzteren noch näher studiert werden. Forschung und Erfahrung sind noch lange nicht abgeschlossen, aber sie gehen weiteren Erfolgen entgegen.

Eine ausgedehnte Betriebsstörung auf der Stadtbahn wurde Sonntag nachmittag durch einen Maschinendefekt herbeigeführt, von welchem die Lokomotive eines über die Stadtbahn verkehrenden Potsdamer Zuges betroffen worden war. Da sich der Unfall gegen 3 Uhr nachmittags ereignete, zu einer Zeit, als der Hauptausflugsverkehr einsetzte, wurde eine weitgehende Betriebsstörung herbeigeführt. Der gesamte Verkehr nach den westlichen Vororten, nach dem Grunewald und Westend, sowie der Süd- und Nordringverkehr war dadurch für längere Zeit lahm gelegt und auf den Bahnhöfen sammelten sich ungeheure Menschenmassen an. Da die vom Lehrter Bahnhof abgesandte Reservemaschine von dem Gleis B nach dem Gleis A hinüber rangieren mußte, so wurde auch die entgegengesetzte Richtung von der Störung in Mitleidenschaft gezogen, und auf der gesamten Stadt- und Ringbahnstrecke blieben die Züge vor allen Blockstationen längere Zeit liegen. Die eigentliche Störung dauerte über eine halbe Stunde, doch währte es noch längere Zeit, ehe der Betrieb wieder ordnungsgemäß durchgeführt werden konnte.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam gestern vormittag um 11 Uhr in der Utrechter Straße 2 an der Müllerstraße zum Ausbruch. Weithin waren die Flammen und der Qualm sichtbar. Viermal wurde die Feuerwehr von verschiedenen Seiten alarmiert. Die 4. Kompagnie rückte sofort mit vier Zügen aus und griff mit fünf Schlauchleitungen von Dampfspritzen über die bereits verqualmten Treppen und mehreren mechanischen Leitern mit Erfolg an. Es gelang nach längerer Tätigkeit, die angrenzenden Gebäude zu schützen und die Flammen auf dem Dachstuhl des Hauses Utrechter Straße 2, der nicht mehr zu retten war, zu beschränken. Nach den Angaben der Hausbewohner soll das Feuer an mehreren Stellen ausgekommen sein und vorsätzliche Brandstiftung vorliegen.

Radrennen in Treptow. A. Stellbrink, Sieger im 100-Kilometer-Rennen, das war das Ergebnis des langen Rennens. Vom Start ab die Spitze nehmend, legte er seinen Gegnern ein solches Tempo vor, daß diese sich willenlos beugen mußten und auch die Bahnrekords zum Teil eine Verbesserung erfuhren. Schon vom 20. Kilometer ab verbesserte Stellbrink die Zeit (15 Min. 51⅕ Sek., bisher 16 Min. 00⅗ Sek.), ebenso vom 30. Kilometer (23 Min. 32⅖ Sek., bisher 23 Min. 43⅘ Sek.). Nun erlitt Stellbrink in der 112. Stunde, nachdem er seinen Gegnern Rosenlöcher, Schulze und Hoffmann abermals eine Runde abgenommen, Reifenschaden und war gezwungen, das Rad zu wechseln. Der hierdurch entstandene Zeitverlust wurde indessen bald wieder gut gemacht und gegen den Schluß des Rennens stellte Stellbrink abermals neue Rekords auf, so daß er die 100 Kilometer lange Strecke in 1 Stunde 21 Minuten 40⅘ Sekunden (bisher 1 Stunde 23 Minuten 26 Sekunden) zurücklegte. Rosenlöcher endete 2570 Meter, Schulze 7980 Meter und Hoffmann 21,670 Meter zurück. — Rosenlöcher spielte keine gute Rolle und setzte dem Sieger keinerlei Widerstand entgegen. Ebensowenig war Schulze imstande, dem Tempo zu folgen und auch er ließ sich unzählige Male überrunden. Hoffmann war vom Beginn ab Statist und als er später noch von seiner Maschine im Stich gelassen wurde, war es um ihn geschehen. — Zwei Fliegerrennen vervollständigten das Programm und führten starke Felder an den Start. Im Handicap siegte Thiem (100 Meter) vor Trinks (110 Meter), F. Stellbrink (80) und Götze (50 Meter), während das Prämienfahren mit einem ganz knappen Siege von Pawke vor Rabe endete, denen Rudel und v. Natzmer folgten. Prämien erhielten: Gaugetz vier, Schmittchen zwei, Pawke, Rudel, Voigt und Rabe je eine. — Sämtliche Rennen verliefen ohne Unfall.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 29. April, abends 7½ Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Irrgang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Emmy Collin-Haberlandt (Sopran), Herrn Robert Maitland (Barytton) und Herrn Hjarmar Gerhardt (Cello). Unter anderem große Orgelsonate Psalm 94 von Reubke. Der Eintritt ist frei.

Feuernachrichten. Auch in diesem Monat hat die Berliner Feuerwehr mehr als sonst ausrücken müssen. Nicht weniger als 385 mal wurde sie bereits alarmiert. Gestern früh hatte sie Alt-Moabit 44 einen Wohnungsbrand zu löschen, dann wurde ein Brand aus der Posener Straße 29 gemeldet. Abends um 7 Uhr brannte in der Lindenstraße 70 Leim in einer Buchbinderei. Um 9 Uhr abends liefen drei Alarme aus der Thaerstraße ein. Dort werden Kabel der B. E. W. gelegt. Ein solches Kabel brannte in einer Baubude vor dem Hause Nr. 14. Die Flammen schossen mächtig empor. Zum Glück wurde niemand verletzt, und konnte die Gefahr bald beseitigt werden .

Nachts um 11 Uhr wurde vor dem Hause Petersburger Straße 19 ein Mann von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und an den Beinen verletzt. Der Verletzte wurde auf der Unfallstation verbunden.

Um 1 Uhr nachts kam in der Brunnenstraße 122 in einer Tischlerei Feuer aus. Späne, der Fußboden, Balken u. a. mußten abgelöscht werden. Böswillig wurde die Wehr zweimal nach der Brunnenstraße 56 und Turmstraße 77 alarmiert. Am Platz vor dem Opernhause brannte ein Automobil, und in der Georgenkirchstraße 10 Polstermöbel u. a. in einer Tapeziererwerkstatt. Ferner entstanden Brände in der Frankfurter Allee 40, Reinickendorfer Straße 36, Ritterstraße 13 u. a Stellen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Zum Polizeipräsidenten von Schöneberg ist, wie amtlich gemeldet wird, nunmehr der Landrat Dr. Frhr. v. Lüdinghausen gen. Wolff aus Gumbinnen ernannt worden.

Rixdorf.

Die Wiedereröffnung der Erholungsstätte Königsheide (Station Baumschulenweg an der Görlitzer Bahn) findet auch in diesem Jahre am 1. Mai statt. Die Aufnahme erholungsbedürftiger Frauen, Mädchen und Kinder ist in der Geschäftsstelle des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose in Rixdorf, Richardstr. 118, Quergebäude 1 Treppe, nachzusuchen. (Sprechstunden Dienstags und Freitags von 3—4 Uhr.) Der tägliche Pflegesatz beträgt 55 Pf. für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder. Für diesen Betrag wird ein kräftiges Mittagbrot und 1 Liter Milch geliefert.

Steglitz.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich vorgestern vormittag hier ereignet. Die Arbeiterfrau Bohm war mit ihrem 11 Monate alten Kinde auf dem Arm ausgegangen und passierte den Marienfelder Weg, als sie plötzlich von dem Schneesturm überrascht wurde. Durch den heftigen Wind wurde ein hoher Bretterzaun, der jedenfalls durch die Stürme der letzten Woche gelockert war, umgerissen und die Frau mit dem Kinde wurde unter der schweren Last begraben. Der Unglücksfall war glücklicherweise von Anwohnern beobachtet worden, welche die B. sofort aus ihrer Lage befreiten und zu einem in der Nähe wohnenden Arzt brachten. Wie dieser feststellte, hatte das Kind eine schwere Schädelverletzung erlitten, während die Mutter mit leichteren Kontusionen davonkam.

Erkner.

„Die Wahlen zum preußischen Landtage" lautete das Thema, über das am Sonnabendabend in einer Volksversammlung Gemeindevertreter Genosse Dentzer-Waidmannslust referierte. Redner machte es sich hauptsächlich zur Aufgabe, die Verrätereien des Freisinns in scharfer Weise zu kennzeichnen. Gelegenheit dazu gab ihm das am 15. Mai in Kraft tretende, von den freisinnigen Blockbrüdern mit beschlossene Reichsvereinsgesetz. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte Redner die Frauen auf, nun auch von dem Recht, sich der politischen Organisation anzuschließen, regen Gebrauch zu machen. Gleichfalls erläuterte der Referent noch die Technik zu den Wahlen. In der Diskussion beteiligte sich ein Herr Roller (bürgerl. Demokr.) aus dem benachbarten Wilhelmshagen; er äußerte sich im Sinne des Referenten, und prophezeite, daß die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen besser als bisher abschneiden werde, da ja viele Wähler wegen des Verhaltens der Freisinnigen mehr für die äußerste Linke stimmen werden. Der Vorsitzende betonte, daß der Wahlkampf mit aller Schärfe geführt werden muß. Unsere Devise muß heißen: Wer nicht für uns ist, ist wider uns. Die Listen liegen am 28., 29. und 30. April aus, wer keine Zeit hat, gebe seine Adresse an, daß die Einsichtnahme erfolgen kann.

Zur Maifeier nehmen die Genossen an den Vormittagsversammlungen in Degebrodts Gesellschaftshaus teil; während sie nachmittags von 4 Uhr ab mit ihren Angehörigen zu einer Festlichkeit zusammenkommen.

Fredersdorf, Hoppegarten und Mahlsdorf.

Zeugen gesucht. Am 24. Januar d. J., nachmittags 5 Uhr, erfolgte zwischen den Stationen Hoppegarten und Mahlsdorf durch einen Revisionsbeamten der Eisenbahn die Feststellung eines Fahrgastes. Es wird der in dem betreffenden Coupé mitanwesende Fahrgast gebeten, zwecks Zeugenangabe seine Adresse an W. Timm, Boghagen, Böcklinstr. 10, II abzugeben.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde zu den vom Provinzialschulkollegium beantragten Untersuchungen zur Abhülfe der Ueberfüllung des Realgymnasiums ein Ausschuß gewählt. Ueber den Bau der Anschlußstrecke der Elektrischen Straßenbahn Charlottenhof—Wildpark konnte man sich nicht einig werden, da in letzter Stunde von Interessenten eine andere Führung der Strecke beantragt war. Bemerkenswert ist dabei, daß sich der neue Kostenanschlag für diese Strecke, die übrigens schon im Vorjahr bewilligt war, um zirka 90 000 M. höher stellt. Die Erhöhung ist zum größten Teile auf die gesteigerten Materialpreise für Steine, Schienen usw. zurückzuführen. Erhöhte Arbeitslöhne sollen zirka 6000 M. in Frage kommen. Durch die Erweiterung des Bollwerkes auf dem städtischen Grundstück Leipziger Straße 7 muß die dortige Badeanstalt eingehen. Es wird aber auf Antrag des Referenten beschlossen, nach Fertigstellung des Baues eine solche wieder dort einzurichten. Die Aerzte und das Wärterpersonal werden gegen Unfall resp. Todesfall bei einer Privatversicherungsgesellschaft in Köln versichert. Den Kindern in den zum Kreise Osthavelland gehörigen Gutsbezirken Sanssouci und Wildpark-Geisberg (zurzeit 24) wird

die gastweise Aufnahme in den hiesigen Gemeindeschulen bewilligt, soweit sie nicht bereits schon die für Beamten der Hofverwaltung reservierten Freistellen besetzt haben.

Selbstmord in Sanssouci. Gestern morgen entleibte sich auf einer Bank im Durchgange von der Lennéstraße nach dem Park Sanssouci ein etwa 50jähriger Mann. Der Lebensmüde trank Gift und wurde als Leiche gefunden. Im Krankenwagen wurde der Selbstmörder nach dem städtischen Krankenhause übergeführt. Seine Personalien sind noch nicht festgestellt.

Der zweite Vortrag des vom Bildungsausschuß arrangierten Zyklus „Ueber die politischen Parteien Deutschlands" findet am Mittwoch, pünktlich 8½9 Uhr, bei Ladenthin statt. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Vortragender ist Gen. J. Borchardt-Berlin.

Eine lobenswerte Tat vollbrachte gestern der frühere Töpfer Friedrich Kienert, Spornstr. 8 wohnhaft. Der seit langem kranke Mann war Augenzeuge, wie ein vierjähriger Knabe zwischen der Waisen- und Breiten Brücke in den hochgehenden Stadtkanal stürzte. Ohne Zögern sprang der Invalide dem Knaben nach und rettete ihn mit großer Mühe und eigener Gefahr. Der Knabe war bereits bewußtlos und wäre ohne fremde Hülfe bei dem hohen Wasserstand ertrunken. Der wackere Retter liegt jetzt krank danieder.

Gerichts-Zeitung.

Die Flucht eines Strafgefangenen aus dem Moabiter Untersuchungs-Gefängnis

hatte gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Wegen fahrlässigen Entweichenlassens eines seiner Beaufsichtigung anvertrauten Strafgefangenen war der Gefangenenaufseher Thomas Baduta angeklagt. Am Morgen des Weihnachtsheiligabend vorigen Jahres arbeiteten die Strafgefangenen unter Aufsicht des Angeklagten auf dem Hofe des Untersuchungsgefängnisses in der Nähe des zwischen dem alten und neuen Gerichtsgebäude gelegenen Kesselhauses. Der Angeschuldigte saß an einem Tisch im Vorraum dieses Gebäudes und konnte anfänglich von hier aus die Gefangenen beobachten. Als diese aber ihren Arbeitsplatz wechselten, konnte B. die Arbeitenden nicht mehr kontrollieren. Trotzdem verblieb er aber auf seinem Platz. Einer der Strafgefangenen, der Arbeiter Petigk, benutzte nun diese Gelegenheit zu einem Fluchtversuch. Er suchte den Abort auf und ging aus einer zweiten Tür heraus auf die andere Seite des Hofes und kam so an den nach der Rathenower Straße gelegenen Ausgang. Da er der Meinung war, daß die eisernen Türen in einem Gefängnis alle verschlossen sein müßten, probierte er gar nicht erst, ob dies tatsächlich der Fall war. Obwohl die fragliche Tür nicht verschlossen war, erkletterte P. die hohe Umfassungsmauer. Hierbei diente ihm die architektonische Verschönerung des Mauerwerks als eine willkommene Steigeleiter. Der Flüchtling entkam auch unbeobachtet und konnte noch das Weihnachtsfest im Kreise seiner Angehörigen verleben. Bald darauf war es mit der goldenen Freiheit wieder vorbei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 M.

Irren ist menschlich.

Dem Irrtum eines Schutzmannes hatte es der Kommerzienrat Woog zu verdanken, gestern als Angeklagter vor der achten Strafkammer des Landgerichts I erscheinen zu müssen. Am 27. November vorigen Jahres schrieb ein Schutzmann in der Tiergartenstraße einen Kraftwagen auf, weil der Führer desselben dem Wagen Benzindämpfe in so starker Weise entströmen ließ, daß das Publikum dadurch belästigt wurde. Der Schutzmann notierte als Nummer des Kraftwagens: I E. 1162. Der Besitzer eines solchen Kraftwagens mit dieser Bezeichnung ist Kommerzienrat Woog, der sehr erstaunt war, als er eines Tages ein Strafmandat wegen Uebertretung der §§ 2 und 28 der Polizeiverordnung betreffend den Verkehr mit Kraftwagen erhielt. Er wußte ganz genau, daß sein Kraftwagen unmöglich in Frage stehen konnte, da dieser an dem gedachten Tage überhaupt nicht in der Tiergartenstraße gewesen war. Er beantragte gerichtliche Entscheidung und berief sich auf zwei Zeugen, die aber vor dem Schöffengericht nicht vernommen wurden. Das Schöffengericht hielt die belastende Aussage des Schutzmanns, die mit aller Bestimmtheit abgegeben wurde, für ausreichend und verurteilte Herrn Woog zu einer geringen Geldstrafe. Auch im gestrigen Termin in der Berufungsinstanz verblieb der Schutzmann mit aller Bestimmtheit dabei, daß er die richtige Nummer des Kraftwagens aufgeschrieben und sich entschieden nicht geirrt habe. Dem gegenüber bekundeten der Chauffeur und der Kutscher des Herrn Woog, daß hier unter allen Umständen ein Irrtum vorliegen müsse. Kommerzienrat Woog sei an jenem Tage verreist gewesen und der Kraftwagen habe in der Garage im Grunewald gestanden und sei von dem eben erst neu in den Dienst getretenen Chauffeur gründlichst gereinigt worden, wobei die Maschinenteile auseinandergenommen worden seien. Da die beiden Zeugen diese Tatsache mit der größten Bestimmtheit bekundeten, hielt der Gerichtshof einen Irrtum des Schutzmannes für vorliegend, sprach den Angeklagten frei und legte auch die dem Angeklagten entstandenen Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last.

Ungewöhnliches Leichenbegängnis und Laienrede.

Bei der Beerdigung eines Parteigenossen und Mitgliedes des Verbandes der Land-, Fabrik- und Hülfsarbeiter in Neukirch bei Breslau wurden im Leichenzuge mehrere Kränze mit roten Schleifen getragen. Genosse Stein, der den Kranz des Land- und Fabrikarbeiterverbandes getragen hatte, sprach am Grabe auf dem katholischen Kirchhofe in Neukirch folgende Worte: „Lieber Freund und Kollege, ich rufe Dir im Namen aller Organisierten einen letzten Gruß zu. Lebewohl!" Stein wurde vom Landgericht Breslau auf Grund der §§ 9, 10 und 17 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er als Ordner und Redner bei einem außergewöhnlichen Leichenbegängnis aufgetreten sei, obgleich die polizeiliche Genehmigung zu einem solchen fehlte. Zugleich wurde Stein der Uebertretung der folgenden Polizeiverordnung vom 24. September 1896 für schuldig befunden: „Niemand, außer den Geistlichen der mit Korporationsrechten ausgestatteten Religionsgesellschaften, ist es gestattet, auf den öffentlichen Begräbnisplätzen Grabreden zu halten. Ausnahmen kann die Ortspolizeibehörde zulassen." Begründend wurde ausgeführt: Der Totengräber habe bekundet, daß seiner Erinnerung nach auf dem Kirchhof in Neukirch eine solche Beerdigung mit roten Kranzschleifen, wobei ein Laie sprach, etwas nicht gewöhnliches gewesen sei. Auch ergebe sich nach Meinung des Gerichts aus dem Tragen der Kränze mit roten Schleifen, daß eine politische Demonstration beabsichtigt worden sei. Demnach sei ein ungewöhnliches Leichenbegängnis anzunehmen, wozu es einer vorherigen Erlaubnis bedurft hätte, da nach dem Vereinsgesetz ungewöhnliche Leichenbegängnisse öffentlichen Aufzügen bezw. öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel gleich zu erachten seien. Die Worte des Angeklagten, die er am Grabe sprach, stellten auch eine Rede dar. Möge Stein, der ein Freund und Schulkamerad des Verstorbenen war, auch mit schluchzender Stimme gesprochen haben, so sei er doch von der Trauerversammlung gehört worden. Er habe den Intensionen der Trauerversammlung Ausdruck gegeben. Auch ein kurzgefaßter, den Intensionen und Gefühlen der Trauerversammlung Ausdruck gebender Nachruf sei eine Rede. — Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf dieser Tage die vom Angeklagten gegen dies wunderliche Urteil eingelegte Revision mit der Begründung, daß der Anwendung des preußischen Vereinsgesetzes und der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Breslau über das Halten von Laienreden am Grabe keinerlei rechtliche Bedenken entgegenständen.

Uns dünkt: wenn „tatsächliche Feststellungen" eines Gerichts zu dem Endergebnis führen, daß die Bezeugung der Pietät bestraft wird, so beruht dies Ergebnis nicht minder auf Rechtsirrtum wie auf irriger Betrachtung des tatsächlichen Sachverhalts. Der Verfassung, die von Redefreiheit spricht, gedenken beide Urteile nicht. Entspricht aber die erfolgte Verurteilung dem Gesetz, so ist dieses selbst durch die Tatsache gerichtet, daß es Bezeugung einer Pietät mit Strafe bedroht.

Scharfmachers Ende.

Das Güstrower Schwurgericht verurteilte, wie wir bereits in der Sonntagsnummer auf Grund von Privatdepeschen mitteilten, den Kaufmann Paul Neckel (nicht Nickel) aus Güstrow wegen Betrug, Untreue und Unterschlagung zu fünf Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust.

Neckel betrieb seit 1888 in Güstrow ein Herrenkonfektionsgeschäft, das sehr florierte. Neckel war „der größte Geschäftsmann von Güstrow." Er beschäftigte zuletzt fünfzehn Schneidergehülfen und auch einige Lehrlinge, obwohl er vom Schneiderhandwerk gar nichts verstand. Er hatte viele staatliche und städtische Lieferungen. 1895 wurde er Vertreter der Vereinsbank in Bismar. Dieser Bank hat er in den Jahren 1898 bis 1907 zirka 75 000 M. unterschlagen, außerdem noch andere Vereinsgelder und 8000 M. der Freimaurerloge. Seine Frau, eine Gutsbesitzerstochter, brachte ihm 12 000 M. in die Ehe, er selbst hat vor einigen Jahren durch Erbschaft zirka 10 000 M. erhalten. Das Ergebnis aus dem Geschäft war ein vorzügliches, der Umsatz stieg auf 100 000 M. jährlich. Dazu kam der Verdienst aus dem Bankgeschäft. Und trotz dieser hohen Einkünfte war es diesem Ordnungsmann nicht möglich „ein geordnetes Haus" zu führen. Er war eifriger Bekämpfer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Im Termin wurde festgestellt, daß der Angeklagte größere kostspielige Reisen gemacht, einen großen Aufwand im Hausstand geführt hat. Um die Bank und die Bankgläubiger zu täuschen, führte Neckel seit Jahren eigene Geheimbücher und ließ sich selbst Bankformulare und Zinserklärungen drucken. Die gutmütigen Konteninhaber wurden nicht im geringsten stutzig, als die Direktorenunterschriften auf den Papieren nicht mehr geleistet wurden. Revidiert wurde Neckel von der Bank nicht. Er schaltete und waltete in Güstrow, wie es ihm beliebte, stellte sich selbst auf anderer Leute Namen nicht weniger als 64 Schecks aus, wenn er Geld nötig hatte, in Beträgen von 200 bis zu 5000 M. Eigenartig war der Versuch des Verteidigers des Angeklagten, eines Rechtsanwalts Bothe, seinen Klienten reinzuwaschen. Er führte aus: „Der Angeklagte ist Kaufmann, er verstand nichts von der Herrenkonfektionsbranche, er mußte sich daher auf seine Zuschneider verlassen, die sehr viel Geld haben wollten. Das war aber der Ruin des Angeklagten." Und das führte der Verteidiger des Ordnungsmannes aus, wiewohl feststand, daß das Konfektionsgeschäft vorzüglich ging, daß ferner der Verurteilte die Hauptschuld an dem Güstrower Schneiderstreik des vergangenen Jahres trug und daß der Zusammenbruch, die Betrügereien und Unterschlagungen durch die außerordentlich hohen Aufwendungen veranlaßt waren, die Neckels Privatverbrauch verursachte.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Hierüber wird aus Gelsenkirchen vom 27. April gemeldet: Gestern früh gegen 8 Uhr wurde der Güterzug Nr. 8826 infolge falscher Weichenstellung beim Ausfahren aus dem Bahnhof Bismarck gegen einen Prellbock geworfen. Hierbei entgleiste die Maschine und vier Wagen. Der Heizer Hase aus Osterfeld, der noch im letzten Moment absprang, geriet unter die Lokomotive und wurde sofort getötet. Der Materialschaden ist bedeutend, der Betrieb nicht gestört.

Opfer der Kälte. Der auf der Ziegelei Grelle in Petzow bei Werder beschäftigte 52jährige Ziegeleiarbeiter Boje aus Stuttgart nächtigte in einem Steinschuppen. Durch längere Krankheit entkräftet, vermochte er sich nicht wach zu erhalten und schlief ein. Am andern Morgen wurde seine Leiche von Arbeitskameraden gefunden.

Der Tornado in Amerika. Der Staat Mississippi hat nach einem Telegramm aus New York durch die noch anhaltenden Stürme am meisten gelitten. Ueber 1000 Personen sind verletzt und zirka 800 getötet worden. Der östliche Teil von Louisiana hat ebenfalls stark gelitten. Auch in Alabama und Georgia ist die Zahl der Toten eine sehr große. Hunderte von Städten haben von der Regierung Zelte zur Unterbringung der Obdachlosen verlangt. Viele Hunderte sind einen ganzen Tag lang unter den Trümmern ihrer eingestürzten Häuser begraben gewesen. In dem Städtchen Pardie im Staate Mississippi sind nur 7 von 200 Häusern stehen geblieben. Soweit bisher ermittelt worden ist, sind im ganzen 40 Städte entweder gänzlich zerstört oder furchtbar verwüstet. Hunderte von Pflanzungen sind vollständig vernichtet. Der Verlust an Eigentum wird auf 50 Millionen Dollar geschätzt, doch ist diese Schätzung jedenfalls eher noch zu niedrig. 20 000 Menschen sind durch die Katastrophe obdachlos geworden. Eine wirksame Hülfsaktion für die Unglücklichen ist wegen der weiten Ausdehnung des Katastrophengebietes vorläufig noch nicht möglich. Die Zyklone waren von schweren Wolkenbrüchen begleitet, die weite Distrikte unter Wasser setzten. Eine Meldung aus Atlanta vom 26. April besagt: Der Tornado, welcher vorgestern in vielen Teilen der Vereinigten Staaten wütete, hat auch das Fort Deposit im Staate Alabama vom Boden hinweggefegt. In Mac Calum wurden 12 Personen getötet. Der Sturm riß auch eine Brücke mit 120 Meter Eisenbahngleis hinweg.

Stürme an der englischen Küste. Londoner Meldung zufolge ist die gesamte englische Küste in den letzten Tagen von einem furchtbaren Sturm heimgesucht worden. Die Fahrt über den Aermelkanal ist fast unmöglich. Der Dampfer zwischen Boulogne und Dover, der diese Strecke bei gewöhnlicher Witterung in einer Stunde zurücklegt, gebrauchte acht Stunden zur Ueberfahrt und mußte dann Calais anlaufen. Auch auf dem Festlande ist durch den Sturm großer Schaden angerichtet worden. Die Wege sind unpassierbar, die Kulturen vollkommen vernichtet.

Ein Zyklon. Das französische Kolonialministerium gibt, wie ein Telegramm aus Paris besagt, bekannt, daß ein heftiger Zyklon im Comorenarchipel gewütet habe, von dem hauptsächlich die Insel Groß-Comoro, nordwestlich von Madagaskar, betroffen wurde. Es werden mehrere Schiffsunfälle gemeldet.

Beim Zusammenstoß des Kreuzers „Gladiator" mit dem Paketboot „Saint Paul" sind nach einer amtlichen Meldung aus Portsmouth drei Mann des Kreuzers ertrunken. Ein Leutnant wird noch vermißt. Der „Gladiator" ist vollständig wrack.

Der „Vossischen Ztg." wird hierüber noch gemeldet: „St. Paul" erreichte bei einer Geschwindigkeit von acht Knoten die Meerenge 25 Minuten vor 3 Uhr, als plötzlich die Wache am Bug den „Gladiator" erblickte, der langsam nach Portsmouth fuhr. Der Kapitän des „St. Paul" ließ sofort die Maschinen rückwärts arbeiten, es war aber zu spät, da der Bug das Steuerbord des „Gladiators" mitten im Schiff durchbohrte und mehrere Matrosen im Meßzimmer tötete. Nur dreien gelang es, sich am Anker anklammernd auf das Verdeck des „St. Paul" zu retten, dessen Boote erst nach halbstündiger Arbeit ins Wasser gelassen werden konnten, weil die Seile festgefroren waren. Auf dem beschädigten Kriegsschiff, dessen Kapitän sofort Befehl gab, ans naheliegende Ufer zu fahren, wurde glänzende Mannszucht bewahrt, bis der auffahrende Kiel die Mannschaften ins eiskalte Wasser warf. Hunderte versuchten das 300 Yards entfernte Ufer zu erreichen, wo die Soldaten aus dem Fort Victoria in Booten oder schwimmend, viele Ertrinkende retteten. Unter den Ertrunkenen ist der seit wenigen Wochen verheiratete Leutnant Graves, der Steward Schelbarras, der gerettet war, aber nach dem Wrack zurückschwamm, um seine Ersparnisse zu holen und bei der Rückkehr mit 30 Sovereigns ertrank. Der Kapitän ist gerettet. „St. Paul" fuhr mit dem wenig beschädigten Bug mit 500 Passagieren nach Southampton zur Ausbesserung zurück. Vom „Gladiator" sind vier Mann getötet und dreißig werden vermißt; wahrscheinlich sind sie ertrunken. Acht Mann liegen im Hospital verwundet.

Die Opfer der Eisenbahnkatastrophe. Die bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Maltrata im Staate Veka Cruz ums Leben gekommenen 28 Personen sind durchweg Fischer, welche nach dem Heiligenbilde in Guadeloupe-Hidalgo wallfahrteten.

Ein Bergsturz. Einer Meldung aus Ottowa zufolge fand bei der Ortschaft Notre Dame de la Salette ein Bergsturz statt, durch den die Ortschaft verschüttet wurde. 25 Personen sollen umgekommen sein.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jüllichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld (Ortsverein Berlin). Heute abend ½8 Uhr, bei Hoffmann, Koppenstr. 47.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde finder Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Jahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. B. 100. 1. Ja. 2. Deutsche Reichs-, Preußische Staats- oder Berliner Stadtanleihepapiere. — **H. B., Wöhlerstr.** Ein Grund für den Betreffenden, sich als Wahlmann nicht aufstellen zu lassen, liegt nicht vor. — **M. B. 26.** 1. Eine ausdrückliche nochmalige Einwilligung ist nicht erforderlich. 2. Ja. 3. Mit dem vollendeten 21. Lebensjahre werden Männer und Mädchen majorenn. — **Else 11.** In der Regel wird die Vormundschaft in solchem Falle nicht aufgehoben. — **L. 111.** Lehnen Sie die Zahlung ab, der Pfändung hätte eine Klage vorauszugehen; eine solche hat wenig Aussicht auf Erfolg. — **B. 63.** Voraussichtlich würde angenommen werden, daß der schriftliche Vertrag auch für die andere Wohnung Geltung haben soll. — **Nieder-Schöneweide.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **G. B.** Wenn die Anzahlung geleistet ist und die Betreffende großjährig, so würde voraussichtlich für den Fall der Klage Verurteilung erfolgen. Wir haben unendlich häufig eindringlichst davor gewarnt, Bestellzettel zu unterschreiben, bevor man sich über die Tragweite der Verpflichtung klar geworden. Die mündlichen Versicherungen der Reisenden sind wertlos, weil sie meist nicht nachgewiesen werden können. — **K. R. 13.** 1. Mindestens 200 Marken müssen von neuem geklebt sein. 2. Nein. — **M. P. 50.** Das ist möglich. — **W. K. 37.** Nein. — **B. 1.** Nein. — **S. R.** Nach Ihren Darlegungen ist der gegen Sie erhobene Anspruch ungerechtfertigt. Kinder sind gesetzlich ihren Eltern gegenüber nur soweit zur Alimentation verpflichtet, als dies ohne Beeinträchtigung des standesmäßigen Unterhaltes der eigenen Familie möglich ist. Vor dem Landgericht kann nur ein Anwalt vertreten, vor dem Amtsgericht auch ein anderer. — **Lucie 84.** 1. Nein. 2. Lassen Sie sich vom Armenkommissionsvorsteher ein Armutszeugnis ausstellen und beantragen Sie dann beim Landgericht die Bewilligung des Armenrechts. — **B. Hamburg.** 1. An das Polizeipräsidium. 2. Nein. — **Rixdorf 8. I.** Der Standesbeamte ist im Recht. — **W. 17.** Sie haben recht. Beantragen Sie bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Vater gestorben ist, das Erbauseinandersetzungsverfahren. — **E. D. 20.** Die Eltern sind nicht verpflichtet. — **Fritz, Rixdorf.** 1. Ja. 2. Ja. Einigen Sie sich lieber. — **Rothe 61.** 1. Die Eltern müssen zahlen, mögen aber versuchen, vom Verein Ersatz zu erhalten. 2. Sie müssen noch warten. — **H. T. 1.** Sie können die Herausgabe der Sachen nur gegen Bezahlung Ihrer Schuld verlangen. — **A. H. 50.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Nichts. 4. Ja. 5. Ohne Aufforderung. — **F. K. 100.** 1. Dr. R. Sutzmann, Charlottenburg, Berliner Straße 119. — **Rote Nelke.** Verjährung tritt erst in 30 Jahren ein. Beantragen Sie beim Amtsgericht einen Zahlungsbefehl. — **J. H. 50.** Nein. — **W. H. 100.** 1. Nein. 2. Die Landesversicherung. — **Zeulenroda.** Das Strafmandat muß aufgehoben werden. In letzter Instanz entscheidet Oberlandesgericht. — **Genosse 25.** Sie können ziehen. — **L. Klingsporn.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter genauerer Darstellung des Sachverhaltes. — **S. W. 111.** Nein. — **Lehmann 23.** Die Rente wird mitgerechnet. — **H. 24.** 1. Die im Testament bestimmten Erben. 2. Sie müssen den Wortlaut des Testaments mitteilen. 3. Ja. — **Enderwitz.** Da zweimal Versäumnisurteil ergangen ist, ist der Prozeß endgültig verloren. — **E. U. 1.** Versuchen Sie es einmal. — **A. 14.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. — **K. Schulze 43.** 1. Ja. 2. Der Ehegatte ein Viertel, die Kinder zusammen drei Viertel. 3. Der Pflichtteil muß den Kindern bleiben. 4. Die Eltern haben einen Pflichtteilsanspruch. — **R. H. 92.** 1. Die Beantwortung hängt davon ab, welchen Wirkungskreis das Amtsgericht dem Pfleger zugewiesen hat. 2. Ja. 3. Sie müssen sich an Ihren Anwalt wenden. — **L. S. 100.** 1. Vormund und Vormundschaftsgericht bestimmen die Höhe. 2. Der Nachweis wird schwierig sein. Mit ihren Sachen haftet das Mädchen nicht. 3. Die Worte reichen aus. Das Gericht erfordert 10 M. Vorschuß. Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk er wohnt. Anwalt ist nicht nötig. — **Zähne 86.** Nach den Statuten erscheint Ihr Anspruch begründet.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft still, Preise für Kalb- und Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft schleppend, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr sehr knapp, Geschäft rege, Preise fest. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 27. April 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0 reduziert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer auf 0 reduziert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	761	WSW	2	heiter	7	Haparanda	763	NO	2	Regen	3
Hamburg	759	S	3	wolkenl	6	Petersburg	762	OSO	1	halb bd.	8
Berlin	761	SO	2	heiter	6	Scilly	751	SSW	5	Dunst	10
Frankf. a. M.	761	SW	3	Regen	5	Aberdeen	756	NNO	2	bedeckt	6
München	763	SO	3	bedeckt	4	Paris	758	S	2	bedeckt	7
Wien	763	NNW	2	wolkig	6						

Wetterprognose für Dienstag, den 28. April 1908.

Etwas wärmer, vielfach heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Soeben erschienen:

Maifest-Zeitung 1908 Preis 10 Pfennig. — **Mai-Postkarten** in großer Auswahl.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

246/3*

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Genossinnen! Genossen!

Am Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr:

2 Volks-Versammlungen

In den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 152/53:

Tagesordnung: Welches Interesse haben die proletarischen Frauen an den Aufgaben des preußischen Landtages. Referentin: Genossin **Martha Tietz.** 1/14*

Im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24 u. Emdenerstr. 34/35:

Tagesordnung: Der Kampf der Frauen um ihr volles Bürgerrecht gegen die Macht der Ausbeutenden. Referentin: Genossin **Klara Weyl.**

Genossinnen! Trotzdem man bemüht ist, den Frauen die gesetzlich dokumentierte politische Unfreiheit bis auf den letzten Augenblick fühlen zu lassen, indem man uns **noch auf drei Wochen** in die Schranken des alten Vereinsgesetzes zurückverweist, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen. Zeigt durch Euer Erscheinen, daß Ihr politischen Dingen nicht mehr verständnislos gegenübersteht.

Die Vertrauenspersonen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Dienstag, den 28. April, abends 8½ Uhr, bei Freyer, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

aller Zahlstellen und Bezirke der Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Resultat der zentralen Vertragsverhandlungen in bezug auf das Lohngebiet Berlin und Umgegend. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Wahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission und zur Schiedskommission. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Die Verbandsleitung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß durch diese Versammlung alle für diesen Tag geplanten Bezirks- und Zahlstellenversammlungen — auch die im Südosten und Wedding — verschoben werden und später stattfinden müssen. Tag und Ort derselben wird an dieser Stelle noch bekannt gegeben werden. D. O.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 29. April, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, gr. Saal:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1908. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Situationsbericht. 4. Verschiedenes. 137/11*

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Sektionsvorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 28. April, abends 8½ Uhr, in Hoppes Fest-Sälen, Hermannstr. 49:

Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahl von Delegierten und Stellungnahme zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. 235/3*

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Am 1. Mai

bleibt mein Geschäft geschlossen. Arbeits-Anzüge.

Wilhelm Pahr,
Brunnenstraße 116.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 29. April 1908, pünktlich abends 6½ Uhr:

Branchen-Versammlung

der

Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopfarbeiter und -Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Maifeier. 2. Bericht der Kommission. 3. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Branchen-Kommission.

Achtung! **Kammacher!** Achtung!

Mittwoch, den 29. April 1908, abends präzise 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung

der

Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in Boekers Festsälen, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Julius Hildebrandt** über: **„Die Bedeutung der Zentral-Kommission."**
2. Diskussion.
3. Maifeier.
4. Werkstatt- und Branchen-Angelegenheiten.

Kollegen! Agitiert tatkräftig für den Verband, damit es bis Ablauf dieses Jahres keinen unorganisierten Kollegen unserer Branche in Berlin gibt und erscheint zahlreich zur Versammlung. 83/12

Die Kommission.

Achtung! **Stockarbeiter!** Achtung!

Mittwoch, den 29. April, abends 5½ Uhr:

Branchen-Versammlung

in den

Armin-Hallen, Kommandantenstraße 58—59.

Tagesordnung:

1. Der 1. Mai. Referent: Kollege **M. Leopold.**
2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

J. A.: **Der Obmann.**

Die neue Adresse: **Friedrich Hermel,** Zorndorfer Straße 45.

Achtung! **Bodenleger!** Achtung!

Am **Mittwoch, den 29. April,** abends 8½ Uhr im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Kommission.**

Steinarbeiter!

Berlin I.

Mittwoch, den 29. April, abends 8½ Uhr, in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstage.
2. Abrechnung vom 1. Quartal.
3. Maifeier. 4. Verschiedenes. 171/114*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1230. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 29. April 1908, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker usw.

in den Industriesälen von **Wendt,** Beuthstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers **Max Schütte** über: **„Kirche und Schule".** 2. Bericht der Branchenkommission. 3. Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß alle Kolleginnen und Kollegen zur Stelle sind.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 29. April 1908, abends 8½ Uhr:

Versammlung

der Gold- u. Silberarbeiter u. verwandten Berufsgenossen

im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Verbandssekretärs **E. Giebel** über: **„Das preußische Landtagswahlrecht".** 2. Diskussion. 3. Ersatzwahl zur Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Mittwoch, den 29. April 1908, abends 8½ Uhr:

Versammlung

der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend

im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15, Saal 5.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Rehbein.** 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenleiters. 4. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

115/17 **Die Ortsverwaltung.**

Engelhardt-Malzbier

das beliebteste, überall käuflich.

Preis 10 Pf. pro Flasche. 2490L*

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Zentral-Verband der Maurer

Zweigverein Berlin.

Sektion der Fliesenleger.

Achtung! **Fliesenleger.** Achtung!

Mittwoch, 29. April, abends 8½ Uhr, bei Meyer, Oranienstr. 103:

Versammlung der Sektion der Fliesenleger Berlins.

Tages-Ordnung:

1. Maifeier. 2. Verschmelzungsfrage. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller ist dringend notwendig, auch die aus der Freien Vereinigung übertretenden Kollegen. 137/12*

Der Sektionsvorstand. J. A.: H. Waldheim.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 29. April, abends 8½ Uhr, bei Wendt, Beuthstr. 21:

Quartals-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Verbandsangelegenheiten. 177/9

Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Möbelfabrik „Ostend".

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 31. Dezember 1907.

Aktiva	Mark	Passiva	Mark
An Materialienkonto	57 320,38	Per Darlehenkonto	121 300,—
„ Kassakonto	8 812,10	„ Kontokorrentkonto	1 000,—
„ Werkzeugkonto	1 600,—	„ Geschäftsanteile der Mitglieder	660,—
„ Maschinenkonto	1 600,—	„ Reservefondskonto	5 700,—
„ Kontokorrentkonto	72 625,40	„ Spezialfondskonto	2 400,—
		„ Delkrederekonto	5 000,—
		„ Gewinn- u. Verlustkonto	5 298,48
	141 358,48		141 358,48

Die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1906 betrug 22, eingetreten keiner, ausgetreten keiner, mithin am 31. Dezember 1907 22 Mitglieder. Die Haftsumme beträgt 660 Mark und hat sich weder vermehrt noch vermindert.

Der Vorstand.
H. Hemp. H. Breitbarth.

Zentralkranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(Zahlstelle Friedrichshöhe).

Mittwoch, den 29. April, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

bei Pickenhagen, Berlin O., Scharnweberstr. 60.

258/4 J. A.: Der Vorstand.

Hygienische Bedarfsartikel, Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Aeltestes Teilzahl.-Geschäft für **Brennabor-Räder!**

Kein Laden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Zur Maifeier!

Rote Rosen, Nelken, für Vereine usw. 100 Stck. 1 M.

Herm. Hesse, Dresden-A., Scheffelstr. 10—12.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Oesterreich.

Zu den Osterfeiertagen hielten die österreichischen Genossinnen in Wien ihre dritte Frauenkonferenz ab. Der von Genossin Popp erstattete Bericht gibt ein erfreuliches Bild von der Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich.

Die erste Konferenz tagte vor 10 Jahren in einem kleinen Raum mit nur 28 Delegierten. Man hatte erst zu beraten, wie überhaupt organisiert werden sollte, um Erfolge zu erreichen. Die Gewerkschaften hatten damals nur 4000 weibliche Mitglieder, die „Arbeiterinnen-Zeitung" erschien in einer Auflage von 2500 Exemplaren. Nach fünf Jahren, im November 1903, hatten die Gewerkschaften 10 000 weibliche Mitglieder, die „Arbeiterinnen-Zeitung" wurde in 3700 Exemplaren gedruckt. In Frauenvereinen waren kaum 1000 Frauen organisiert. Ende 1907 gehörten den Gewerkschaften über 50 000 Arbeiterinnen an — die letzten Ziffern liegen noch nicht vor —, die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat eine Auflage von 13 400 und an 5000 Frauen sind politisch organisiert. Seit November 1907 wurden in Niederösterreich allein 1100 Frauen politisch organisiert, und fortwährend sind neue Gruppen der politischen Frauenorganisation in Bildung begriffen. Da die „Arbeiterinnen-Zeitung" in den politischen Frauenorganisationen obligatorisch eingeführt ist, so ist auch eine fortwährende Steigung der „Arbeiterinnen-Zeitung" zu erwarten. So ist es auch in Mähren; in Tirol hat kürzlich eine Agitationstour einen guten Erfolg ergeben, selbst in Vorarlberg sind die Genossinnen an der Arbeit, die Frauenorganisationen auszubauen.

Diese Fortschritte zeigten sich auch in der Anzahl der Delegierten. 94 Genossinnen, darunter zum erstenmal die Delegierten aus Tirol und Vorarlberg, waren gekommen. Böhmen, Mähren, Steiermark, Ober- und Niederösterreich waren vertreten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte Genossen Pernerstorfer, die Parteileitung Genossen Neumann, die Gewerkschaftskommission Genossin Paschek delegiert.

Das Referat zum 1. und 2. Punkt: Berichterstattung und Organisation, erstattete Genossin Popp. Sie legte folgenden Organisationsentwurf vor, der einstimmig angenommen wurde:

Grundzüge der politischen Frauenorganisation.

Die dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz Oesterreichs macht es den Genossinnen zur Pflicht, dahin zu wirken, daß gemäß dem Beschluß des Reichsparteitages von 1907 überall weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden. Die weiblichen Vertrauenspersonen haben die Verpflichtung, für die politische Organisierung der Frauen zu wirken und überall dort, wo noch keine andere sozialdemokratische Frauenorganisation besteht, eine freie Organisation zu schaffen.

Die Mitglieder der politisch-freien Frauenorganisationen haben einen Monatsbeitrag von 30 Hellern zu entrichten, wovon 2 Heller per Mitglied und Monat dem Frauenreichskomitee abzuführen sind. Die der freien Organisation angehörenden Genossinnen erhalten die „Arbeiterinnen-Zeitung" obligatorisch.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen zahlen einen Monatsbeitrag von 10 Hellern, ohne Bezug der „Arbeiterinnen-Zeitung".

Mit besonderem Nachdruck heben wir hervor, daß die freie politische Frauenorganisation kein Ersatz für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen sein kann.

Die Leitung der freien politischen Frauenorganisation hat gleichzeitig als Agitationskomitee zu fungieren und es sollen Genossinnen von am Orte befindlichen Gewerkschaften dem Komitee angehören.

Die dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz weist den weiblichen Vertrauenspersonen die Aufgabe zu, auch außerhalb ihres Ortes durch Abhaltung von Besprechungen und Veranstaltung von Versammlungen neue Mitglieder zu werben und Aufklärung über die Ziele der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung zu verbreiten.

Um die politische Frauenorganisation auszubauen, muß die Abhaltung von Kreis- und Landeskonferenzen der Frauen und die Wahl von weiblichen Kreis- und Landesvertrauenspersonen angestrebt werden.

Um die Arbeiterinnenbewegung im Sinne der Parteitagsbeschlüsse und im Rahmen des Parteistatuts zu führen, müssen die Genossinnen überall im Einvernehmen mit den Lokal- und Bezirksvertrauensmännern vorgehen und sind diese von allen geplanten Aktionen der Genossinnen zu verständigen.

Die beste Gewähr für das einheitliche Arbeiten sieht die Frauenkonferenz in der Vertretung der Genossinnen in den Lokal- und Bezirksorganisationen, entsprechend den Beschlüssen des Parteitages.

Diese Bestimmungen lassen ersehen, wie die österreichischen Genossinnen zu arbeiten gedenken. Von Separatismus ist trotz der eigenen Frauenorganisationen keine Spur, diese sind aber bedingt durch die Rückständigkeit des Vereinsgesetzes und durch die besonderen Schwierigkeiten, welche bei der Agitation unter den Arbeiterinnen zu überwinden sind. Die Debatte zur Organisation war sehr ergebnisreich. Viele Genossinnen beteiligten sich an ihr und machten wertvolle Anregungen. Zum Beschluß erhoben wurde der Antrag, Vorarbeiten zur Gründung einer Dienstbotenorganisation zu treffen.

Die Debatten über das Frauenwahlrecht, wozu Genossin Schlesinger referierte, klang in dem einmütigen Wunsche aus, nunmehr die Propaganda für dieses wichtige Recht energischer zu betreiben, vor allem soll die Parteipresse sich damit beschäftigen, um die Meinung zu zerstreuen, als handele es sich bei dem Frauenwahlrecht um utopische Vorstellungen, die erst in Jahrhunderten greifbare Gestalt annehmen würden. Zufällig hatte am Ostersonntag ein Parteiblatt, der Grazer „Arbeiterwille", ein Zirkularschreiben eines Frauenkomitees an die Pfarrhöfe in Steiermark veröffentlicht. Der von einer Fürstin Windischgrätz gezeichnete Brief fordert die Kapläne zur Gründung von katholischen Frauenvereinen auf, um die Frauen von der Sozialdemokratie fernzuhalten, „denn," so heißt es in dem Briefe, „wie lange wird es dauern, und die Frauen stehen vor der Wahlurne, da muß beizeiten dafür gesorgt werden, daß dieselben von christlicher Seite aufgeklärt werden, damit sie nicht der Beeinflussung der Sozialdemokraten überlassen bleiben." Die Verlesung dieses Schreibens übte auf die Genossinnen große Wirkung und trägt dazu bei, daß die Genossinnen alles daran setzen, kräftige sozialdemokratische Frauenorganisationen zu schaffen.

Die Resolution zum Frauen-Wahlrecht lautet:

„Die Konferenz erachtet die Zeit für gekommen, um bei allen bevorstehenden Wahlrechtskämpfen energisch und beharrlich für das wirklich allgemeine Wahlrecht aller erwachsenen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts einzutreten. Sie sieht in der Erringung des Frauenwahlrechts nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit gegen die mit doppelter Arbeitsbürde beladenen und unter einer schlechten Gesetzgebung und Verwaltung doppelt leidenden Proletarierinnen, sondern sie erachtet auch die politischen Frauenrechte für unentbehrlich, um die Frauen der Arbeiterschaft gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch das Kapital und die geistige Bevormundung durch den Klerus widerstandsfähig zu machen und sie zum klaren Verständnis ihrer Klassenlage und der sozialdemokratischen Bewegung zu erziehen.

Um die Durchführung jener auf das Frauenwahlrecht bezüglichen Beschlüsse wirksam vorzubereiten, die auf der zweiten Frauenreichskonferenz, ferner auf den Parteitagen zu Graz 1900 und zu Wien 1903 und schließlich auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart 1907 gefaßt worden sind und die alle ein energisches Eintreten für das Frauenwahlrecht der Sozialdemokratie zur Pflicht machen, erklärt die Konferenz für dringend notwendig und unaufschiebbar, daß bei den Beratungen der sozialdemokratischen Vertretungskörper sowie auch in den Versammlungen und in der gesamten Parteipresse der Forderung nach dem Frauenwahlrecht eine weit höhere Beachtung geschenkt werde als bisher, damit alle Männer und Frauen innerhalb der Sozialdemokratie sie als das erkennen lernen, was sie ist: eine der wichtigsten und entscheidensten unter all den Forderungen, für die einzutreten unsere Partei sich berufen fühlt."

Abgeordneter Genosse Neumann verweist auf die komplizierten Verhältnisse im österreichischen Parlament, die gegenwärtig einer parlamentarischen Aktion zugunsten des Frauenwahlrechts nicht günstig seien.

Die Resolution der Referentin gelangte einstimmig zur Annahme, ebenso der Antrag: Am 1. Mai für die weitere Demokratisierung des Wahlrechts und vor allem für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren.

Ueber die sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung wurde schon bei der zweiten Frauenkonferenz verhandelt. Diesesmal konnte sich die Referentin, Genossin Popp, darauf berufen, daß von allen vor 4½ Jahren erhobenen Forderungen noch keine einzige auch nur der Erfüllung nahe sei. Achtstundentag, freier Sonnabendnachmittag, ausnahmsloses Verbot der Frauennachtarbeit, sechsstündiger Arbeitstag für Jugendliche, Gewerbeinspektorinnen, Sachverständige aus Arbeiterkreisen, Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz, alles harrt noch der Erledigung. Und doch, etwas ist geschehen. Wir haben eine Assistentin der Gewerbeinspektion für die Wiener Pelzwarenindustrie, und eine Regierungsvorlage über die Frauennachtarbeit für Betriebe mit mehr als 10 Arbeiterinnen.

Wo weniger als Zehn beschäftigt sind, „droht" der Ausbeutung von Frauen zur Nachtzeit keine Einschränkung. Aber auch sonst hat das Gesetz so viele Ausnahmebestimmungen, daß es wirklich nur als Dekoration für die Regierung wirkt.

Zur Schwangeren- und Wöchnerinnenversicherung erstattete Genossin Freundlich ein umfassendes Referat mit reichem Zahlenmaterial, das in der Agitation gute Dienste tun wird.

Die Genossinnen erneuerten in einer Resolution die Beschlüsse der zweiten Frauenkonferenz über Arbeiterinnenschutz und sprachen die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten jederzeit durch ihre parlamentarische Wirksamkeit den Arbeiterinnen- und Mutterschutz in entschiedener Weise vertreten und fördern werden.

Zur besseren Verbreitung der sozialdemokratischen Presse wurde von Genossin Boschik beantragt, eine Frauenkorrespondenz einzuführen, welche die Parteipresse mit Material für einen eigenen Frauenteil zu versehen hat, um das Interesse der Frauen an der sozialdemokratischen Presse zu erhöhen. Beschlossen wurde auch die Erweiterung der Arbeiterinnenzeitung, da diese in ihrem jetzigen Umfang nicht mehr genügt.

Die österreichischen Frauenkonferenzen werden nunmehr wie die deutschen alle zwei Jahre stattfinden, im Anschluß an den Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich. Das Frauenreichskomitee wird ebenfalls nur von der Frauenkonferenz neugewählt.

Der Frauenkonferenz wohnte in Vertretung der deutschen Genossinnen Genossin Klara Zetkin bei.

Ihre Begrüßung und ihr Eingreifen in die Debatte bei verschiedenen Punkten der Tagesordnung erwarb Genossin Zetkin den herzlichen Dank der österreichischen Genossinnen, was die Vorsitzende in warmen Worten zum Ausdruck brachte. Am Tage nach der Konferenz sprach Genossin Zetkin in einer großen Versammlung über Frauenfrage und Sozialismus und erntete den stürmischen Beifall der Genossen und Genossinnen.

IX. Verbandstag der Dachdecker.

Mannheim, 24. April 1908. (Eig. Ber.)

Schlußsitzung.

In der fortgesetzten Beratung über die vorliegenden Anträge zum Statut werden eine ganze Reihe Veränderungen getroffen. Ein heißer Redekampf entspinnt sich über die Anträge, welche das Beitragszahlen von kranken und arbeitslosen Kollegen eine neue Form geben wollen.

Von den vorliegenden Anträgen handelt es sich vor allen um folgende:

Burg. Kollegen, welche drei Tage in der Woche arbeiten, haben Beiträge zu leisten.

Nordhausen. Mitglieder, die im Winter eine vorübergehende Beschäftigung mit einem verhältnismäßig sehr geringen Stundenlohn haben, sollen von den Beiträgen befreit sein.

Gau Osten. Dem § 13 ist eine andere Fassung zu geben, da jetzt die Kontrolle bei Abgabe von Arbeitslosenmarken schwer durchzuführen ist und sich nicht immer feststellen läßt, ob der Betreffende länger als sechs Tage arbeitslos war.

Frankfurt a. M. Der Verbandstag möge dem § 13 des Statuts folgende Fassung geben: Kranke, arbeitslose und beim Militär sich befindliche Kollegen sind vom Beitrag befreit. Die Dauer der Krankheit oder Arbeitslosigkeit muß mindestens eine Woche (vom Montag bis einschließlich Sonnabend) betragen.

Nach eingehenden Erörterungen von Görnitz und Höppner-Berlin, Diehl und Diel-Frankfurt wird beschlossen, daß solche Kollegen vom Beitrage befreit sind, die sechs Tage hintereinander arbeitslos oder krank sind, ohne Rücksicht darauf, welche Tage der Woche es sind.

Auch über die erhöhten Beiträge kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen, und zwar darüber, ob rückständige Extrabeiträge zum Ausschluß berechtigen. Der Verbandstag beschließt in diesem Sinne. Restierende Beiträge sollen in Zukunft von der Unterstützung in Abzug gebracht werden.

Die

Akkordarbeit

kommt beim Antrage des Zentralvorstandes: Daß bei allen daraus entstehenden Differenzen Unterstützungen und Rechtsschutz verweigert wird, zur Verhandlung. Die Verträge zwischen Arbeiter und Arbeitgeber werden sehr oft der Ausgangspunkt langwieriger Rechtsstreite, für die in Zukunft also keine Kosten gezahlt werden sollen. Der Verbandstag ist damit einverstanden, den Mitgliedern mehr als je die Schädlichkeit der Akkordarbeit zu demonstrieren und stimmt einmütig dem Antrage zu, nachdem fast alle Redner erklärt hatten, ihren ganzen Einfluß auf die Beseitigung dieser kulturhemmenden Arbeitsmethode zu richten.

Ein Antrag der Kollegen in den Grenzländern, das Statut ins Französische und Polnische zu übersetzen, wird dem Zentralvorstande überwiesen. Derselbe soll dem Antrage, wenn irgend möglich, entsprechen. Mitglieder, welche dem Verbande mindestens 10 Jahre angehören und das 65. Lebensjahr überschritten haben, sind in Zukunft von den Beiträgen befreit, bleiben aber im vollen Besitz ihrer Rechte.

Die

Hülfsarbeiterfrage

wird aufgerollt bei einem Antrage

Naumburg a. S.: Jede Filiale (ohne Ausnahme) ist verpflichtet, Leute, welche Dacharbeiten mit helfen ausführen, oder welche schon längere Zeit unserem Berufe angehören, aber nicht die vorschriftsmäßige Zeit gelernt haben und als Hülfsarbeiter zu betrachten sind, in den Zentralverband der Dachdecker aufzunehmen.

In einigen Filialen besteht über die Hülfsarbeiter geteilte Meinung. Wilke-Leipzig legt in längeren Ausführungen dar, daß die Hülfsarbeiter im Interesse der Lohnbewegungen zu uns gehören und deshalb aufzunehmen sind. Einstimmig wird nach kurzer Debatte der Antrag Naumburg angenommen. Ueber

Kartellverträge

spricht dann Wagner-Nürnberg. Nachdem bei der Urabstimmung die Verschmelzung kläglich gescheitert ist, habe die Organisation mehr als je die Pflicht, mit den bauberuflichen Verbänden Verträge festzulegen, welche eine Garantie für gemeinsame Erledigung der Lohnbewegungen bieten. Ohne Debatte stimmten die Delegierten diesen Ausführungen zu.

Zu recht stürmischen Auseinandersetzungen führt ein Antrag Köln, daß in Zukunft die Vorsitzenden der Gaue dem Verbandstage beiwohnen sollen, und zwar mit beschließender Stimme. Bisher waren die Gauvorsitzenden nur berechtigt, wenn sie im Besitze eines Mandats waren. Der Zentralvorstand sowie ein Teil der Delegierten wehrt sich entschieden gegen diese Neuerung, der Antrag wird aber in namentlicher Abstimmung und mit der Begründung, daß die Gauleiter, die die Agitation führen und leiten, am besten wissen, wo den Mitgliedern der Schuh drückt, mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Mitgliederzahl, welche die Wahl eines Delegierten vorzunehmen hat, wird von 200 auf 400 erhöht.

Hierauf wird Georg Diehl als erster Zentralvorsitzender und Jakob Diel als erster Zentralkassierer wiedergewählt.

Den Sitz des Verbandsvorstandes nach Berlin zu verlegen, wird abgelehnt; mit 28 gegen 1 Stimme wird wieder Frankfurt a. M. dazu bestimmt. Der Ausschuß behält seinen Sitz in Berlin. Als Redakteur der „Dachdecker-Zeitung" wird Reichstagsabgeordneter Genosse Hoch-Hanau wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag findet zu Ostern 1910 in Dresden statt.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 4. cm	seit 25. 4. cm¹)	Wasserstand	am 26. 4. cm	seit 25. 4. cm¹)
Memel, Tilsit	456	—22	Saale, Grochlitz	181	—7
Pregel, Insterburg	151	—14	Havel, Spandau²)	122	—6
Weichsel, Thorn	286	—2	„ Rathenow²)	169	—1
Oder, Ratibor	178	—5	Spree, Spremberg²)	116	0
„ Krossen	243	—6	„ Beeskow	149	+1
„ Frankfurt	238	+4	Weser, Münden	89	+27
Warthe, Schrimm	112	—6	„ Minden	136	0
„ Landsberg	126	+1	Rhein, Maximiliansau	425	+7
Netze, Nordamm	71	—10	„ Kaub	215	—7
Elbe, Leitmeritz	37	—6	„ Köln	250	—5
„ Dresden	—63	—9	Neckar, Heilbronn	83	—2
„ Barby	270	—17	Main, Wertheim	165	—2
„ Magdeburg	226	—19	Mosel, Trier	94	+3

¹) + bedeutet Wachs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Sunlicht Seife

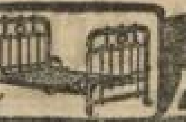
ist in hervorragender Weise geeignet, die ekelhaften Fettansätze und übeln Gerüche an Teller, Schüssel, Topf und Pfanne wie auf ein Zauberwort zu entfernen und lässt das Geschirr alsbald in appetitlicher Sauberkeit erglänzen. Man bereite sich hiezu Seifenlauge

Manoli
Manol Abbas
Beste 3 Pfg Cigarette.

Würzburger Hühneraugenmittel von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hülfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.** In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 83. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 110/1*

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G. in Görlitz.
Gegründet im Jahre 1856.
Zugelassen zum Geschäftsbetriebe im ganzen Deutschen Reiche.

Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —
Dividende seit 1898 ständig 25 %, eines Jahresbeitrages, für ältere Versicherungen 50 %.
Versicherungsbestand ¼ Mill. Versich. über 86,8 Millionen M.
Gesamtvermögen . . . . 24,2 Millionen M.
Seither ausgezahlte Sterbegelder etc. . . . 13,4 Millionen M.
Seither an die Mitglieder überwies. Dividende 6,5 Millionen M.
Höchstzulässige Versicherungssumme M. 3000, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.
Neu aufgenommen:
Kinder-Versicherung bis zu 1000 M.
(ebenfalls mit Gewinnbeteiligung). 111/11*
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion sowie die Einnehmer der Anstalt.


Berliner Eisenmöbel Fabrik CARL SEIFFERT
Eiserne Bettstellen in allen Ausführungen
Patent-Matratzen Chaiselongues etc.
Grosse Frankfurterstr. 135
Kein Laden. Verkauf Hof Quergebäude 1 Treppe

Jenensia-Räder! Mod. I

10 Jahre Garantie! ☐ Teilzahlung!
Adler-Räder!
2428L* **Phänomen-Räder!**
Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

10.00, Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 670K*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Aussteuer, Damastbezüge. Pfandleihe Andreasstraße 38. 671K*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 115, Schönhauser Allee 60, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 331K

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Installateure und Händler kaufen Gaskronen, Zugampeln, Beleuchtungsgegenstände, Hängelicht, Gaskocher allerbilligst bei Baumann, Alte Jakobstraße 125, Spezial-Großhandlung. *

Fahrräder, Grammophons, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. [†27

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. †27

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †27

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970K*

Herren-Garderobe nach Maß saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. H. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

Metallbetten, Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte. Schneider, Kurfürstenstraße 172 (Dennewitzstraße). 63K*

Steppdecken, feinste Handarbeit. Schmerzler, Blumenstraße 35b. *

Deutsches Leihhaus, Schönhauser Allee 110. Großer Verkauf: Herrenanzüge, Sommerpaletots, Brautbetten, Vermietungsbetten, einzelne Bettstücke, Aussteuerwäsche, Bettwäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Bettvorleger, Goldsachen, Taschenuhren, Freischwinger, Möbel, Pianinos, Bilder. Verkauf spottbillig. Sonntags geöffnet. 582K*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Leihhaus Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldsachen, Uhren, Ketten spottbillig zu jeder Gelegenheit. [620K*

Damenjacketts, Paletots, Mäntel, Lists, Kostüme (hochelegante Reisemuster), teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 106 656K*

Bekanntmachung. Humboldtleihhaus, Brunnenstraße 58, Ecke Stralsunderstraße jetzt täglich großer Pfänderverkauf, Herrenanzüge, Sommerpaletots, einzelne Herrenhosen, spottbilligster Bettenverkauf, Bettwäsche, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Uhrenverkauf, staunenerregende Riesenauswahl. Sonntags geöffnet. *

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 678K*

Gaskocherhaus!!! Zweilochgaskocher! 3,00, Extragroße Gassparkocher! 2,00, Gasbügelapparat, Gasplätteisen spottbillig! Gasbronzekronen! Gaszuglampen! 9,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 696K*

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Fabriklager aller Systeme. Teilzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. †132*

Metallbetten Paar 50,00, Kinderbettstelle, Kinderwagen, Säulentrumeau spottbillig Ritterstraße 90 III.

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326K*

Steppdecken. Vorwärtsleser erhalten trotz spottbilliger Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Große Diwandecken 4,85, Karamani, doppelseitig 7,50, Ca. Plüsch 23,50, Diwanrückwände, reichgestickt, 3,85. Inventur-Extrapreis. Nur noch kurze Zeit. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus. Nur noch kurze Zeit. Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. Extraliste gratis.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 1724b*

Inventur-Ausverkauf, Teppiche mit Farbenfehlern und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 648K*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,50 usw. 649K*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 650K*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,85, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 651K*

Tischdecken. Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 653K*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 654K*

Phonograph verkäuflich, 20 Walzen. Rixdorf, Steinmetzstraße 30, vorn, bei Bach. †101

Holz-, Kohlenhandlung, Rixdorf, Boddinstraße 61, J. Dörsen. Billigste Tagespreise. †102

Anzüge, Paletots aus feinsten Maßstoffen sowie zurückgebliebene Maßsachen nach Ostern für die Hälfte des sonstigen Wertes. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden!

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 120,00 Mark, Turmstraße 8 I. 129/3

Kongreßstoffe, Stores, Gardinen, Stickerei, Tüllbettdecken verkauft unter Preis wegen Erbschaftsregulierung und Auflösung Grüner Weg 80, parterre. 698K*

Bekanntmachung! Spottbilligste Einkaufsquelle! Für Arm und Reich! Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Staunendbillige hochfeine Sommerpaletots! Herrenanzüge! Herrenhosen! Pfänderverkauf! Riesenauswahl! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Belohnt wird selbst der weiteste Weg! Durch extrabilligen Einkauf! Im Pfandleihhause Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet! *

Karten, gespielte, verkauft Dügro, Prinzessinnenstraße 19, III. 1128b

Geschäftsverkäufe.

Seifengeschäft verkauft billigst Reuterstraße 84. †8

Schultheiß-Ausschank, Alters halber zu verkaufen. Näheres Zigarrengeschäft Rixdorf, Weichselstraße 11.

Geschäft! Mehl und Vorkost, Rolle, billig zu verkaufen Prinz Eugenstraße 5. †81

Wegen Uebernahme eines anderen Geschäfts verkaufe Parteilokal, monatlicher Umsatz 25—30 halbe Tonnen, viel Schnaps, Miete 2000, für 3000 zu verkaufen. Brauerei hilft. Zu erfragen Spedition Rüdersdorferstr. 3.

Restaurant mit Fabriken im Hause ist zu verkaufen unter E. B. 7 Postamt 19. 1732b

Schankgeschäft, allbekanntes, gutgehendes, große Räume, Wohnung anschließend, preiswert verkäuflich Mariannenstraße 41, im Lokal.

Materialwaren-, Obst-, Gemüsegeschäft, einziges in der Straße, billig sofort zu verkaufen. Ober-Schöneweide, Marienstraße 6. 699K*

Gutgehendes Grünkramgeschäft wegen Uebernahme eines Grundstücks sofort zu verkaufen. Zu erfragen Petersburgerstraße 27, Restaurant.

Parteilokal zu verkaufen. Zu erfragen Spedition Petersburgerplatz 4.

Möbel.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 6,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Libekes Auktions- und Möbelspeicher. Kostenloser Transport. Lagerung. 255K*

Möbel, S. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen eminente Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig Chaiselongues 20, Schlafsofa 33, Satteltaschensofa 40, Paneelsofa 59, hochelegante Garnitur 75, Säulentrumeau 33, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 18. Muschelspind, Vertiko 30. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Eventuell Zahlungserleichterungen. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 541K*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Garnitur, neu, 100 Mark, Mahagoni-Vertiko, Tische, Ersatzmöbelstücke verkauft billigst Landsbergerstraße 82 I.

Sie kaufen eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück am billigsten, wenn man die Gelegenheitskäufe sich ansieht von Hasemanns Möbel-Speicher. Täglich noch ganz neue Möbel werden bis 30 Prozent billiger verkauft als dieselben regulär kosten! Einrichtungen 150—200, 300, 400, 1500! Große Auswahl in fünf Etagen! Kleiderschränke, Schreibtische, Plüschsofas, tiefe Kleiderspinden, Vertiko, Ausziehtische, Säulentrumeau, Chaiselongue, Gaskronen, moderne Küchen! Auch gebe nur reellen Leuten bei vorheriger Vereinbarung Möbel auf Teilzahlung! Lothringerstraße 26, Hof, Speicher. *

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, Taschensofas 45,—, hochelegante Salongarnituren, Büfette, Trumeaus 38,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische, Auszugtische, Lederstühle, Klubsessel, Ledersofas, bunte Küchen, Kronen, Oelgemälde, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Lennert, Lothringerstraße 55. 657K*

Englische Bettstelle mit prima Staubschutz-Matratze 45 Mark, Kleiderschrank, zweitürig 27, Vertiko 27, Sofatisch 17, Schlafsofa 38, moderne Küche, komplett 60, Wanduhr 16, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, Hof, Speicher. 1555b*

Aus herrschaftlichem Besitz: Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Gaskrone, Standuhr, Klubsessel, Ledersofa, Muschelwertisch, Ankleideschrank, Frisiertoilette, moderne Küche, zirka für die Hälfte des Wertes. Lothringerstraße 26, Hof, Speicher, Schönhauser Tor. 1556b*

Herrenzimmer, Eiche, gute Arbeit, 520, Lothringerstraße 26, Speicher. *

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanien-Allee 49. *

Möbelfabrik F. u. L. Engelke, Kastanienallee 83 u. 26 liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und Teilzahlung zu billigsten Preisen. Kulanteste Bedingungen. *

Frau verkauft gebrauchten Kleiderschrank, Vertiko, Ruhebett, Trumeau, Waschtoilette, Plüschsofa, zwei Bettstellen, alles sehr gut erhalten. Schumannstraße 11, III links. 129/7

Säulentrumeau, Nußbaumbüfett, Standbetten, Sofaumbau billig. Hoffmann, Naunynstraße 52. 1728b

Dringend sollen sämtliche Möbel einer großen Wohnung billig verkauft werden: geschnitztes Nußbaumbüfett 120 Mark, Ausziehtisch 16, hochfeine Walzenstühle 4,50, Waschtoilette mit Marmorplatte 25, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28, Herrenschreibtisch 50, elegantes Paneelsofa 65, hochfeines Taschensofa 48, Säulentrumeau 36, Muschelbettstelle, komplett 36, Bücherspind, Plüschgarnitur, englisches Schlafzimmer, dreiteiliger Ankleideschrank, Küchenmöbel, Auszugtische, echte Lederstühle 9, Bilder, Portieren, Teppich 8, Tischdecke 5, Paneelbrett 6, Federbetten, Stand 20, Schlafsofa 35, Ruhebett 25. Neue Königstraße 29, vorn I rechts, nahe Alexanderplatz.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 212K*

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Stalitzerstraße 40. 320K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkoppräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher, Wachnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 60,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Fahrräder, 35,00 an, Badstraße 9.

Herrenluxusrad, neues, Garantieschein, aufgabehalber dringend verkäuflich Kolbergerstraße 14, III links.

Verschiedenes.

Elsholz, Komiker, Gropiusstraße 6. 1641b*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2553K*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145K*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

„Leihhaus Merkur", Große Frankfurterstraße 116 I. Hohe Beleihung für Uhren, Goldwaren, Garderoben, Pelzwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden Wertgegenstand. 503K*

Komiker Sonnabends und Sonntags frei. Schwartz, Köpenickerstraße 147. 1741b

Zeugen gesucht. Am 24. Januar wurde zwischen Hoppegarten-Mahlsdorf bei Zugkontrolle Reisender, der geschlafen hat, festgestellt; dieser wollte in Neuenhagen aussteigen! Zeuge (anscheinend Zimmermann), der auf genannten Stationen eingestiegen sein muß und den Vorfall angesehen hat, wird gebeten, seine Adresse Timm, Boxhagen, Böcklinstraße 10, anzugeben. Zeitversäumnis erstattet. 1729b

Handelsakademie Moabit. Gewissenhafte Ausbildung. Mackrodt, Turmstraße 85. Arminiusplatz. 1740b

Stenographie! Im Arbeiter-Stenographenverein „Wissen ist Macht", Rixdorf, beginnt 30. April ein Kursus in der vereinfachten Arendsschen Stenographie für Herren und Damen im Lokal von Ludwigs, Hermannstraße 222. Anfang ½9 Uhr. Der Unterricht ist unentgeltlich. Lehrmittel 2,50 Mark. Innerhalb zehn Stunden kann jeder in dieser Schrift korrespondieren. †85

Kaufe Kanarienweibchen. Bierkant, Kastanienallee 23. 1736b

Schneiderin fertigt Kleider billig. Stechert, Oranienstraße 204. †7

Vermietungen.

Zimmer.

Sauber möbliertes Logiszimmer, Bad, an besseren Herrn sofort oder 1. Mai vermietet Frau Heidelbach, Gaudystraße 37, vorn III (an der Schönhauser Allee. †92*

Möbliertes Zimmer Grüner Weg 91, III rechts. †81

Sauberes möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, Weißerstraße 6, I. Becker. 1726b

Möbliertes Flurzimmer Elsaßerstraße 13, vorn IV, Volkmann.

Kleines möbliertes Zimmer für Herrn, Gartenaussicht, Alleinmieter, inklusive 18 Mark, vermietet Sill, Dieffenbachstraße 59, Quergebäude I.

Möbliertes Zimmer, separat, für Herren, Michaelkirchstr. 18, Klemmt.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle zu vermieten. Frau Jahns, Holzmarktstraße 71, vorn IV. (An der Stadtbahn.)

Möblierte Schlafstelle, separat Balkonzimmer, Badegelegenheit, Urbanstraße 65, rechter Aufgang, II links. 974b

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, Stralsunderstraße 10, Herper. †139

Möblierte Schlafstelle vermietet Schrolle, Landwehrstraße 3, Nähe Alexanderplatz. †40

Schlafstelle, billig, vermietet Gustav Schmidt, Kronprinzenstr. 29, Lichtenberg. †86

Alleinige Schlafstelle vermietet Hein, Straßburgerstraße 58. †122

Möblierte Schlafstelle, Herrn. Witwe Süß, Grüner Weg 91 IV.

2 Herren finden freundliche Schlafstelle Wusterhausenerstraße 8 II.

Schlafstelle, 1 oder 2 Herren. Brunnshagen, Ritterstraße 124 I.

Schlafstelle, separat. Storch, Wrangelstraße 29. 1722b

Freundliche Schlafstelle, Herrn, Manteuffelstraße 30, vorn II links.

Schlafstelle, möbliert, 13 inklusive. Weinbergsweg 12, Quergebäude IV. Berg. 1737b

Schlafstelle zu vermieten Putbuserstraße 44, vorn 1 Treppe, Walter.

Schlafstelle für Genossen. Klötzel, Göbenstraße 9, Hof 3 Treppen links.

Möblierte Schlafstelle Melzer, Mainzerstraße 6, Frankfurter Allee.

Schlafstelle für ein oder zwei Herren bei Thurmann, Hellestraße 8 vorn IV. †52

Möblierte Schlafstelle zu vermieten, separat, 10 Mark, bei Hartung, Grünauerstraße 31, vorn IV. †7

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Dame, alleinstehend, Wirtschafterin, möchte besserem Herrn zur Seite stehen. Offerten „Helene", Postamt 18. 129/5

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Granitschriftbauer verlangt Graf, Steglitz. 1688b*

Granit-Schriftbauer verlangt Wascher, Urbanstraße 119. 1733b

Tapezierer, tüchtiger Dekorateur, 22, sucht Stellung. Offerten H. G. 100, Postamt 17. 1739b

Renten-Empfängerin gegen Kost, Logis, verlangt Michaelis, Lichtenberg, Dossestraße 22, Ecke Gürtelstraße. †86

Alte Frau tagüber verlangt, Martschke, Fürstenbergerstraße 6 vorn III. †71

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung (Tour Wilhelmstraße und Puttkamerstraße). Meldungen Schützenstraße 24/25. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 30 Pf. die Zeile.

Tischler-Lehrlinge
erhalten unentgeltlich Lehrstellen nachgewiesen im **Bureau der Tischler-Innung,** Alexanderstr. 31, 4—7 Uhr nachmittags. *

Plüsch- und Krimmer-Appretur.
Ein jüngerer, gewissenhafter Meister mit guter Fachkenntnis wird für Oesterreich gesucht. 128/8*
Angebote unter **„O. L. 2748"** an **Rudolf Mosse, Wien I, Seilerstätte 2,** erbeten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
für Bautischler und Einsetzer: **Sprötte,** Kurfürstenstraße 12, **Bauschke** in Martinickenfelde;
für Klavierarbeiter: **Neufeld,** Belle-Alliancestr. 3, Zwischenmeister **Schlenner** in Rixdorf, Pflügerstr. 52; Pianofabrik **Hedke** in Neu-Lichtenberg,
für Stockarbeiter: **Pfahl,** Kottbuser Ufer 33.
für Bodenleger: **Kierstein** in Halensee, Vernimerstraße und **Rosenfeld** in Berlin, Mohrenstraße.
Die Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
Wegen enormer Lohnabzüge haben die Kollegen der Fabrik **Neufeld** die Arbeit niedergelegt. Wegen dieser Differenz ist auch der Zwischenmeisterbetrieb von **E. Schlenner,** Rixdorf, Pflügerstr. 52, gesperrt.
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.